Morgenausgabe

Nr. 17 / A 9 — 45. Jahrgang

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3.— Reichsmark im voraus zahlbar. Unter Streifband im In- und Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen" „Aus der Filmwelt", „Stadtbeilage" „Frauenstimme", „Der Kinderfreund" „Jugend-Vorwärts" „Blick in die Bücherwelt", „Kulturarbeit" und „Technik" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Mittwoch 11. Januar 1928

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt-Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentägl. von 8½ bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Arbeiterwahlsieg in England.

Oberst a. D. Malone gewählt.

London, 10. Januar. (Eigenbericht.)

Die Nachwahl in Northampton, nach einem mit ungewöhnlicher Heftigkeit geführten Wahlkampf, ergab den Sieg des Kandidaten der Arbeiterpartei Lestrange Malone über die Konservativen, in deren Besitz der Wahlkreis bisher gestanden hat. Die Arbeiterpartei und die Liberalen haben gegenüber der letzten Wahl Stimmenzuwachs zu verzeichnen, während der offizielle konservative Kandidat 2000 Stimmen einbüßte. Ein unabhängiger konservativer Kandidat vermochte nur 1000 Stimmen zu erzielen.

Der Sieg der Arbeiterpartei ist um so bemerkenswerter, als der Kampf gegen den Arbeiterkandidaten, der früher kurze Zeit der Kommunistischen Partei angehört hat, mit den schmutzigsten Mitteln geführt worden war. Mit Malone, einem früheren aktiven britischen Obersten, der vor seinem Eintritt in die Politik in wichtigen Militärmissionen Verwendung fand, gewinnt die Unterhausfraktion der Arbeiterpartei einen Militärsachverständigen hohen Ranges.

*

Den Wahlkreis von Northampton hatte im Dezember 1923 die Genoss'n Margaret Bondfield zum ersten Male für die Arbeiterpartei erobert. Miß Bondfield wurde bald danach Unterstaatssekretärin im Arbeiterministerium unter Macdonald. Bei der Hauptwahl im Oktober 1924 unterlag sie jedoch im gleichen Wahlkreis gegen den Konservativen Generalleutnant Sir E. Holland. (Später wurde sie in einem anderen Kreis bei einer Nachwahl wiedergewählt.) Zum Vergleich zwischen Oktober 1924 und Januar 1928 geben wir die genauen damaligen und jetzigen Stimmenzahlen wieder:

Oktober 1924		Januar 1928	
Konservativer	16 017	Arbeiterparteiler	15 156
Arbeiterparteiler	15 046	Konservativer	14 554
Liberaler	9 436	Liberaler	9 575
		Unabhängiger	1 090

Auch wenn die Unterschiede zwischen den Stimmenzahlen der einzelnen Parteien innerhalb dieser 40 Monate in diesem Falle geringer sind als bei anderen Nachwahlen, so ist doch auch hier das besondere Kennzeichen des Wahlresultates ein empfindlicher Verlust der Regierungspartei.

Es ist in England Tradition, daß die Regierung aus solchen Teilniederlagen, falls sie sich häufen, die Konsequenz zieht und das Parlament vorzeitig auflöst. Die Regierung Baldwin hat bisher wenig Neigung gezeigt, im Sinne dieser demokratischen Ueberlieferung zu handeln. Vielleicht wird aber der neue Erfolg der Arbeiterpartei dazu beitragen, um Baldwin davon zu überzeugen, daß er moralisch verpflichtet ist, dem Umschwung der öffentlichen Meinung Großbritanniens Rechnung zu tragen.

Parlamentsbeginn in Frankreich.

Buisson Kammerpräsident. — Jagd auf kommunistische Abgeordnete.

Paris, 10. Januar. (Eigenbericht.)

Die beiden Häuser des Parlaments sind heute wieder zusammengetreten. Dem Brauch gemäß hielten die Alterspräsidenten Begrüßungsansprachen, in denen sie ihrer Zuversicht für die Zukunft Frankreichs und den Fortschritt des Friedens Ausdruck gaben. Zum Präsidenten der Kammer wurde, wie erwartet, der sozialistische Abg. Buisson mit 340 gegen 20 für den Kommunisten Cachin abgegebene Stimmen wiedergewählt. Trotz der Stimmenthaltung der Rechten ist darin eine Anerkennung der unparteiischen und wirksamen Leitung der Kammergeschäfte durch Buisson zu erblicken.

Im Vordergrund des Interesses steht zunächst das Schicksal der kommunistischen Abg. Cachin, Doriot, Duclos und Marty, die längere Freiheitsstrafen zu verbüßen haben und nur auf Beschluß der Kammer aus dem Gefängnis entlassen worden waren, um ihren Abgeordnetenpflichten nachkommen zu können; inzwischen ist die Verurteilung des kommunistischen Abg. Vaillant-Couturier wegen antimilitaristischer Agitation rechtskräftig geworden. Der Ministerrat hat beschlossen, diese Abgeordneten, die sich bisher den polizeilichen Nachforschungen entziehen konnten, beim Versuch, in die Kammer zurückzukehren, verhaften zu lassen und diese Maßnahme vor dem Hause zu vertreten. Sollte ein Antrag auf ihre Freilassung gestellt werden, so will die Regierung dagegen die Vertrauensfrage stellen. Die Folge dieses Beschlusses war eine Art Mobilisierung der Polizei in Paris; eine große Anzahl Kriminalbeamte überwachen die Kammereingänge.

Der Vollzugsausschuß der sozialistischen Kammerfraktion erklärt zu dem Beschluß des Kabinetts, daß die kommunistischen Abgeordneten im Augenblick der Sessionseröffnung durch die parlamentarische Immunität geschützt seien. Für den Fall einer Verletzung sollen die Abg. Baron und Uhry den Antrag auf sofortige Freilassung in der Kammer stellen und vertreten.

Wiedereröffnung des Senats.

Paris, 10. Januar.

Im Senat hielt der Alterspräsident Fleury eine Ansprache, in der er innere Einigkeit forderte. Wenn die Deutschen „Deutschland über alles" proklamierten, so müsse auch Frankreich den Franzosen über alles gehen. Man müsse den Frieden nach innen und nach außen erweitern. Er hoffe, daß die Wahlen eine unzweideutige Kundgebung des in Frankreich herrschenden Wunsches darstellen möchten, den Frieden und die Eintracht durch gegenseitige Konzessionen und Opfer zu erhalten. Frankreich, das allen militärischen Ruhm geerntet habe, strebe jetzt nur noch nach dem Ruhm des Friedens, einem soliden, auf seiner Kraft und seinem Mut gegründeten Frieden.

Ungarische Strafrechtssorge.

Noch mehr Umsturzgesetze!

Budapest, 10. Januar.

Im Oberhaus wurde die Novelle zum Strafgesetzbuch behandelt. Berichterstatter, Kronanwalt (!) Dr. Vargha, betonte, daß ein Spezialgesetz gegen die kommunistische Wühlarbeit geschaffen werden müsse. Die Regierung solle den ausländischen Staaten ein gemeinsames Verfahren gegen die kommunistische Gefahr vorschlagen. Der Präsident der Budapester Anwaltskammer, Dr. Pap, beklagte sich über die Zurückdrängung des Anwaltsstandes durch die Strafgesetznovelle, und machte dem Justizminister Vorwürfe, daß er kein Verständnis für die soziale Lage der Anwälte habe. Nach der Rede des Justizministers wurde die Vorlage einstimmig angenommen.

Wirkung der Zaleski-Rede.

Allgemeine Ueberraschung.

Warschau, 10. Januar. (Eigenbericht.)

Die Rede Zaleskis, in der er die friedlichen Absichten Polens gegenüber seinen Nachbarn so stark betonte, hat hier überrascht. Die Regierungspresse verlangt schon tagelang eine scharfe Sprache gegen Woldemaras und ist nun enttäuscht durch die Erklärung Zaleskis; nicht minder überrascht sind die Politiker, weil in der Rede das Verhältnis zu Rußland und Litauen nur kurz gestreift wurde, während der Schwerpunkt in der Ankündigung weitgehender Besserung des Verhältnisses zu Deutschland liegt.

Zu der sehr erwünschten Besserung des Verhältnisses Deutschland—Polen wird natürlich das Unterbleiben antideutscher Maßnahmen in Polen einschließlich der Verhinderung und eventuellen Ahndung antideutscher Exzesse, wie sie in Ostoberschlesien nur noch allzuoft vorkommen, nötig sein.

Der neue britische Gesandte in Warschau ist vom Staatspräsidenten besonders feierlich empfangen worden und sprach von neuer Freundschaft. Je schlechter London mit Moskau steht, desto besser mit Warschau.

Wegen der Exzesse in Großwardein hat das Kriegsgericht in Klausenburg fünf Personen, darunter drei Studenten, zu Gefängnis von zehn Tagen bis fünf Monaten verurteilt.

Die zweite Instanz.

Aus dem Trauerspiel der deutschen Justiz.

Major Badicke, der dem Herrn v. Tresckow „groben Vertrauensbruch" und Schädigung der Interessen der Landesverteidigung vorgeworfen hat, ist in zweiter Instanz freigesprochen worden. Dieses Urteil war nach dieser Verhandlungsführung zu erwarten. Der Vertreter des Klägers will gegen dieses Urteil Revision einlegen. Auch das war nach dieser Verhandlungsführung, die einen Formfehler nach dem anderen beging, vorauszusehen.

Das politische Ergebnis dieser Verhandlung in zweiter Instanz ist: die Herren Marx und v. Keudell haben jene Deckung für ihr Verhalten gegenüber dem Kläger v. Tresckow erhalten, das sie von der zweiten Instanz erwartet haben.

Aber wird Herr Marx um eine ganze Ehrenerklärung herumkommen? Wird er auch nach diesem Urteil noch daran festhalten, daß der auf Vernichtung zielende wirtschaftliche Boykott gegen Tresckow, an dem Herr v. Keudell teilgenommen hat, berechtigt war? Oder wird er nach dem Muster des Gerichts eine halbe Ehrenerklärung abgeben — nach dem Vorbild seiner Erklärung über Republik und Monarchie, die Herr v. Guérard korrigieren mußte? Die Tatsache des Freispruchs allein entbindet ihn nicht von der moralischen Verpflichtung zu einer Erklärung!

Herr v. Tresckow erhält vom Gericht der zweiten Instanz nur eine halbe Ehrenerklärung. Er ist von neuem der Prügelknabe. Seinerzeit mußte er für den Zorn der putschistischen Großgrundbesitzer im Kreise Königsberg (Neumark) über die Veröffentlichung der Mahraunschen Denkschrift büßen, heute muß er die Aufrechterhaltung des Friedens im Bürgerblock mit der anderen Hälfte seiner Ehre bezahlen, die ihm die Begründung des Gerichtsurteils nicht zugesprochen hat.

Das ist das eine politische Ergebnis. Das andere ist: das Reichswehrministerium erscheint wieder einmal in einer äußerst zweideutigen Haltung. Nicht deswegen, weil es einen Grenzschutz organisiert hat oder weil es Vertrauensleute besitzt, deren es zur Organisation von Grenzschutzformationen bedarf. Wohl aber deswegen, daß es bei der Wahl solcher Vertrauensleute zufällig immer auf Personen trifft, die entweder in engsten Beziehungen zu republikfeindlichen Verbänden stehen oder doch selbst persönlich republikfeindlich oder republikfremd sind. Hat man schon jemals etwas davon gehört, daß das Reichswehrministerium aufrechten Republikanern oder republikfreundlichen vaterlandstreuen Organisationen solche Vertrauensaufgaben gegeben hätte, wie es sie rechtsstehenden Verbänden oder den deutschnationalen Großgrundbesitzern im Kreise Königsberg (Neumark) gegeben hat?

Diese Praxis des Reichswehrministeriums ermöglicht ein gefährliches Spiel. Wenn Leute, wie der Major Badicke, putschistischer Absichten beschuldigt werden, so verbergen sie sich hinter den vaterländischen, vom Reichswehrministerium bescheinigten Aufgaben. Wenn berechtigte und zuständige Kritik und Kontrolle in ihrem Tun Anlaß zu öffentlicher Beanstandung erblickt, schiebt das Reichswehrministerium die Verantwortung für sie beiseite. Dann sieht man auch in den Kreisen des Reichswehrministeriums nicht ungern, wenn in der Oeffentlichkeit die Pläne dieser Leute als private putschistische Angelegenheiten betrachtet werden, bei denen der Name des Reichswehrministeriums mißbraucht wird.

Es ist Praxis geworden beim Reichswehrministerium: was nicht bequem ist, wird bestritten! Man war freundschaftlich und vertrauensvoll zu dem Generalleutnant v. Salzenberg, dem Verbindungsmann des Jungdeutschen Ordens. Als der Jungdeutsche Orden nicht mehr kritiklos alles mitmachen wollte, wurde er beiseite geschoben. Heute kennt das Reichswehrministerium Herrn v. Salzenberg nicht mehr, dafür aber den Major Badicke.

Der Major Buchrucker, der Oberleutnant Schulz werden voll Neid, aber vielleicht auch mit anderen Gefühlen auf diesen Major Badicke blicken!

In dieser Praxis, die dem Grundsatz „der Zweck heiligt die Mittel" huldigt, liegt die tiefere Ursache für das große Mißtrauen, das dem Reichswehrministerium in der republikanischen Bevölkerung entgegengebracht wird. Eine entschlossene Absage an alle im übrigen durchaus zwecklose Geheimniskrämerei, eine mutige und offene Erklärung und Uebernahme der Verantwortung durch das Reichswehrministerium in aller Oeffentlichkeit hätte längst vieles aus der Vergangenheit bereinigen können, was endlich einmal bereinigt werden muß. Unter einer Voraussetzung freilich: daß im Reichswehrministerium nicht Kräfte dazwischen spielen, die sich in der Feindschaft gegen die Republik mit der Gesinnung von Leuten begegnen, die in der Reichswehr ein antirepublikanisches Kräftereservoir erblicken.

Für ein Gericht aber darf es sich neimals um politische Zweckmäßigkeiten handeln, sondern um Recht. Was für die Erhaltung des Bürgerblocks zweckmäßig ist, darf noch lange nicht für ein Gericht Zielsetzung sein! Soll man wirklich

glauben, daß nur unglaubliches Ungeschick der Verhandlungsleitung die Formfehler in der Verhandlungsführung hervorgerufen hat?

Was soll die lächerliche Geheimnistuerei des Ausschlusses der Oeffentlichkeit, damit „Staatsgeheimnisse" nicht öffentlich erörtert werden, die längst in aller Munde sind? Was soll die merkwürdige Behandlung der Beweisanträge des Vertreters des Klägers? Was soll es bedeuten, daß über die angeblich halboffizielle Rolle des Majors Badicke zwar wohl ein Vertreter des Reichswehrministeriums gehört wurde, nicht aber ein Vertreter der preußischen Regierung? Soll denn jenes Spiel legalisiert werden, das rechtsstehende Organisationen und Männer im Jahre 1926 mit dem verfassungswidrigen Gedanken einer Diktatur des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 getrieben haben? Und wie kann ein Gericht öffentliche Anerkennung für eine Urteilsbegründung erwarten, die es als Vertrauensbruch und Gefährdung der Landesverteidigung erklärt, wenn ein Mann, der über gewisse Absichten des Reichswehrministeriums informiert wurde, sich beim Reichswehrministerium selbst erkundigt, ob es sich mit solchen Absichten trage?

Dies Urteil ist mehr politisches Kompromiß als Rechtsspruch. Die Folge wird eine Verstärkung des Mißtrauens in die Rechtsprechung sein. Der Reichskanzler Marx, der selbst ein hoher Jurist ist, ist an dieser Wirkung des Falles Tresckow nicht unschuldig. Das sind die Wirkungen des Bündnisses mit den Deutschnationalen! Als die Deutschnationalen, innere Feinde der republikanischen Staatsform und der neuen deutschen Verfassung, in Bayern in die Regierung eintraten, war die Folge jene Politisierung der Justiz, die im Hitler-Prozeß gipfelte. Heute sitzen die Deutschnationalen, innere Feinde der republikanischen Staatsform so gut wie jemals, in der Reichsregierung. Und die Wirkung auf die Justiz — die zeigt dieser Prozeß und dieses Urteil auf das Deutlichste!

Paulus' Urteilsbegründung.

Ebenso merkwürdig wie die Gerichtsverhandlung war auch die Begründung des Freispruchs durch den Landgerichtsrat Dr. Paulus. „Der Privatklage," hieß es da, „lag eine Notiz zugrunde, die als Antwort auf Angriffe erschienen war, die sich gegen den Beklagten richteten. Diese Notiz, in der dem Herrn v. Tresckow schwerer Vertrauensbruch und Schädigung der Landesinteressen vorgeworfen wurde, war zweifelsohne geeignet, seine Ehre schwer zu treffen. Das Gericht hatte zu prüfen, ob dem Angeklagten der Wahrheitsbeweis gelungen ist und ob ihm ferner der § 193, das heißt die Wahrung berechtigter Interessen zur Seite steht. Die Urteilsbegründung ist außer Lage, auf alle Einzelheiten der Gerichtsverhandlung einzugehen; denn sie muß bestrebt sein, in der öffentlichen Gerichtsverhandlung alles zu vermeiden, was die Staatssicherheit gefährden könnte. Aus diesem Grunde kann auch nicht auf den Inhalt der beiden Unterredungen vom 23. und 26. Januar 1926 eingegangen werden, die zwischen dem Beklagten und dem Kläger stattgefunden haben. Soviel kann jedoch gesagt werden, daß diesen Unterredungen nichts Illegales oder Staatsgefährliches zugrunde gelegen habe. Wenn das der Fall gewesen wäre, so hätte sich ja der Kläger nicht mit den Vorschlägen des Beklagten einverstanden erklärt. Fest steht ferner, daß der Kläger den Inhalt dieser vertraulichen Unterredungen dem Generalleutnant a. D. Salzenberg, dem Bundeskanzler des Jungdeutschen Ordens, Bornemann, und dem Konnitur des Jungdeutschen Ordens, Arnold, mitgeteilt hat, obgleich er zur vollkommenen Geheimhaltung verpflichtet war. Die Informationen, die seine Herren von dem Kläger bekommen haben, liefen darauf hinaus, daß der Beklagte und dessen Anhang sich mit Putschabsichten trügen. Die gestrige öffentliche Verhandlung hat jedoch keinen Anhalt dafür ergeben, daß von dem Beklagten ein Putsch geplant war, oder daß sowohl er, als auch die Reichswehr an einem derartigen Unternehmen teilzunehmen beabsichtigten. So ist der Vorwurf des Klägers als ungerechtfertigt zurückzuweisen. Mußte der Beklagte allein schon auf Grund des § 186 freigesprochen werden, da er subjektiv unter allen Umständen der Ansicht sein konnte, daß Herr v. Tresckow einen Vertrauensbruch begangen hatte, so war trotzdem noch die Frage zu prüfen, ob er nicht auch den § 193 für sich in Anspruch nehmen dürfe. Dies ist zu bejahen. Die Berichtigung des Majors v. Badicke ist als Antwort auf die heftigen Presseangriffe erschienen, in denen man ihm Putschabsichten vorwarf. Das Gericht ist sich dessen wohl bewußt, daß die Verhängung eines Boykotts in einem so engen Kreise wirtschaftlich und politisch für den Kläger schwere Folgen haben mußte; rein menschlich ist er deshalb zu bedauern. Und es erscheint wohl verständlich, daß er seine öffentlich angegriffene Ehre durch eine Klage zu verteidigen bestrebt war. Der Freispruch des Beklagten soll auch in keiner Weise eine moralische Verurteilung des Klägers bedeuten, wenn es auch nicht einzusehen ist, weshalb er sich nicht mit seinen Mitteilungen direkt an die Stelle gewandt hat, denen die Prüfung derartiger Meldungen oblag. Er hätte dort seine Meldung machen können, ohne das preiszugeben, was ihm vertraulich mitgeteilt worden war. Das Gericht bedauert tief, daß alle Bemühungen, einen Vergleich herbeizuführen, gescheitert sind. Es wäre für beide Teile besser gewesen, wenn er zustandegekommen wäre. Nach den bestehenden Gesetzen und auf Grund seiner Ueberzeugung hat das Gericht den Beklagten freisprechen müssen."

Mit diesem Urteil hat aber die Affäre Tresckow-Badicke noch nicht ihren Abschluß gefunden. Rechtsanwalt Kuntz machte der Presse die Mitteilung, daß er unverzüglich beim Reichsgericht Revision einzulegen beabsichtige. Auch der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens Mahraun erklärte, daß der Orden in einer längeren Erklärung zu den Verhältnissen Stellung nehmen wolle, wie sie sich damals im Kreise Königsberg/Neumark und im Reichswehrministerium in Wirklichkeit abgespielt haben.

Was Paulus „aufhob" . . .

In der ersten Instanz wurde in voller Oeffentlichkeit verhandelt. Das von der Oeffentlichkeit kontrollierte Ergebnis fand in folgendem Urteil Niederschlag:

Durch die Beweisaufnahme ist festgestellt, daß die Behauptungen des Angeklagten **nicht erweislich wahr sind**, da in dem Verhalten des Herrn v. Tresckow

weder ein Vertrauensmißbrauch, noch eine Schädigung der Landesverteidigung vorliegt.

Von einem Vertrauensbruch kann schon deshalb keine Rede sein, weil durch die Zeugen bekundet worden ist, **daß die Aufstellung der Formationen durchaus kein Geheimnis im engen Kreise, sondern daß diese Absicht ziemlich offenkundig gewesen wäre. Noch viel weniger aber kann von einer Schädigung der** Landesverteidigung die Rede sein. **Die Weitergabe der Nachricht an die höchste Leitung des Jungdeutschen Ordens und von dort an die Reichsregierung kann nie und nimmer eine Schädigung der deutschen Landesinteressen bedeuten.** Die von dem Beklagten behaupteten Tatsachen sind also nicht erweislich wahr.

Es ergab sich aus der Verhandlung vielmehr das Bild, daß der Angeklagte und die ihm nahestehenden Kreise einen Prügelknaben gesucht haben, dem die Verantwortung für die später erfolgten Presseveröffentlichungen aufgebürdet werden sollte. **Der Beweis, daß Herr v. Tresckow an diesen Presseveröffentlichungen irgendwie mitgewirkt,** oder daß seine Mitteilungen über die Absichten der Aufstellung von Formationen an Herrn v. Salzenberg in einem kausalen Zusammenhang zu den Presseveröffentlichungen stehen, ist nicht erbracht. **Es sollte, das war das Bestreben des Angeklagten, einem angesehenen Mitglied des Kreises das Genick gebrochen werden. Er sollte in den Augen der Oeffentlichkeit und in der Achtung der Volksgenossen herabgewürdigt werden.** Nach den Wirkungen, die diese Tat für den Kläger in gesellschaftlicher und finanzieller Beziehung hatte, war die Strafe schwer zu bemessen.

Das ist das Ergebnis öffentlicher Gerichtsverhandlung. Paulus aber praktizierte das Dunkelkammersystem, um irgendein „Geheimnis" anzudeuten, das von der Vorinstanz schon als gar nicht vorhanden festgestellt wurde!

Die wirklich Notleidenden.

Antwort an die „notleidende" Landwirtschaft.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Hauptausschuß-Sitzung des Landtags wies Abg. Brandenburg (Soz.) nach, daß in den Jahren 1919—1925 **von Ostpreußen 158 000, von Pommern 60 000, von Schlesien 70 000 Landarbeiter abgewandert** sind. Zahlreiche Landarbeiter verlassen den Osten, um im Westen Beschäftigung zu suchen. In Königsberg beobachtet man ganze Sonderzüge, die nach dem Westen fahren. Die Entschließung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände zu den Lohnverhältnissen der Land- und Forstarbeiter ist innerlich verlogen. Tatsächlich beträgt

der Lohn des Landarbeiters

einschließlich des Deputats im Gesamtstundenlohn, zum Beispiel in Ostpreußen 33,99 Pf., in Schlesien 36,32 Pf., dagegen in Westfalen 48,28 Pf. Der weibliche Freiarbeiter erhält in Ostpreußen nur 12,50 Pf., in Pommern 19,33 Pf., in Brandenburg 18,51 Pf., in Niederschlesien 16 Pf., dagegen in Westfalen das Dreifache wie in Ostpreußen: 35 Pf. Der 18jährige Landarbeiter hat folgende Lohnsätze: in Ostpreußen 18,48 Pf., in Brandenburg 21,51 Pf., in Westfalen 45 Pf. Ein erwachsener verheirateter Landarbeiter mit Frau und Sohn von 18 Jahren erhält für alle drei insgesamt in Ostpreußen 64,97 Pf., in Schleswig 87 Pf., in Schlesien 77,32 Pf., in Sachsen 92,08 Pf. Für einen Bauhilfsarbeiter werden in Ostpreußen 63 Pf., in Schleswig-Holstein 88 Pf., in Schlesien 71 Pf., in Mitteldeutschland 80 Pf. bezahlt.

Und diese elenden Löhne gibt man bei einer Steigerung der Lebenshaltungskosten von mehr als 50 Prozent gegenüber der Friedenszeit!

Herr von Rohr vom Pommerschen Landbund stellte eine drohende Proletarisierung der Landarbeiter in Aussicht, wenn die Verhältnisse nicht besser würden. Diese Befürchtungen, **von Deutschnationalen** ausgesprochen, tauchen jetzt vor den kommenden Wahlen auf. Herr Milberg sagte: die Landarbeiter sollen, wir sagen: die Landarbeiter werden sich bei denen bedanken, die an diesem Elend schuld sind. 1927 sind 176 Tarife zustande gekommen, davon nur zwei durch freie Vereinbarung, aber 174 durch Schiedsspruch. Das zeigt am besten die Landarbeiterfreundlichkeit der Arbeitgeberverbände. Sie brauchen ihr Geld für kostspielige Neubauten, oft für zwei bis vier Personen Autos, sie geben große Gesellschaftsabende, veranstalten Maskenbälle, beteiligen sich an Rennen, Reitervereinen, am Stahlhelm usw. Das beweist, daß höhere Löhne gezahlt werden könnten. — Trotz der Konventionalstrafen werden von vernünftigen Landwirten so auch die notwendigen übertariflichen Löhne gezahlt. Die Wahlen zu den Landkrankenkassen beweisen die wirkliche Stimmung der Landarbeiterschaft.

Das Wohnungselend der Landarbeiter

ist ebenso groß. Bei einer Werkwohnungszählung in Ostpreußen wurden 297 Betriebe mit 4257 Werkwohnungen erfaßt. 161 Wohnungen hatten einen Raum, 520 nur Stube und Küche, 2078 nur Stube und Kammer, 1264 Stube, Küche und Kammer und nur 234 wiesen mehr Räume auf. Im Kreis Angermünde wurden in 23 Gutsbezirken 727 Werkwohnungen besichtigt. Es bestanden 133 aus einer Stube, 419 aus Stube und Küche, 175 aus zwei Stuben und Küche. Auf dem Gut W. faßte ein Raum acht Personen: Deputant, Frau, Mutter, zwei Kinder unter 14 Jahren und drei männliche Hofgänger. Im Gut Z. wohnen in einem Raum Deputant, Frau, zwei weibliche und zwei männliche Hofgänger. Es ist Aufgabe des Ministeriums und der Verwaltung, im öffentlichen Interesse gegen die immer noch geübten Mißhandlungen von Landarbeitern und ihren Familienangehörigen einzuschreiten.

Der Pommersche Pächterbund droht in einer Entschließung, zum 15. Januar die Arbeiter restlos zu entlassen und die Betriebe zu schließen. Und dabei sind in Pommern 4500 Arbeitslose in der Land- und Forstwirtschaft vorhanden! Genosse Brandenburg wandte sich zum Schluß gegen eine Verfügung der Breslauer Regierung betreffend Landarbeitereigenheim. Es liegt nicht im Belieben des Landarbeiters allein, forstwirtschaftliche Arbeit zu finden und dadurch die Bedingungen für dauernde Benutzung einer Eigenheimwohnung zu erfüllen.

Abg. Wittich (Soz.) sprach im besonderen über die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion nach den sozialdemokratischen Anträgen. Die Bevorzugung von ausländischen Waren, die von den rechtsparteilichen Rednern bemängelt wurde, erfolgt gerade durch die besitzenden Klassen. Die Vorwürfe gegen den Leipziger Konsumverein wies der Redner zurück. Die von diesem bezogene dänische Butter ist in der Qualität besser und trotz Zoll noch billiger als die deutsche. Die deutschnationalen Angriffe auf Staatssekretär Krüger sind aufs schärfste zurückzuweisen. Krüger hat sich in landwirtschaftlichen und Siedlungsfragen als Sachkenner erwiesen. Redner berichtigte weiter die Behauptungen bürgerlicher Redner über die Verteilung der Bevölkerung in Land und Stadt.

1871 wohnten 63,9 Prozent auf dem Lande, 36,1 Prozent in der Stadt; 1925 aber 35,6 Prozent auf dem Lande und 64,4 Prozent in der Stadt.

Jeder vierte Deutsche ist heute Großstädter. Für den Zirkulationsprozeß der Wirtschaft kommt es aber auf die Verbraucher an. **Die Kaufkraft der Arbeiter, Angestellten und Beamten muß erhöht werden.** Die Arbeiter haben ebenso wie die Kleinbauern auf dem Lande keinen Vorteil von Zöllen. Die Gewerkschaften würden auf Lohnerhöhungen verzichten, wenn nicht eine andauernde Lebensmittelpreissteigerung erfolgte. Notwendig ist die Vergrößerung der Anbaufläche durch Meliorationen und Landgewinnung, um die angeblich überflüssigen 20 Millionen Deutscher zu versorgen. Ebenso notwendig ist die Erfüllung unserer Anträge: Rationalisierung der Betriebe, Enteignung der Latifundien und Riesenbesitzungen über 750 Hektar, wasserwirtschaftliche Maßnahmen und erhöhte landwirtschaftliche Schulung des Nachwuchses. Wir fordern ferner eine Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums auch auf dem Lande, eine Grundwertsteuer nach dem Wert des nackten Bodens.

Es ist bezeichnend, daß die „notleidenden" Agrarier, obwohl sie rücksichtslose Gegner der Republik sind, in der Republik die wenigsten Steuern zahlen.

Beim Gesamtsteuereinkommen des Reiches von 4,5 Milliarden bringt die Landwirtschaft höchstens 750 000 Mark bei. Sie zahlt keine Hauszinssteuer, nimmt aber, besonders in den Großbetrieben, die meisten Kredite in Anspruch. Wir sind Gegner der Kreditaktion Hugenberg-Schlange. Für die Zukunft ist notwendig der Uebergang zur Bedarfsdeckungswirtschaft, unter anderem auch eine gewisse Berücksichtigung der Mechanisierung des Verkehrs und der Betriebe durch Reduzierung der Pferdezucht. Die Produzenten müssen sich mehr den Ansprüchen der Käufer anpassen. Der Weg vom Produzenten bis zum Konsumenten muß verkürzt werden. Achtzig Prozent des Zwischenhandels sind nicht notwendig.

Abg. Simon (Soz.) trug eine Anzahl Beamtenwünsche vor von der Wasserbau- und Kulturbauverwaltung und entsprach damit Gedankengängen des Ministers, der ein Mehr von Beamten in diesen Verwaltungen aus sachlichen Gründen für berechtigt erklärte.

Das Liquidationsschädengesetz.

Bisher nur 10 Proz. des Schadens ersetzt.

Aus der Begründung des Gesetzentwurfes über die Liquidationsgeschädigten ergibt sich, daß das Reich in 391 000 Fällen Schadenersatz zu leisten hat. Davon betreffen 61 000 Fälle den Verlust von Wertpapieren. Von den restlichen 330 000 Schadenausfällen entfallen 95 000 auf das Ausland, 175 000 auf die ehemaligen Schutzgebiete, 136 800 auf die abgetretenen Ost- und Nordgebiete, 34 800 auf die oberschlesischen Aufstandsschäden und 45 000 auf die abgetretenen Westgebiete.

Der Friedenswert sämtlicher Schäden wird für Liquidationsschäden auf 7,6 und für Gewaltschäden auf rund 2,8 Milliarden Mark geschätzt. Davon wurden bis zum 1. September 1927 rund 1014 Millionen Mark als Entschädigung bewilligt (Liquidationsschäden 429 Millionen und Gewaltschäden 585 Millionen Mark). Wenn man die Leistungen des Reichsentschädigungsamtes (rund 59 Millionen Mark) berücksichtigt, beläuft sich die Gesamtentschädigung bis zum genannten Termin auf 10 Prozent des Schadens. Das nach dem Gesetzentwurf vorgesehene Entschädigungskapital beträgt 1028,5 Millionen Mark.

. . . wohin bist du entschwunden!

In Baden ist die Kommunistische Partei in einem unaufhaltsamen Niedergang begriffen. Der Tiefstand ist derart groß, daß man schon nicht mehr wagt, den Mitgliedern die genauen Zahlen über den Mitgliederstand anzugeben. Von ehemals 5000 Mitgliedern im Bezirk Baden sollen nur noch 800 bis 1000 vorhanden sein, davon in Mannheim etwa 300. Der größe Teil dieser Mitglieder besteht aus jungen Leuten, die vom Frontkämpferbund übertreten. Aeltere, gewerkschaftlich geschulte Mitglieder sind keine 10 Proz. vorhanden. Das Parteiblatt für ganz Baden, die „Arbeiter-Zeitung", hat noch etwa 2300 Abonnenten, davon in Mannheim etwa 1000. Nur infolge der hohen Zuschüsse aus Moskau kann sich das Blatt noch über Wasser halten. Natürlich steht auch in Baden trotz der minimalen Mitgliederzahl der Spaltungsrummel in hohem Schwunge. Man wollte sogar Zeitungsträgerinnen, deren Männer im Verdacht der Opposition stehen, entlassen.

Steuersenkung!

Gute Zeiten für Steuerhinterzieher.

Der nachstehende, einer Beamtenzeitschrift entnommene Artikel gibt ein interessantes Bild, wie durch schärfere Kontrolle der Steuerhinterzieher Wege zur Steuersenkung offen stünden:

Beginnende Morgenröte.

Um den Schmerz derjenigen „Wirtschaftskreise", die sich gegen beamtete Buchprüfer wenden, ganz verstehen zu können, setzen wir die Zahlen der in 83 706 Fällen hinterzogenen Steuerbeträge aus dem Jahre 1926 hierher:

46 102 662 M. Einkommensteuer.
17 592 654 M. Körperschaftssteuer.
19 413 046 M. Umsatzsteuer.
5 711 591 M. Vermögenssteuer.
10 083 935 M. sonstige Reichssteuern.
10 266 071 M. Landes- und Kirchensteuern.

Wegen dieses Steuerbetruges von 109 194 959 M. wurden 4 898 843 M. an Strafen verhängt.

Wieviel Millionen sind nicht entdeckt oder durch geschickte Buchung verschleiert worden?

Und wieviel besser wird das noch gehen, wenn noch dem geistreichen Reichstagsbeschluß erst jeder dritte Buchprüfer abgebaut sein wird?

Also jeder dritte Buchprüfer wird künftig abgebaut: gute Zeiten, Aussichten für Steuerhinterzieher!

Der Arbeiter und Angestellte zahlt prompt sofort, die Herren der Wirtschaft nach Belieben, trotzdem kalkuliert der Geschäftsmann die Steuer mit ein, so daß der Verbraucher, meistens Lohnempfänger (ehrliche Steuerzahler), doppelt besteuert wird.

Jude, Jüdling oder Judenser?

Die Leute um Gräfe, Wulle und Henning bereiten im Geiste Ludendorffs einen großen Generalstabsplan für die kommenden Reichstagswahlen vor. Sie wollen alle Juden und Freimaurer restlos vernichten. Sie drohen in ihrem Blättchen:

„Unser Nachrichtendienst wird so organisiert sein, daß bei den kommenden Wahlen uns nicht nur jene gegnerischen Kandidaten bekannt werden, die Juden, Jüdlinge oder Judenser sind, sondern daß wir dank des in unseren Händen befindlichen Materials im Nu festzustellen in der Lage sind, welcher der Kandidaten ein Freimaurer ist. Wir werden jede Rücksicht fallen lassen und gegen die anerkannten gedeckten Juden, gegen die weißen Juden, gegen die Freimaurer ein enthüllendes und vernichtendes Feuer eröffnen."

Frage: Zu welcher Kategorie gehört Albrecht v. Gräfe, dessen Abstammung sonst gar nicht zweifelhaft ist. Ist er nun Jude, Jüdling oder Judenser, ist er ein offener Jude oder ist er „gedeckt"?

Der Boxkampf noch unentschieden.

Drei Stunden Schulgesetz. — „Ergebnis nicht erzielt."

Der Interfraktionelle Ausschuß der Herren vom Bürgerblock hat gestern getagt, um die „neuen Formulierungen" zum Reichsschulgesetz wieder zu finden, die Herr von Keudell nach seinen „privaten Besprechungen mit einigen Abgeordneten" verloren hat. Das Resultat ist folgendes „Kommuniqué":

Der Interfraktionelle Ausschuß des Reichstages unterbrach nach dreistündigem Verlauf seine Beratungen und wird sie am Mittwoch nachmittag um 2 Uhr fortsetzen. In der heutigen Beratung wurden die §§ 14 bis 20 des Reichsschulgesetzes durchgesprochen. Die einzelnen Parteien legten ihren Standpunkt zu den Fragen der Aufsicht über den Religionsunterricht und über die Simultanschulfrage dar. Die Fragen wurden eingehend durchgesprochen, ein sachliches Ergebnis aber vorläufig noch nicht erzielt. Bis morgen sollen die einzelnen Parteien ihre formulierten Vorschläge machen, damit in der morgigen Sitzung über die Formulierung der einzelnen Bestimmungen des Gesetzes Beschluß gefaßt werden kann.

Hinter den Kulissen spielt sich inzwischen ein wilder Boxkampf zwischen der Volkspartei auf der einen und dem Zentrum und den Deutschnationalen auf der andereren Seite ab. Während die klerikalen Freunde aller Welt verkünden lassen, daß es nur an der Volkspartei liegt, wenn man noch nicht weiter ist und daß der Volkspartei nichts anderes übrig bleibe, als sich den klerikalen Wünschen zu unterwerfen, versucht die Volkspartei durch die „Deutsche Allgemeine Zeitung" den Parteiführer Marx gegen den Fraktionsführer Guérard auszuspielen:

„In der heutigen Besprechung wird es vor allem auf das Zentrum ankommen, seine in den letzten Wochen stark umstrittene Stellung zu klären. Unzweifelhaft haben sich in der letzten Zeit bei der Führung des Reichstagszentrums wahltaktische Erwägungen stark in den Vordergrund gedrängt. Das würde bedeuten, daß dasjenige Gesetzgebungswerk, das für das Zentrum bei der Gründung der gegenwärtigen Koalition die Hauptrolle gespielt hat, jetzt von der gleichen Partei preisgegeben ist und zur wahlpolitischen Parole gemacht werden soll.

Man glaubt in parlamentarischen Kreisen, daß Reichskanzler Dr. Marx als Führer der Gesamtpartei und als der für den jetzigen Kurs verantwortliche Staatsmann diesen Bestrebungen entgegenwirken wird, zumal Dr. Marx als Ergebnis seiner früheren kulturpolitischen Tätigkeit besonders stark am Schulgesetz interessiert ist."

Fügt man noch hinzu, daß der für den Entwurf verantwortliche Reichsinnenminister Dr. von Keudell in der gestrigen Interfraktionellen Konferenz unter der Aufsicht von „vier weiteren Vertretern des Innenministeriums" erschienen ist, so hat man ein Bild von der Lage. Es soll sich übrigens in diesem letzteren Fall nicht um die geistliche Schulaufsicht gehandelt haben.

Schreck.

Der Abenteurer vor dem Reichsgericht.

Im weiteren Verlauf des Prozesses Schreck und Genossen vor dem Reichsgericht, von dem man nicht weiß, ob man ihn einen Spionage-, Landesverrats- oder einen einfachen Dokumentenfälscherprozeß nennen soll, setzt der Angeklagte die Schilderung seines Lebenslaufes fort, die an Phantastik den ersten Teil fast übertrifft. Nach Bayern gekommen, kauft er 1918 einen Gutshof bei Pasberg und wird — er, der „Ausländer"! — in unglaublich kurzer Zeit das „große Tier" seines Kreises: Gründer einer Einwohnerwehr, die 32 Gemeinden umfaßt, Mitglied der Bayerischen Volkspartei, Gemeinderatsmitglied, Kandidat für den Kreistag, stellvertretender Kreisvorsitzender, Mitglied der Kreisbauernkammer, Mitglied des Verwaltungsrats des Oberpfälzischen Kreisüberlandkraftwerkes in Regensburg. Glänzender Aufstieg. Und ein ebenso schneller Abstieg. 1921. Weibergeschichten. Ein Offiziersehrenrat spricht ihm die Satisfaktionsfähigkeit ab. Die Partei wendet ihm den Rücken.

Kurz entschlossen sattelt Schreck um. Kauft ein Gut bei München, gründet eine Grundbesitzgesellschaft, pachtet eine ehemalige Pulverfabrik, gründet zwei, drei andere Gesellschaften, und Schreck darf es sich erlauben, in München das Leben eines Großindustriellen zu führen. Er heiratet ein zweites Mal (die erste Ehe mit einer Rittergutsbesitzerstochter war schon vor längerer Zeit geschieden worden). Aber schon lauert — typisch für jedes Abenteurerleben — ein neuer Abstieg. Die zweite Ehe wird, kaum daß sie rechtskräftig geworden ist, wieder gelöst, weil Schreck eine schwere Geschlechtskrankheit verschwiegen hatte. Ein Unternehmen nach dem anderen bricht zusammen, das Vermögen schwindet unter seinen Händen, noch eine kurze Zeit luxuriösen Scheindaseins auf der Basis des Pumps im großen, dann Flucht mit einem Barbestand von 2000 M.

Und Schreck taucht Ende 1924 in Berlin auf, nun schon nichts weiter als Abenteurer. Betrügerische Geschäfte, Auftreten unter falschem Namen, und dann — abrupt und jäh — ein neuer Aufstieg, Mätressenwirtschaft, Badereisen, Luxus und Komfort: Schreck hatte sein Fälschergenie entdeckt und ließ es — der Prozeß wird klären, wie weit zugunsten, wie weit zum Schaden der „fremden Mächte" — im großen Stil der Spione und Landesverräter spielen.

Das Geheimnis der Seele.

Soweit der Angeklagte. Zwischenfrage des Vorsitzenden, ehe der bunte Film des Prozesses weiter läuft: Wie ist der Angeklagte psychisch zu werten? Da hat er — noch in Bayern — einen Lebenslauf aufgesetzt, der an Phantastik nichts zu wünschen übrig läßt. Vorsitzender: „Wie kamen Sie dazu? Sie hatten wohl einen Hang zum Aufschneiden?" Antwort:

„Das ist hier Dichtung und Wahrheit, ich nehme an, daß die Richter am Reichsgericht psychologisch genügend geschult sind, um zu erkennen, aus welcher Verfassung heraus ich das geschrieben habe. Es war mir so, als ob ein Dichter sich in sein Subjekt hineinlebt. Ich lebte mich damals in diese Materie hinein. Anders kann ich das nicht erklären."

Und das Urteil des Psychiaters? Sanitätsrat Dr. Leppmann hat den Angeklagten Anfang 1927 in der Irrenabteilung des Untersuchungsgefängnisses Moabit beobachtet. Seine Vorkenntnis: Feststellung der Schweizer Irrenanstalt. Einseitige Pupillenstarrheit. Simulation ausgeschlossen. Feststellung des Mediziners: Schreck ist ein sehr intelligenter, schlagfertiger Mensch mit einem fabelhaften Erinnerungsvermögen, aber — er will mehr scheinen, als er in Wirklichkeit ist. Anzeichen, daß die Delikte einer damals zeitweisen oder dauernden Unzurechnungsfähigkeit entsprangen, sind nicht vorhanden, aber der außerordentliche Geltungswert und die außergewöhnliche Phantasie des Beklagten müssen berücksichtigt werden.

Die Freigabebill für das beschlagnahmte „feindliche" Eigentum soll im Finanzausschuß des Senats zu Washington noch vor der (ganz ungeklärten) Steuerfrage, gleich nach Gesundung des Oppositionsführers Simons, beraten werden.

Der verfassungstreue Kreisoffizier.

„Putsch? — Ausgeschlossen! Wir planten nach Auseinanderjagung des Reichstags und Niederwerfung der Republikaner die Einsetzung einer völlig legalen Diktatur."

Fort mit dem Bürgerblock!

Löbe vor dem Reichsbanner in Königsberg.

Königsberg, 10. Januar.

Auf einer großen öffentlichen Kundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold im überfüllten Saale der Bürger-Ressource sprach heute abend Reichstagspräsident Löbe über das Thema „Volksherrschaft oder Gewaltregiment".

Der Reichstagspräsident wurde bei seinem Erscheinen von der Versammlung stürmisch begrüßt. Zu Beginn seiner Ausführungen hob er hervor, daß er gerne nach Ostpreußen gekommen sei nicht nur, weil es wirtschaftlich, national und sozial besonders schwer zu ringen habe, sondern auch weil in diesem abgelegenen Bezirk es den rückwärts gerichteten reaktionären Elementen am schwersten falle, sich in die neue Zeit zu schicken. Präsident Löbe stellte alsdann in seinen Ausführungen die beiden Kampffronten einander gegenüber: Schwarzweißrot und Schwarzrotgold, den alten Obrigkeitsstaat und den neuen freien Volksstaat, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, verantwortliche Bürger zu politischer Reife zu erziehen.

Gewaltherrschaft gegen Volksfreiheit.

Arme und Kraft werde das Reichsbanner zur Verfügung stellen, um diesen Volksstaat zu verteidigen. Als den Zweck derartiger öffentlicher Zusammenkünfte des Reichsbanners bezeichnete Präsident Löbe durch Tausende von Kanälen an alle diejenigen heranzukommen, die draußen im Lande und in den Vororten wohnen, an die Jugend, die die Zukunft des Staates bedeuten. Der Redner gab einen ausführlichen Rückblick über die historische Vergangenheit der Farben Schwarzrotgold und stellte vergleichend die erst im Jahre 1870 durch Bismarck geschaffene Fahne Schwarzweißrot daneben, die Flagge einer kurzen, wenn auch keineswegs unwichtigen Uebergangsepoche von 50 Jahren. Wichtiger sei die Frage:

was soll die Flagge repräsentieren?

Gegenüber dem Hauptargument der Gegner, dem wirtschaftlichen Elend der heutigen Zeit, verwies Löbe darauf, daß sich eine solche Katastrophe wie der Weltkrieg überall in der Welt in gleicher Weise auswirkte. Er beleuchtete dann des näheren das trostlose Erbe, das die Monarchie im Jahre 1918 bei ihrem Zusammenbruch in menschlicher, materieller und finanzieller Hinsicht hinterlassen habe. Er müsse fragen:

Woher nehmen die Leute die eiserne Stirn, diejenigen anzuklagen, die unter diesen Umständen den Mut aufbrachten, das Steuer aufzunehmen, das die anderen fliehend fallen gelassen hatten?

Diese geschichtliche Wahrheit müsse man der Jugend vor Augen halten. Die Demokratie, betonte Löbe, ist heute fest gegründet, aber sie bedarf noch weiterer Festigung und des Schutzes. Dem Vorwurf, daß die Demokratie undeutsch wäre, begegnete er mit einem geschichtlichen Rückblick auf die Verfassung der alten Germanen. Der Weltanschauung der alten Monarchie: „Des Königs Wille ist das höchste Gesetz" setzt die Republik den Satz entgegen: „Des Volkes Wille ist das höchste Gesetz". (Starker Beifall.)

Zu den neuen verschiedentlichen Anträgen auf Verfassungsänderung sprach sich der Redner besonders dagegen aus, das vielfach angegriffene Wahlalter von 20 Jahren heraufzusetzen. Unter den nächsten Aufgaben des Volksstaates stehe in erster Linie

energische Arbeit zum Einheitsstaat.

Es habe auch den Anschein, als ob der neue Bund zur Erneuerung des Reiches das gleiche Ziel habe, wenn es allerdings auch merkwürdig berühre, daß, wenn man vereinfachen wolle, man noch einen neuen Bund hinzugründe. Am verdächtigsten sei der Beifall, den der neue Bund bei denen finde, die dem Einheitsstaat bislang am wenigsten gewogen waren.

Reichstagspräsident Löbe sprach dann über die deutsche Außenpolitik einige Worte. Eines der Hauptargumente der nationalistischen Gegner sei der Hinweis auf die deutsche Außenpolitik der Nachgiebigkeit, der Schwäche und der Demütigung. Diese Außenpolitik der letzten acht bis neun Jahre, die Deutschland auf absehbare Zeit weiter treiben müsse, sei die einfache Erkenntnis der heutigen wirtschaftlichen Zusammenhänge Europas. Kein europäischer Staat könne heute seine Wirtschaftspolitik allein und unabhängig von den anderen führen, und Deutschland am allerwenigsten. Seit wir Industriestaat sind, können wir unser Volk nicht mehr aus eigenen Mitteln ernähren. Wir sind angewiesen auf Austausch, wenn unsere eigenen Bürger nicht an Unterernährung zugrundegehen sollen.

Wir müssen mit unseren Nachbarn in Frieden leben und vergessen, was zwischen uns lag.

Denn in dem Augenblick, wo an die Gewalt appelliert wird, beginnt die Weltkatastrophe mit einem ungeheuren Trümmer- und Leichenfeld in Europa.

Deshalb gibt es nur den Weg der Verständigung. Deshalb hat auch die Sozialdemokratie der Außenpolitik Stresemanns Gefolgschaft geleistet. Solange er friedliche Verständigung sucht mit allen Nachbarländern, solange kann er auf die Unterstützung aller republikanischen Parteien rechnen.

Auf die bevorstehenden Wahlen hinweisend, erklärte der Redner, er befände sich im Einklang mit zahlreichen Zentrumsleuten darin, es sei

die Aufgabe der nächsten Monate, die Rechtsregierung zu zertrümmern und an ihre Stelle eine klar auf republikanischem Boden stehende Regierung zu setzen.

Das Programm der nächsten Zukunft sei: Ausbau zum Volksstaat, Aufbau nach der sozialen Seite auf der Grundlage gegenseitiger Hilfe. Dann werde eine Republik geschaffen werden, die nach innen und außen repräsentiert wird durch den deutschen Arbeiter, den deutschen Landmann, Wissenschaftler und deutschen Jüngling, der, die Hand an der schwarzrotgoldenen Fahne, dafür sorgt, daß ihm nicht entrissen wird, was in den schwersten Stunden unseres Vaterlandes für unser Volk geschaffen worden ist.

„Penthesilea."

Neueinstudierung im Staatstheater.

Die mehrfach unter eigenartigen Umständen verschobene Neueinstudierung des Kleistschen Trauerspiels ist gestern endlich in Szene gegangen. Eine Verlegenheitsvorstellung mit fast zum Fragment verstümmelten Text. Lothar Müthel läßt im verstaubten Hoftheaterstil mit gewaltigem Pathos spielen. Durch den Mangel an dionysischem Schwung und das völlige Versagen der Maria Koppenhöfer als Penthesilea bleibt vom dichterischen Gehalt des Werks kaum etwas übrig. Dgr.

Sensation in Moabit!

Ein Pressevertreter will dem Barmat-Prozeß beiwohnen.

Dieser Tage um Mittag im alten Kriminalgericht. Einer unserer Mitarbeiter sieht an der Tür des kleinen Schwurgerichtssaales einen Zettel und entnimmt daraus, daß dort die Sache gegen Barmat und Genossen am 11. Januar 1927 und folgende Tage verhandelt wird. Er öffnet schüchtern die Tür und blickt zunächst nach dem Zuschauerraum: Kein Mensch! Schon will er sich wieder entfernen, da entdeckt er in einem schattigen Winkel doch eine Menschengestalt. Also doch? Abermals steckt er den Kopf durch die Tür und blickt nach der anderen Seite des Raumes: Dort sitzen tatsächlich ein Dutzend Herren, teils im Talar, teils in Zivil. Inzwischen ist ein an der Eingangstür sitzender Justizwachtmeister aufgestanden und fragt unseren Mitarbeiter, was er wünsche: „Presse!" Der Wachtmeister kann ein Lächeln nicht unterdrücken, ein Lächeln, das Erstaunen und Mitleid zugleich verrät, ein Lächeln, das sich mit den Worten übersehen läßt: „Mensch, du bist wohl total verrückt geworden?" Aber der liebenswürdige Beamte ist zu höflich, diese Frage laut zu stellen und bittet sachlich um den Ausweis. Man fühlt, wie alle Blicke vom Richtertisch, von der Bank der Angeklagten und Verteidiger und von dem einen Mann im Zuhörerraum auf den Neuling gerichtet sind. Am liebsten möchte man lieber gleich fortlaufen, wie wenn ein Fremder irrtümlich in einen Familienkreis ungebeten und störend eingedrungen ist. Aber der Ausweis ist nun einmal schon gezeigt, der Wachtmeister weist auf die Pressetische hin — es gibt kein Zurück! Spießrutenlaufen auf den Zehenspitzen durch den Saal. Am Pressetisch sitzt ein Sachverständiger und der Berichterstatter einer Gerichtskorrespondenz. Der Kollege macht einen sehr gedrückten Eindruck. Man merkt es ihm an, daß er bereits ein Jahr Barmat-Prozeß abgesessen hat!

Geplänkel zwischen der Verteidigung, den Sachverständigen und dem Staatsanwalt. Es handelt sich um komplizierte banktechnische Vorgänge, über die jeder eine andere Auffassung hat. Was heißt, was bedeutet „Franco Valuta"? Ist es so oder so aufzufassen? Der Vorsitzende versucht zu vermitteln: „Franco Valuta in dem Sinne, also, daß ... aber nicht in dem Sinne, daß ..." Die Schöffen vorn und die Schöffen hinten (Ersatzschöffen) folgen mit sachlicher Miene den Darlegungen. Man möchte Gedankenleser sein und die Frage beantworten können: „Wer von euch versteht wirklich etwas davon?" Jedenfalls erwecken alle den Eindruck, als ob sie sich bemühten....

Am Mittwoch ist Jubiläumssitzung. Vor einem Jahre war der Zuschauerraum mit einem mondänen Premierenpublikum zum Bersten voll. Auch die Blätter brachten spaltenlange Berichte. Und jetzt? Es gab wieder einmal nach langer Zeit eine Sensation: ein Presseberichterstatter — von dem Kollegen der Gerichtskorrespondenz abgesehen, der schon „zur Familie" gehört — wohnte der Verhandlung bei...

Vom Schlichten und vom Schlichter.

Eine sachliche Würdigung.

Der erste Artikel, der Artikel 151, des das „Wirtschaftsleben" betreffenden fünften Abschnittes der Reichsverfassung lautet: „Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen zu sichern. Gesetzlicher Zwang ist nur zulässig zur Verwirklichung bedrohter Rechte oder im Dienste überragender Forderungen des Gemeinwohles." Die Republik, die „die Arbeitskraft unter den besonderen Schutz des Reiches" stellt, ein „einheitliches Arbeitsrecht" schuf, die „Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeitsbedingungen für jedermann gewährleistet" und „für Rechtsverhältnisse eintritt, die für die gesamte arbeitende Klasse der Menschheit ein allgemeines Mindestmaß der sozialen Rechte erstrebt", die Republik schuf auch jene für die Arbeiterschaft äußerst wichtige, von der sogenannten Oeffentlichkeit meist wenig beachtete und von den an ihr Interessierten meist mit Undank ungerechterweise belohnte Schlichtungsbehörde.

Eine wertvolle Errungenschaft.

So darf man wohl diese von Flaumachern wie Scharfmachern etwas über die Achseln angesehene Institution nennen, die — zumeist von „Männern der Arbeit" und Kennern der Materie, oft von alterfahrenen Genossen und objektiv fühlenden Leuten „vom Bau" geleitet — zum Wohle der Werktätigen wie der Allgemeinheit tätig ist. Ein Rundblick in Länder, die keine Schlichtungsbehörden besitzen, bestätigt uns diese Behauptung. Ungezählte Millionen Arbeitsstunden und Stundenlöhne gehen dort im Grunde genommen für nichts und wieder nichts verloren; Streiks, die Unsummen von Arbeitergroschen verbrauchen, versacken, ohne Besserung der sozialen Lage geschaffen zu haben, werden verloren und erbringen häufig sogar noch statt Lohn- und Arbeitszeitverbesserung eine Herabsetzung der Tarife und eine Verschlechterung der Arbeitszeit.

Dank den Schlichtern der Republik und der gesetzlich und rechtlich zu bindenden Verbindlichkeitserklärungen durch das Reichsarbeitsministerium gingen in einem Jahr z. B., in dem ein Land wie Dänemark mehr als 10 Millionen Arbeitstage verlor, in Deutschland nur etwas mehr als zehn Prozent davon, etwas mehr als eine Million Arbeitstage verloren. Schnell und mit gutem Erfolg war es unseren Schlichtungsausschüssen, ständigen oder bestellten Schlichtern gelungen, die streitenden Partner Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu einer für beide Teile annehmbaren gütlichen Einigung zu bringen. Daß natürlich viele Arbeitnehmer die Einigungsbestrebungen häufig trotzdem als nicht befriedigend bezeichnen, ist ebenso erklärlich wie der Umstand, daß die beteiligten Arbeitgeber die Einigung fast immer so hinnehmen, als ob es ein saurer Apfel wäre, in den sie „nicht dem eigenen Triebe folgend", sondern „weil sie eben müssen" hineinbeißen.

Die Aufgabe des Schlichters ist ja auch gar nicht, diese oder jene Partei restlos zu befriedigen, sondern Arbeitsfrieden zu stiften, gerechte Forderungen der Streitenden durchzusetzen, und das alles möglichst schnell, um sonst unausbleibliche schwere Schädigungen für die Werktätigen und die Allgemeinheit zu ersparen. Wie hoch von beiden Seiten der Schlichter eingeschätzt wird, beleuchtet die Tatsache, wie oft man ihn zur Hilfe nimmt: In einem Jahre wurden von fast 120 Schlichtungsausschüssen mehr als siebeneinhalbtausend Arbeitsstreitigkeiten geschlichtet, mehr als tausend Fälle wurden von den ständigen wie von bestellten Schlichtern erledigt.

Wie wird „geschlichtet" —?

Ist der Frieden zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber gestört, werden Lohnforderungen erhoben, wird tarifgedrückt, das Arbeitszeitgesetz verletzt oder droht oder besteht aus sonstigen Gründen Streik, dann tritt das neue von der Revolution errungene (wenn auch nicht ganz gelungene!) Arbeitsrecht in Kraft, verlangt die Schlichtungsordnung die die Streitigkeit schlichtende Einberufung des Falles vor den Schlichtungsausschuß. Wir haben in rund 20 Schlichtungsbezirken rund 120 Schlichtungsausschüsse, von denen jeder mit Ausnahme des Groß-Berliner Schlichtungsausschusses (der allein für den Groß-Berliner Bezirk zuständig ist) für rund sechs Bezirke also schlichtungsbefugt ist.

Diese Ausschüsse führen mit den uneinigen Partnern sozusagen Vorverhandlungen zu einer Einigung und fällen, wenn diese nicht erreicht werden kann, einen sogenannten Schiedsspruch, der einer Formulierung eines Vergleichs gleichkommt, von den Parteien angenommen oder abgelehnt werden kann und rechtlich noch nicht bindend ist. Nimmt aber einer der Streitenden an und beantragt er sodann beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitserklärung und erfolgt diese, so ist der Schiedsspruch wie eine vertraglich geschlossene Vereinbarung bindend. Wenn aber beide ablehnen, so ist die Tätigkeit des Schlichtungsausschusses beendet und beginnt die Tätigkeit des für den betreffenden Bezirk zuständigen ständigen Schlichters oder — wenn der in Frage kommende Arbeitsstreit über diesen Bezirk in andere übergreift — des vom Reichsarbeitsministerium für diesen Sonderfall eigens bestellten Sonder-Schlichters.

Wenn es fünf vor Zwölf ist . . .

wenn die Gegensätze unüberbrückbar scheinen, die Parteien aufeinanderprallen, das Manometer auf Explosionsgefahr steht, tritt der Schlichter auf den Plan und ruft die „feindlichen" Parteien zu sich. Zuerst hat er nun zu versuchen, nicht zu schlichten, sondern zu beschwichtigen, die Siedehitze der Debattentemperatur etwas abzukühlen und die gegenseitigen Angriffe auf das sachlich-ruhige umzurangieren. Der Schlichter, der nicht nur die Materie und die gegenseitigen Kräfteverhältnisse, sondern auch die Menschen kennen muß — und das ausgezeichnet, wenn er Erfolg haben will — außerdem Ruhe als erste Schlichterpflicht haben muß, wird zuerst die aufeinander losprasselnden Gegensätze sich entfesseln und austoben lassen.

Nach diesem Orkan ist er schon halbwegs „im Bilde" und beginnt nun mit den Einzelverhandlungen, die darauf abgestimmt sind, zu sondieren, in ruhiger, etwas gemütlicherer Aussprache die einzelnen, d. h. jede Partei für sich, etwas „sachlich-zielklarer" aus sich herausgeben zu lassen. Diese Sonderverhandlungen ergänzen und bestimmen nun die Linie, auf der der Schlichter in nochmaliger gemeinsamer Verhandlung vorgeht. Er kennt nun die Meinungen, die Absichten, sowohl die offenen, wie die versteckten, und schätzt die Möglichkeiten ab, kalkuliert, wie weit er gehen kann, um alle Teile auf einer für beide erträglichen Basis zusammenzuführen, die Gegensätze auszugleichen und den Konfliktstoff zu beseitigen, die hitzigen Gegner in zwangloser Aussprache zu beruhigen, durch einleuchtende Einwände und Gegenvorschläge, die auf seiner Erfahrung, Kenntnis der Materie, der diplomatisch in den getrennten Verhandlungen herausgefühlten jeweiligen Annäherungsmöglichkeit und auf seiner Kenntnis der Kräfteanspannung und Ausdauer beruhen, einzulenken und schließlich gütlich zu einigen. Was ihm auch meistens gelingt! Dank seiner Ruhe, Menschenkenntnis, Vertrauenswürdigkeit und dem sehr wichtigen Umstand, daß er nicht als trockener Bureaukrat am grünen Tisch, sondern als lebendiger, mitfühlender „Mann vom Bau" die Fäden knüpft.

*

Allerdings — manchmal auch bleibt der Erfolg aus! Meist dann, wenn dem Schlichter eine Arbeitgeberschaft mit ihrem eingefleischten Herren-Standpunkt und harmierten Kraftmeier-Ton gegenübersitzt und — „Wir sind Wir!" — in Verkennung der gerechten Arbeitnehmerforderungen und der Kräfte und Solidarität der werktätigen Masse ablehnt und immer wieder hohnlächelnd ablehnt — bis sie schließlich dann doch nach dem durchgehaltenen Streik mehr bewilligen müssen als sie vor dem Schlichter bewilligen sollten!

Der „Blauband"-Konflikt beigelegt.

Gewerberat Körner hatte die Parteien zu einer Aussprache geladen, in deren Verlauf er einen Vergleichsvorschlag machte. Sämtliche vor dem 12. Dezember in der Zentralexpedition in Lichtenberg beschäftigten Arbeiter werden wieder eingestellt. Das Arbeitsverhältnis gilt hinsichtlich der Bestimmungen des Manteltarifs nicht als unterbrochen.

Der Vergleichsvorschlag wurde von beiden Parteien angenommen. Die Arbeit wird morgen Donnerstag früh wieder aufgenommen.

Der Wahltermin bei der Reichsbahn.

Protest gegen Gewaltmethoden der Reichsbahnverwaltung

Der von dem deutschnationalen Reichsverkehrsminister Dr. h. c. Koch bei der Reichsbahn heraufbeschworene Konflikt hat jetzt durch das Eingreifen der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft (DRG.) eine bedeutende Verschärfung erfahren. Die Gewalthaber der Reichsbahn haben einen

vorzeitigen Wahltermin erzwungen

und zu diesem Zweck gegen den Hauptwahlvorstand ungesetzliche Mittel angewandt. Der vom Hauptbetriebsrat bestellte Wahlvorstand hatte, der von ihm vertretenen Rechtsauffassung entsprechend, in seinem Wahlausschreiben den 10. Mai 1928 als Wahltermin festgelegt. Dieser Wahltermin paßte den maßgebenden Herren der Reichsbahnverwaltung und den von ihnen gehätschelten christlichen und Hirsch-Dunckerschen Eisenbahnerorganisationen nicht. Sie hielten hartnäckig an der von Koch in ungesetzlicher Weise bestimmten Wahlzeit fest. Anstatt den im Betriebsrätegesetz vorgesehenen Rechtsweg einzuhalten, hat die Hauptverwaltung der DRG. dann unter rücksichtsloser Ausnutzung ihrer Machtstellung den Hauptwahlvorstand gezwungen, einen ihr genehmen Wahltermin festzusetzen.

Als Wahltermin wurde der 25. Februar bestimmt.

Der Hauptwahlvorstand hat gleichzeitig einstimmig folgenden Protest beschlossen:

„Der Hauptwahlvorstand nimmt davon Kenntnis, daß die Hauptverwaltung der DRG. die Veröffentlichung des Wahlausschreibens vom 6. Januar 1928 verweigert und die Einsetzung eines neuen Wahlvorstandes angedroht hat. **Zu diesem Vorgehen fehlt jede gesetzliche Grundlage.** Der Hauptwahlvorstand ist in der Sitzung des Hauptbetriebsrates vom 5. Januar 1928 ordnungsmäßig gewählt worden. Er hat die ihm übertragenen gesetzlichen Pflichten unverzüglich wahrgenommen. Der gesetzlich vorgesehene Weg der Entscheidung von Streitfragen ist von der Hauptverwaltung der DRG. nicht beschritten worden; sie hat statt dessen die Ausnutzung ihrer Machtstellung als Arbeitgeber angedroht. Angesichts dieser Maßnahmen hat der Hauptwahlvorstand ein neues Wahlausschreiben nach den Forderungen der DRG. erlassen; er behält sich jedoch vor, weitere Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind,

den gesetzlichen Zustand wieder herzustellen.

Gegen das Vorgehen der Hauptverwaltung legen wir hiermit schärfsten Protest ein."

Die Hauptverwaltung der DRG. hat mit diesem brutalen Gewaltakt, der für einen Rechtsstaat unerträglich ist, ihrem Personal ein schlechtes Beispiel gegeben. Es muß hinzugefügt werden, daß sich das Vorgehen der Reichsbahngesellschaft mit der Forderung der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Eisenbahnerorganisationen deckt. Die Schwarz-Blauen erfreuen sich also — genau wie die Gelben — des besonderen Schutzes der Reichsbahnverwaltung. Sie schämen sich nicht, Nutznießer einer ungesetzlichen Maßnahme eines rücksichtslosen Unternehmers zu sein. Nur **der Einheitsverband der Eisenbahner** Deutschlands hat sich als unerschrockener Hüter und Schützer der Arbeiterrechte und des Betriebsrätewesens erwiesen. Er dürfte auch dafür sorgen, daß diesen Gewaltmethoden energisch Einhalt geboten und die schwarzblauen Bundesbrüder in ihre Schranken verwiesen werden. Die Betriebsräte und Funktionäre des Einheitsverbandes müssen durch eifrige Wahlarbeit dafür sorgen, daß die Bäume der Schwarz-Blauen nicht in den Himmel wachsen. Es gilt deshalb, sofort alle Wahlvorbereitungen zu treffen, um den Lieblingen der Reichsbahngesellschaft eine deutliche Antwort der Wähler für ihr charakterloses Verhalten zu geben. Der Wahlkampf ist eröffnet, er muß mit aller Schärfe geführt werden unter der Parole: „**Für den Einheitsverband, gegen alle Feinde der Eisenbahner**".

Um die Arbeitszeit.

Fortsetzung der Besprechung am Freitag.

Bei der Durchführung des Schiedsspruchs für die nordwestliche Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie sind in einzelnen Betrieben Schwierigkeiten aufgetreten. Zu deren Behebung fand gestern im Reichsarbeitsministerium eine Besprechung zwischen den Vertretern der Industrie und der Gewerkschaften statt. Die Parteien kamen dahin überein, die Besprechung am nächsten Freitag in Essen unter Beteiligung des Reichsarbeitsministeriums und des Schlichters für den Bezirk Rheinland in einer kleinen Kommission fortzusetzen.

Ungültige Verbindlichkeitserklärung?

Die sächsischen Hüttenarbeiter wollen neu verhandeln.

Bochum, 10. Januar. (Eigenbericht.)

Da die Rechtsgültigkeit des verbindlich erklärten Schiedsspruches für die sächsische Hüttenindustrie bestritten wird, werden die Arbeiter ablehnen, zu den Bedingungen dieses Schiedsspruches zu arbeiten. Sie verweigern die von ihnen als gesetzwidrig betrachtete Regelung der Sonntagsarbeit. Sie werden den Unternehmern durch ihre Betriebsvertretungen neue Verhandlungen anbieten, und zwar auf der Grundlage der in der Verhandlung vor dem Reichsarbeitsministerium gemachten Vorschläge. Am kommenden Montag soll neu verhandelt werden.

Die dreischichtige Arbeitszeit in Duisburg.

Kein Facharbeitermangel.

Duisburg, 10. Januar.

Die Einführung der dreigeteilten Schichten in der Duisburger Metallindustrie ist ohne Schwierigkeiten vor sich gegangen. Die Befürchtung, daß dadurch ein nicht zu deckender Mangel an Facharbeitern eintreten würde, ist nicht eingetroffen. Durch die ab 1. Januar erfolgte Einführung der dreigeteilten Schichten ist auch keine Neueinstellung von Arbeitskräften notwendig geworden. Die Werke haben die weniger wichtigen Betriebe eingeschränkt und die dadurch freigewordenen Arbeitskräfte für die dritte Schicht eingesetzt.

Aus der mitteldeutschen Metallindustrie.

Die für Dienstag angesetzten Schlichtungsverhandlungen in der mitteldeutschen Metallindustrie sind ausgefallen. Sie werden voraussichtlich von dem mitteldeutschen Schlichter in Magdeburg erfolgen.

Arbeitszeitstreik in Ostoberschlesien.

Die Belegschaft einer Brennerei in Bismarckhütte, insgesamt 300 Mann, ist am Sonnabend in den Streik getreten, da für ihre Arbeitszeit noch nicht der Achtstundentag in Anwendung gekommen ist. Die Verwaltung hat durch den Betriebsrat die fristlose Entlassung der Streikenden bekanntgegeben, falls die Arbeit bis zum 10. Januar nicht wieder aufgenommen wird. Es ist dies der erste Fall eines Streikes in Ostoberschlesien aus Anlaß der schwebenden Arbeitszeitregelung. Infolge der bei den Arbeitern hierüber herrschenden Erregung wird mit einem Umsichgreifen der Ausstandsbewegung für die nächste Zeit gerechnet. Zurzeit beraten eine Regierungskommission und Gewerkschaftsvertreter der einzelnen Werke, um die Arbeitszeitfrage zu regeln.

Doppelzüngigkeit bei Cook?

London, 10 Januar. (Eigenbericht.)

Der englische Bergarbeiterverband läßt die Meldung dementieren, daß er die russischen Gewerkschaften um eine zinsfreie Anleihe von 30 000 Pfund gebeten habe. Die von den russischen Gewerkschaften verbreitete Meldung, daß dieser Betrag inzwischen nach London abgegangen und in den Besitz des englischen Bergarbeiterverbandes gelangt ist, wird von dem Dementi des englischen Bergarbeiterverbandes jedoch nicht betroffen.

Achtung, Spinnstoffabrik und Armit Zehlendorf! Freitag 16 Uhr Versammlung aller SPD.-Genossen bei Meurer, Seehof, Waldschlößchen. Erscheinen aller Parteigenossen ist wegen der wichtigen Tagesordnung unbedingt notwendig. Parteiausweis mitbringen.
Der Fraktionsvorstand.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin. Heute, Mittwoch, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: **Neukölln:** Gruppenheim Jugendheim Bergstr. 29, Hof. Lichtbildervortrag: „Die FGJ. in Wort und Bild." — **Südwesten:** Gruppenheim Städtisches Jugendheim Barckstr. 11 (Fabrikgebäude). Lichtbildervortrag: „Vom Urtier zum Menschen." — **Nordring:** Gruppenheim Jugendheim Eberswalder Straße 10. Diskussionsvortrag: „Die Stellung des Lehrlings in Betrieb und Schule." — **Baumschulenweg:** Jugendheim Baumschulenweg, Ernststr. 18. Erster Reihenvortrag: „Vom Einzelarbeitsvertrag zum Kollektivarbeitsvertrag." — **Weißensee:** Jugendheim Parkstr. 36. Fortsetzung der Vortragsreihe: „Bub und Mädel." — **Zentrum:** Jugendheim Zehdenicker Str. 24/25. Reihenvortrag: „Kampfmittel der Gewerkschaften." — **Office-Jugendkursus:** Jugendheim Dieckmannstr. 3. „Wirtschaftswerden — Wirtschaftswesen."

Jugendgruppe des ZdA. Heute, Mittwoch, 19½ Uhr, finden folgende Veranstaltungen statt: **Bezirk Nordwest:** Realgymnasium Schleswiger Ufer 14. Liederabend. Liederbücher mitbringen. — **Bezirk Spandau:** Jugendheim Lindenufer 1. Die im Jahre 1927 begonnene Arbeitsgemeinschaft über „Jugendbewegung — Arbeiterbewegung" wird fortgesetzt. Leitung Kollege Kurt Michaelis. — **Bezirk Osten:** Jugendheim Litauer Str. 18. Aussprachеabend über „Religion." — **Bezirk Neukölln:** Jugendheim Böhmische Str. 14. Bunter Abend. Liederbücher mitbringen. — **Bezirk Wedding-Gesundbrunnen:** Jugendheim Schönwalder Str. 1. Heimbesprechung und Unterhaltung.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: R. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen"

Obduktion der Opfer des Dahlemer Unglücks

Unglücksfall oder Selbstmord Stammers?

Der Meldung, daß Stammer eventuell Selbstmord begangen haben könnte, kann die Kriminalpolizei keinen besonderen Glauben beimessen. Sie ist nach wie vor der Ansicht, daß es sich hier um einen Unglücksfall handelt. Für einen Selbstmord sprechen allerdings gewisse Umstände, aber irgendwelche positive Beweise für einen Selbstmord liegen bisher nicht vor.

Explosionskatastrophen und Stadtparlament.

In der Stadtverordnetenversammlung hat die sozialdemokratische Fraktion die folgende Anfrage eingereicht:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat um Auskunft:

1. welche Ursachen zu den entsetzlichen Katastrophen in der Landsberger Allee und in Dahlem geführt haben,
2. welche Maßnahmen der Magistrat zur Behebung der entstandenen Notlage der betreffenden Bewohner ergriffen hat,
3. welche Maßnahmen der Magistrat zu treffen gedenkt, um solche Katastrophen in Zukunft zu verhüten."

Diese Anfrage wird von allen anderen Fraktionen mit unterstützt. Der Magistrat soll sie in der ersten Stadtverordnetensitzung sofort beantworten.

Das Ergebnis der amtlichen Untersuchung.

Am gestrigen Mittag fand, wie bereits mitgeteilt, in Anwesenheit der Vertreter der Staatsanwaltschaft die gerichtsärztliche Obduktion der Leiche des Kaufmanns Stammer statt, die durch den Gerichtsmedizinalrat Dr. Hommerich im Westender Leichenschauhaus erfolgte. An der Obduktion nahm auch der Gerichtschemiker Dr. Brüning teil, der zum Zwecke der chemischen Feststellung des Explosivstoffes, der die Katastrophe verursacht hat, Teile der geöffneten Leiche und Blutproben zur weiteren chemischen Untersuchung entnahm.

Die Obduktion der Leiche ergab, daß Stammer durch die furchtbare Wirkung der Explosion überaus schwere Verstümmelungen und Zerreißungen davongetragen hat, die die eigentliche Todesursache gewesen sind. Es wurde festgestellt, daß infolge der Explosion beide Beine vom Rumpfe getrennt und mehrmals gebrochen waren, außerdem war auch der rechte Arm abgerissen worden, und der Kopf wies furchtbare Zertrümmerungen der Schädeldecke auf, wie überhaupt die ganze Leiche bis zur völligen Unkenntlichkeit verstümmelt worden war. Auch die inneren Organe, so das Herz, waren zerrissen. Die gerichtschemische Untersuchung durch Dr. Brüning soll nach Möglichkeit feststellen, durch welche Chemikalien die Explosion verursacht worden ist, und man hofft, in den entnommenen Teilen des Körpers und der inneren Organe, sowie in den Blutproben noch Reste der Explosivstoffe zu finden. Die ganze Art der Verstümmelung der Leiche Stammers

bestätigt die Vermutung, daß die Explosion durch ein äußerst brisantes und gefährliches Explosionsmaterial verursacht

worden ist. Die chemischen Untersuchungen werden erst in einigen Tagen zu Ende geführt sein, und es ist überhaupt äußerst fraglich, ob man auf diese Weise Schlüsse auf den Charakter und die Art des Sprengstoffs wird ziehen können. Im Anschluß an die Obduktion fand dann noch ein Lokaltermin an der Unglücksstätte in der Parkstraße durch die Vertreter der Staatsanwaltschaft statt, der die bisherigen in dieser Richtung getroffenen Feststellungen bestätigte.

Ueber die Bestätigung des Haftbefehls Weingärtners ist bisher seitens des Untersuchungsrichters, der ebenfalls an der gerichtlichen Inaugenscheinnahme teilnahm, noch kein Beschluß gefaßt worden. Der Rechtsbeistand des verhafteten Generalkonsuls, Rechtsanwalt Dr. Peschke, hat noch im Laufe des gestrigen Vormittags

Haftentlassungsantrag

mit der Begründung gestellt, daß der von der Polizei angenommene Fluchtverdacht nicht stichhaltig sei.

Die Untersuchungen durch die Chemisch-technische Reichsanstalt, die von deren Direktor, Professor Dr. Lenze, geleitet werden, werden ebenfalls noch geraume Zeit in Anspruch nehmen, da sämtliche in dem Dahlemer Laboratorium von der Kriminalpolizei beschlagnahmten Chemikalien einer analytischen Prüfung unterzogen werden müssen. Wie wir hören, hat man bisher keine Spur von Knallquecksilber gefunden, und die Aussagen Weingärtners, daß die Knallkapseln für die Reichsbahn aus einer Mischung von chlorsaurem Kalk und Aluminium hergestellt worden sind, kann sich möglicherweise bewahrheiten, da man derartige Chemikalien gefunden hat. Diese beiden chemischen Verbindungen sind früher zur Erzeugung von Blitzlicht für photographische Zwecke verwendet worden, jedoch ist man in der letzten Zeit dazu übergegangen, wegen der großen Gefährlichkeit des chlorsauren Kali Salpeterverbindungen, die keine so großen Sprengwirkungen haben, zu benutzen. Ein genaues Bild über die Ursache der Katastrophe wird man sich jedoch möglicherweise erst nach Abschluß der Untersuchung machen können.

Die Steglitzer Kriminalpolizei dehnt nunmehr ihre Ermittlungen auch, wie wir erfahren, auf das Gerücht aus, daß die

Dahlemer Katastrophe nicht auf einen Unglücksfall, sondern auf einen Selbstmord des Kaufmanns Stammer zurückzuführen

ist. Dieses Gerücht gründet sich darauf, daß zwischen den Stammerschen Eheleuten seit längerer Zeit erhebliche eheliche Differenzen und Zwistigkeiten bestanden haben sollen, die sich bereits zeitweise derartig zugespitzt hatten, daß Willy Stammer nach einem ehelichen Auftritt den Versuch gemacht haben soll, gegen seine Ehefrau mit der Waffe vorzugehen. Gerade in der letzten Zeit sollen sich diese Streitigkeiten erheblich verstärkt haben und besonders zwischen Weihnachten und Neujahr sollen die Verstimmungen zwischen den Stammerschen Eheleuten so stark gewesen sein, daß beide **am Silvester kein Wort miteinander gesprochen** hätten. Wie wir hören, hat die Kriminalpolizei verschiedene schriftliche Aufzeichnungen Stammers gefunden, in denen er über seine unglückliche Ehe klagt und aus deren Inhalt eine hochgradige seelische Depression spricht, die durchaus die Annahme eines Selbstmordes zulassen würde. Die Kriminalpolizei geht wenigstens diesen neuen Spuren nach, die auch für den verhafteten Generalkonsul Weingärtner insofern von großem Interesse sind, als dann, wenn sich wirklich ein Selbstmord Stammers feststellen lassen würde, für ihn das Delikt der fahrlässigen Tötung in Fortfall kommen würde und er sich nur noch wegen des Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz zu verantworten haben würde.

Landsberger Allee 116.

Die mysteriöse Flamme!

Um die Ursache der Explosion in der Landsberger Allee zu erforschen, hat die Kriminalpolizei bereits den weitaus größten Teil der Mieter des Unglückshauses vernommen. Alle Nachbarn, die zur Aufklärung der Katastrophe beitragen zu können glauben, werden ersucht, sich unverzüglich bei der Kriminalpolizei zu melden. Besonderes Gewicht wird auf Zeugen gelegt, die einen überraschenden Vorgang wahrgenommen haben. Die verheerende Explosion ereignete sich, wie bekannt, in der Nacht von Mittwoch, den 4. zu Donnerstag, den 5. d. M. gegen Mitternacht. Nun hat ein Mann, der am Mittwoch, dem 4. Januar, nachmittags zwischen 4½ und 5 Uhr die Landsberger Allee entlangging, von dem gegenüberliegenden Bürgersteig aus gesehen, wie vor dem Unglückshause plötzlich eine etwa einen Meter hohe Flamme aus dem Straßenpflaster emporschoß. Auch andere Passanten sahen die unerklärliche Erscheinung und eilten darauf zu. Als sie jedoch hinkamen, war die Flamme schon wieder erloschen. Sie hat kaum länger als drei Sekunden gebrannt. Alle Leute, die diese bisher ungeklärte Erscheinung gesehen haben, werden ebenfalls dringend gebeten, sich bei den Kriminalkommissaren Bunge und Pippo zu melden. Diese sind auf dem Polizeirevier 68 in der Elbinger Str. 20, Fernsprecher Amt Königstadt 4340, zu erreichen.

Die Todesopfer der Explosionskatastrophe werden nicht gemeinsam bestattet. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern des Bezirksamtes Prenzlauer Berg und den Hinterbliebenen haben ergeben, daß diese den Wunsch haben, die Toten auf verschiedenen Friedhöfen begraben bzw. einäschern zu lassen. Die Bestattungen erfolgen jedoch auf Kosten der Stadt, die auch zu allen Trauerfeiern Vertreter der städtischen Körperschaften entsenden wird.

Ein- und Ausbrecher Kirsch vor Gericht.

48 Jahre alt — 22 Jahre im Gefängnis.

Unter großem Andrang des Publikums fand heute die Verhandlung gegen den berüchtigten Geldschrankknacker und Ein- und Ausbrecher Schlosser Franz Kirsch aus Berlin vor dem Potsdamer Schöffengericht statt. Kirsch hat versucht, mit dem Mitangeklagten, vielfach vorbestraften Heizer Otto Wiese aus Berlin in der Nacht zum 16. November v. J. in die Stationskasse des Bahnhofes in Belzig einzudringen. Vom Keller hatte Wiese ein Loch in die zum Kassenraum führende Deckenverschalung gebohrt, als ihn ein Beamter bei der Arbeit störte. Die Verbrecher ergriffen die Flucht und wurden im Eisenbahnabteil auf Station Beelitz-Heilstätten von einem Oberlandjäger verhaftet.

Sämtliche Ein- und Ausgänge des Verhandlungsraumes sind durch Schupobeamte gesichert. Gefesselt wird Kirsch in die Anklagebank geführt. Ein sehr intelligentes Gesicht. Sofort mustern die Augen des berüchtigten Ausbrechers die Ein- und Ausgänge sowie das Oberlichtfenster des Gerichtssaales. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Dr. Warmuth, die Anklage vertritt der neue Erste Staatsanwalt von Potsdam Dr. Fuhrmann. Verteidigt werden die Angeklagten von Rechtsanwalt Giesen-Potsdam. Die Anklage lautet bei beiden auf versuchten schweren Diebstahl im Rückfall, ferner bei Kirsch auf unbefugten Besitz von Waffen und Urkundenfälschung. Mit tadelloser Verbeugung gegen die Richter und lautem Guten Morgen nimmt Kirsch zwischen zwei Schupobeamten Platz. K. ist 1880 in Berlin geboren und hat eine sehr traurige Jugend durchgemacht. Mit 13 Jahren die erste Straftat. Dann folgte Strafe auf Strafe, und von seinen 48 Jahren hat dieser König der Ausbrecher 22 Jahre in Strafanstalten verbracht. Auch verschiedene Irrenanstalten haben ihn aufgenommen. Der Angeklagte Wiese, dessen Vater ein notorischer Säufer ist, hat auch schon vieles auf dem Kerbholz. Bei der Festnahme fand man bei Kirsch eine Selbstladepistole, 27 Dietriche, 14 Eisenbohrer, Knacker, Pinzetten, Watte u. a. mehr. Er war kurz vorher auf einem Eisenbahntransport ausgebrochen und hat noch 8 Jahre Zuchthaus abzumachen. Der Angeklagte erzählt dann sehr gewandt, wie er nach seinem Ausbruch mittellos in Berlin gelandet war und wie ganz Berlin ihn suchte. „Was sollte ich machen, Herr Vorsitzender? An allen Litfaßsäulen klebte mein Bild und in den Zeitungen stand täglich etwas von mir. Ich mußte doch Geld haben. Wäre ich rabiat, wie die Zeitungen mich hinstellen, dann hätte ich ja meine Waffe gegen den Oberlandjäger erheben können." Bei der Festnahme hatte Kirsch sich den Namen Otto Müller beigelegt. Der König der Ein- und Ausbrecher verteidigt ritterlich seinen Mitangeklagten, wenn dieser durch die Beweisaufnahme belastet wird. Mit einem haßerfüllten Blick mustert Kirsch den Oberlandjäger, als dieser als Zeuge aufgerufen wird. Der Staatsanwalt beantragte gegen K. zehn Jahre zwei Monate Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht, gegen Wiese drei Jahre Zuchthaus und ebenfalls Stellung unter Polizeiaufsicht. Der Angeklagte Kirsch, zum letzten Wort zugelassen, meint: Zehn Jahre Strafe, das ist ja mittelalterlich. Geben Sie mir die Möglichkeit, bald wieder in meine Familie zurückzukehren. Das Urteil lautete bei K. auf drei Jahre Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht. Wiese kam mit einem Jahr Gefängnis davon.

Die Beerdigung des Genossen Gastwirt Schulthauer, der mit seiner Familie bei dem Explosionsunglück in der Landsberger Allee 116 ums Leben kam, findet am Donnerstag, 14 Uhr, auf dem alten Sophien-Kirchhof in der Bergstraße statt.

88]

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

Trotz der frühen Stunde stand dort ein dicker Rauch, und das finstere Zimmer, mit dem eisenvergitterten Fenster stank nach Tabak und Schimmel. Einige Menschen standen vor dem Tisch und ihre Gesichter sahen wie nach einer schweren Krankheit aus. Ohne ihn zu bemerken, stießen zwei mit ihm zusammen. Angestellte der Volksbildungsabteilung. Und wie Blinde, ihn meidend, schweigend, mit einem Lächeln von Geschlagenen, gebückt — stießen sie in der Tür aufeinander. Und nur Schuks laute Schreie hörte Sergeij: „Dreinschlagen muß man, an die Wand stellen, liebe Genossen, euch selber mit einem Fußtritt aus der RKP. . . . Die Generale sind ein Gesindel! . . . Was versteht ihr von einem Arbeiter? . . . Ihr pflegt nur euren eigenen Bauch, eure eigene Haut, und auf die Arbeiterklasse spuckt ihr. . . . Wie konntest du mich reinigen, du Teufelsgefräß, wo doch meine Fresse dir ganz fremd ist? . . . Hast du mit mir Kascha gefressen, was? . . . Was willst du mir vormachen, wo du doch lange vor mir ein zerfetzter Stiefel bist und sonst nichts?"

Und der hagere Mann saß vor dem Tisch, taub und verschlossen und wühlte kalt und leidenschaftslos zwischen den dicht beschriebenen Papieren, die in einer dicken Aktenmappe vor ihm lagen. Und als Schuk die letzten Schreie hervorgestoßen hatte, sah er ihn scharf, gedankenlos, mit trüben Augen an.

„Genosse, wenn Sie sich als Kommunist fühlen, warum fehlt Ihnen dann die notwendige Würde? Ich habe Ihnen schon gesagt, daß . . ."

Mit verzerrtem Gesicht bückte sich Schuk zu ihm und schlug mit der Faust auf den Tisch.

„Soll ich dir etwa noch danken, wenn du krepierter Teufel mir so was antust? Willst du das? . . . Ich habe euch lange genug beobachtet, ihr Karrieristen und Schwindler. . . . Ich werde euch alle entlarven. . . . Ich werde euch schon kriegen."

Der hagere Mann blieb ebenso kalt und starr, als ob alles, was Schuk schrie, ihn gar nichts anginge. Er sagte nur dumpf zu seinem Genossen, der an der Wand stand: „Genosse Natschkassow, such die Sache von Schuk heraus und lege sie zu nochmaliger Durchsicht der heutigen Kommissionssitzung vor."

Dann sah er Schuk wieder mit trüben Augen an und überschüttete ihn mit seinen fremden, düsteren Worten: „Sie haben sich jetzt jede Möglichkeit, wieder in die Partei einzutreten, abgeschnitten, Genosse Schuk. Sie haben genügend bewiesen, daß Sie ein schädliches, zersetzendes Element sind. Ich werde die Frage aufwerfen, Sie endgültig auszuschließen. Und wenn Sie fortfahren werden, so zu brüllen, so werde ich den Genossen vom Dienst rufen und er wird Sie mit Gewalt entfernen. Verlassen Sie das Zimmer."

Und er begann wieder in den Papieren zu wühlen.

Blind, mit aschfahlem Gesicht, knirschte Schuk mit den Zähnen. Bemerkte Sergeij und ging aufgeregt und erschüttert ihm entgegen, als ob er bei ihm Schutz suchen wollte.

„Siehst du, was hier für Sachen geschehen, Serjoscha, lieber Genosse! . . . Bleiben wir hier, schauen wir, lernen wir, wie das in Wirklichkeit hier zugeht."

Er machte eine verzweifelte Handbewegung und ging vernichtet zur Seite.

Gegenüber dem Tisch stand Zcheladse. Er rollte seine großen, blutunterlaufenen Augen und sah, ohne mit den Wimpern zu zucken, auf einen Punkt zwischen den Papieren. Er hörte nicht auf, seine Kiefer zu bewegen, und ein dicker, milchiger Schaum saß in den Winkeln seiner festzusammengepreßten Lippen. Sergeij hatte ihn immer nur stumm gesehen, man bemerkte ihn nie in der Arbeit, und er war doch einst zwei Jahre bei den Grünen, hat eine Abteilung kommandiert und hat als erster kämpfend die Stadt betreten.

Er stieß mit seinen Augen auf etwas Scharfes, zuckte zusammen, schritt zu dem hageren Mann. Spreizte die Finger auseinander und fuhr mit ihnen in der Luft herum.

„Genosse. . . . Warum Spaß machst. . . . Geh, schau mit dein Augen. . . . Wozu Worte . . . gibt . . ."

In den Augen des Hageren flackerte ein Staunen.

„Ich habe Ihnen schon gesagt, Genosse, Sie sind aus der Partei ausgeschlossen worden — für aufwieglerische Arbeit. Ich habe keine Zeit, mit Ihnen Spaß zu machen. Appellieren Sie."

Zcheladse erstarrte wieder in seiner früheren Pose und wieder arbeiteten seine Kiefer.

„Ha, so wird Sache gemacht, Serjoscha, lieber Genosse. Schau nur — vertiefe dich."

Sergeij ging zum Tisch und erkundigte sich nach dem Beschluß der Kommission. Er hatte schon gestern in seinem Innersten verstanden, daß er ausgeschlossen sei. Er wußte nicht, wofür, und wenn er sich die Frage nach der Ursache direkt gestellt hätte, er hätte sie nicht beantworten können. Aber er war fest überzeugt, daß er ausgeschlossen sei. Er wußte es und wartete, was der Genosse sagen würde.

„Ja, Sie sind ausgeschlossen."

„Welche Gründe?"

„Ich kann Ihnen jetzt das Protokoll nicht vorlesen. Sie werden die Abschriften bekommen und die Gründe erfahren. Wenn Sie unzufrieden sind, können Sie appellieren."

Er sah Sergeij nicht ein einziges Mal an.

Und als Sergeij diese Worte hörte, schien sein Herz ihm aus dem Halse zu springen und es wurde ihm ganz übel. Und es war, als ob nicht er — sondern jemand anderes heiser stotternd sagte: „Das bedeutet doch — den politischen Tod für mich. Sind Sie darüber im klaren, Genosse?"

„Ja, ich bin im klaren. Das ist — der politische Tod."

„Und wofür denn?"

„Es waren wohl ernste Gründe."

Sergeij wollte weggehen, konnte sich aber nicht vom Fleck bewegen: seine Beine folgten ihm nicht und waren viel schwerer als er selber. Hinter dem Fenster war keine Sonne — sondern rote Feuersbrunst. Und er dachte noch daran, daß die Sonne so seltsam leuchte in diesem schwülen Dunst — er sah den blauen Himmel und die blauen Massen der Bahnhofsmagazine in der Nähe. Wie er vom Tisch weggegangen war — merkte er nicht, und wo er dann später stehen blieb — erinnerte er sich nicht.

Schuk drückte seine Hand und lachte bitter.

„Was das für eine glänzende Arbeit ist, Serjoscha. . . . Aber den Vorsitzenden des Exekutivkomitees, den hat man drin gelassen, und Schramm und Chapko und die ganze besoffene Bande . . . die hat man alle gelassen. . . . Hoch die Bureaukratie! . . . Aber Sawtschuk hat man aus unserer Zelle herausgeschmissen und die Mjechowa und dich. . . . Jetzt wird es ihnen leichter sein: die Sache wird gut gehen, hol's der Teufel. . . . Aber ich werde es ihnen schon zeigen, ich werde sie schon kirre kriegen . . . ich werde sie schütteln wie Pflaumenbäume."

Zcheladse stach sich wieder an etwas Scharfem, fuhr zusammen und spreizte die Finger wie einen Fächer.

„Genosse . . . wozu Spaß machst? wozu sagst, bitte, leere Wort? . . . Zeig mein Augen, was du schreiben dort."

(Fortsetzung folgt.)

Zwei Dachstuhlbrände.

Die Feuerwehr war in den gestrigen Nachmittagsstunden an drei verschiedenen Stellen fast zu gleicher Zeit mit der Bekämpfung mehrerer gefährlicher Brände beschäftigt. Der erste Alarm kam gegen 14 Uhr aus der Heinrich-Roller-Str. 8, wo der Dachstuhl des Vorderhauses in Brand geraten war. Der Feuerwehr, die mit zwei Löschzügen anrückte, gelang es, den Brand nach einstündiger Löschtätigkeit, wobei aus mehreren Schlauchleitungen Wasser gegeben wurde, zu lokalisieren. Die Entstehungsursache konnte noch nicht ermittelt werden. — Der zweite Alarm kam aus der Ohmstr. 11. Beim Abfüllen von Benzin lief ein Teil der Flüssigkeit über und geriet aus ungeklärter Ursache in Brand. Die Flammen griffen auf eine Garage über, die in einem Zeitraum von wenigen Minuten lichterloh brannte. Die Garage und ein darin befindlicher Lastkraftwagen wurden ein Raub der Flammen. Die Feuerwehr war eine Stunde an der Brandstätte tätig. — Während hier die Löscharbeiten noch voll im Gange waren, kam ein dritter Hilferuf aus der Dreysestr. 15. Im Dachstuhl des Vorderhauses war Feuer entstanden, das mit großer Schnelligkeit um sich griff und beim Eintreffen der Wehren bereits auf den Dachstuhl des Seitenflügels übergesprungen war. Ueber eine mechanische Leiter und über die Treppenräume wurde das Feuer mit vier Schlauchleitungen stärksten Kalibers angegriffen. Der größte Teil beider Dachstühle brannte nieder. Die Aufräumungsarbeiten dauerten bis 19 Uhr, und unter Zurücklassung einer Brandwache rückten die Wehren wieder ab. Der starke Feuerschein hatte eine größere Menge Schaulustiger angelockt, so daß die Polizei Absperrungen vornehmen mußte.

Der beleidigte Polizeivizepräsident.

Wegen Beleidigung des Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß hatte sich der Kaufmann Hillebrand vor dem Schöffengericht Charlottenburg, unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Crohne zu verantworten. Am 2. Oktober, dem Geburtstag des Reichspräsidenten, wollte der Angeklagte, der früher eine Musikkapelle des Olympiaverbandes geleitet hatte, mit seinen Leuten bei der Spalierbildung, kurz vor der Vorbeifahrt des Reichspräsidenten, den Präsentiermarsch spielen lassen, wurde jedoch von einem Schupobeamten daran gehindert, wobei der Beamte darauf hinwies, daß nach einer Anordnung von „oben" während der Vorbeifahrt nicht gespielt werden dürfe. Der Angeklagte erwiderte darauf: „Von einem Polizeipräsidenten, der Jude ist, lasse ich mir nichts verbieten." In der Verhandlung behauptete er, daß die Bezeichnung „Jude" ebensowenig eine Beleidigung sei wie das Wort Christ. Hinterher hatte sich der Angeklagte entschuldigt. Das Schöffengericht war der Meinung, daß das Wort „Jude" an sich keine Beleidigung sei, daß es aber wie hier, wenn es in absolut überflüssiger Weise dem Namen beigefügt werde, eine Herabsetzung zum Ausdruck bringen sollte. Die Beleidigung wiege um so schwerer, als sie öffentlich gegenüber einem Untergebenen des Polizeivizepräsidenten ausgesprochen worden sei. Es komme hinzu, daß der Angeklagte schon viermal wegen Beleidigung vorbestraft worden sei, also offenbar eine Art Krakeeler sei. Wenn das Gericht nicht über den Antrag des Staatsanwalts hinausgegangen sei und nur auf 150 Mark Geldstrafe erkannt habe, so liege das nur daran, daß ein Milderungsgrund in dem zu schroffen Vorgehen des Polizeibeamten gefunden worden sei, und daß sich der Angeklagte hinterher entschuldigt habe. Dem beleidigten Polizeivizepräsidenten wurde die Veröffentlichung des Urteils in „Berliner Lokal-Anzeiger", „Germania", „Vossische Zeitung" und „Vorwärts" zugesprochen.

Ministerpräsident Braun beglückwünscht Zille.

Ministerpräsident Braun hat an Professor Heinrich Zille, der gestern sein 70. Lebensjahr vollendete, folgendes Telegramm gesandt: „Dem vom tiefen sozialen Empfinden geleiteten humorvollen Darsteller der Berliner Volksseele spreche ich hierdurch die herzlichsten Glückwünsche zum 70. Geburtstage in der Hoffnung aus, daß Ihnen, lieber verehrter Herr Zille, noch Jahre künstlerischen Schaffens beschieden sein möchten."

Auch der Berliner Magistrat sandte dem Jubilar ein herzlich gehaltenes Glückwunschschreiben.

Kundgebung der Lebensmittelhändler.

Der Zentralverband der Lebensmittelhändler hatte am Sonntag seine Mitglieder zu einer Protestkundgebung gegen eine Verordnung des Berliner Polizeipräsidenten nach dem Lehrervereinshaus, Alexanderplatz, zusammenberufen. Das Referat hielt der Landtagsabgeordnete der Wirtschaftspartei Perschke. Er wandte sich gegen die Verordnung zum Lebensmittelgesetz, die vom Polizeipräsidenten erlassen wurde, um eine Handhabe gegen Geschäftsleute zu haben, die ihre Waren unsauber aufbewahren. Die Verordnung bestimmte, daß Lebensmittelware nicht in Räumen aufbewahrt werden darf, in denen Menschen übernachten. Die Räume sollen so beschaffen sein, daß sie leicht gelüftet und gesäubert werden können. Im allgemeinen sind das Forderungen, die jeder Geschäftsmann ohnehin schon befolgen müßte. Herr Perschke beschwerte sich auch weniger über die Verordnung, als darüber, daß er nicht gefragt worden ist. Gewiß enthält die Verordnung Bestimmungen, die den Geschäftsleuten größere Unkosten verursachen werden. Die Verordnung verlangt, um ein Beispiel zu nennen, daß die Wände in Lebensmittelgeschäften mit gehügeltem Zement oder glatten Platten ausgestattet sind. Jeder Geschäftsmann, der nicht weiß, wie lange die Zwangswirtschaft für Läden aufrechterhalten bleibt, kann in seinem Laden keine großen baulichen Veränderungen vornehmen. Verhandlungen mit dem Polizeipräsidium würden sicherlich zu einer Verständigung führen. Endlich wetterte Herr Perschke gegen die Straßenhändler, die es ihm bekanntlich besonders angetan haben.

Reichsverband des Lohngewerbes.

Der Reichsverband des deutschen Lohngewerbes e. V. (Zwischenmeister) hielt vom 8. bis 10. Januar in Berlin seine Jahres-Hauptversammlung ab. Neben den 55 Delegierten aus dem Reiche waren auch Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, des preußischen Handelsministeriums, des Berliner Polizeipräsidiums usw. erschienen. Nach der Erledigung der rein organisatorischen Angelegenheiten, die den Sonntag und den Montag vormittag in Anspruch nahmen, referierten am Montag nachmittag der Syndikus der sächsischen Landesgruppe, Dr. Richter, über „Die Entwicklung der Lohngewerberechtsprechung in den letzten Jahren", und der Verbandsvorsitzende, Szemlet, über den „Tarifabschluß und die Tariffähigkeit des Lohngewerbes". Diesen beiden Referaten schloß sich eine ziemlich ausgiebige Debatte an, in der im wesentlichen die Uebereinstimmung mit den Referenten zum Ausdruck kam. Am Dienstag nahm die Versammlung zwei weitere Referate über Fragen des Lohngewerbes entgegen, denen sich gleichfalls eine längere Diskussion anschloß. Nach der Erledigung der Anträge wurde der bisherige 2. Vorsitzende, Baur, für diesen Posten wiedergewählt, ebenso auch das bisherige Mitglied des erweiterten Vorstandes, Böttcher, Barmen.

Von der Telephonverwaltung umsonst bestellt!

Die Telephonverwaltung Berlin, so schreibt man uns, benachrichtigte die Telephonteilnehmer durch Postkarte davon, daß die neuen Telephonverzeichnisse binnen fünf Tagen von dem Postamt des Wohnbezirkes abzuholen seien. Der pünktliche und gehorsame Staatsbürger aber, der sich in der vorgeschriebenen Frist dort einfand, mußte unverrichteter Sache wieder abziehen, da diese Nachricht angeblich irrtümlich abgeschickt worden ist. Diese Teilnehmer mußten wohl oder übel das alte schwere Teilnehmerverzeichnis, das sie natürlich mitgebracht hatten, wieder mit nach Hause schleppen, und man mutet ihnen zu, sich ein zweites Mal einzufinden. **Man muß fragen: Wie ist eine derartige falsche Benachrichtigung überhaupt möglich gewesen? Es ist hier zweifellos eine unüberlegte Handlung der Telephonverwaltung festzustellen, die ihr Versehen wieder gutmachen sollte.**

Naturschutz und Sammler.

Das Jagdrecht, von Feudalherren geschaffen, war eigentlich das erste Naturschutzgesetz, das wir im Mittelalter in Deutschland hatten. Zunehmendes Absterben der Großwildarten gab den **Anlaß zu seiner Schaffung.** Durch dieses oft recht drakonisch durchgeführte Recht — man flocht den Uebertreter aufs Rad oder bestrafte ihn gar mit dem Tode — wurde das Nutzwild unserer Zeitepoche erhalten, im Hochgebirge die Gemse und überall Hirsch, Damwild und Reh. Bär, Wolf und Luchs hingegen verschwanden, da sie dem degenerierten Wild, das meist künstlich in Waldparts gehalten wurde, zu großen Schaden zufügten. Hand in Hand mit dem Jagdschutz kamen Forstschutzgesetze, die gewisse Baumarten in ihren verschiedenen Entwicklungsstadien retteten. Wild und Holz stellen gewaltige Summen unseres Nationalvermögens dar. Tausende von Gemeinden decken ihre kulturellen Ausgaben durch Jagdverpachtung und Holznutzung.

Vom falschen zum richtigen Naturschutz.

Mit dem Niederwild, dem **Hasen**, dem **Rebhuhn** und dem eingebürgerten **Fasan** muß heute jeder Volkswirt sorgfältig rechnen. Während sie einst den **breiten Massen als Nahrungsmittel** zugänglich waren, findet man sie heute leider nur in dem Laden des Feinkosthändlers. Einzig das **Wildkaninchen** ist noch auf dem Tische der proletarischen Bevölkerung zu finden. In Australien, wo das Kaninchen zur Belebung der Fauna eingebürgert wurde, zahlt die Regierung heute dem, der sie von den lästigen Nagern befreit, eine riesige Prämie. Ein Mittel wurde jedoch bis heute nicht gefunden. Mit dem Schutze des Großwildes begann aber auf der anderen Seite ein **beispielloser Vernichtungskampf gegen das Raubzeug. Bär und Luchs** gehören in Deutschland der Sage an. Der Wolf ist in Ostpreußen eine Seltenheit. Nur **Fischotter, Dachs, Fuchs, Wildkatze** sowie einige **Marderarten** kommen als jagdbare Raubtiere heute allenfalls noch in Frage. Eine Anzahl Provinzialverordnungen schützen diese Tiere in der Zeit vom März bis Ende September, Fang und Abschuß sind verboten.

In folgerichtiger Entwicklung tritt zu dem **Jagdgesetz** das **Forstgesetz**, das letzten Endes mit dem **Pflanzenschutzgesetz** im engsten Zusammenhang steht, um der Ausrottung prächtiger Naturdenkmäler auf botanischem Gebiete einen starken Riegel vorzuschieben. Auch auf diesem Gebiete stoßen wir in Deutschland auf **Unmengen von Reichsbestimmungen, Landesgesetzen und Polizeiverordnungen**, und es ist eine Unsumme von Arbeit nötig, um sie alle kennenzulernen und zu beherrschen. So haben wir in Deutschland annähernd **300 geschützte Pflanzenarten**, die sich auf **16 Staaten** verteilen. Infolge einer ungeschickten Gesetzgebung ist hier ein einzigartiger Wirrwarr entstanden. Der gute Wille sei den einzelnen Gesetzgebern nicht abgesprochen, aber auf diese Weise ist ein Naturschutz zur Erhaltung unserer Naturdenkmäler unmöglich durchführbar.

Das Opfer eines falsch aufgefaßten Naturschutzgesetzes darf unter keinen Umständen der harmlose Spaziergänger werden, der aus dem reichen Schatz unserer heimatlichen Flora einen Blumenstrauß pflückt. Die Eidgenossenschaft der freien Schweiz, das badische Land und Oesterreich lehnen grundsätzlich einen derartigen Pflanzenschutz gegenüber dem Privatmann ab. Die ganze Strenge des Gesetzes trifft aber denjenigen, der **aus Gewinnsucht Pflanzenwurzeln oder Blüten** in Mengen zu **gewerblichen Zwecken** der Natur entnimmt.

Mit dem Verschwinden der Tierwelt und der Pflanzenwelt hängt aber das **Verschwinden der alles belebenden Vogelwelt, der Weichtiere, der Lurche, der Kriechtiere** und der **Insektenwelt** zusammen. Wo die letzte Dornenhecke, der letzte alterskranke Baum, das Unterholz niedergehackt wird, da kann kein Vogel mehr nisten. Zu sehr ist er den Raubvögeln preisgegeben, von denen nicht weniger als 30 Arten in Deutschland geschützt sind, da wiederum auch sie auf dem Aussterbeetat stehen. Der **Wanderfalke**, der in der Mark besonders geschützt wird, braucht mit seiner Brut im Jahre, gering gerechnet, **2000 Singvögel**, abgesehen von den Zuchttauben und Hühnern. Die **Krähenarten** und **Elstern** sind vogelfrei, auch der **Fischadler**, in einigen Gegenden der **Fischreiher. 350 Vogelarten werden unter das Naturschutzgesetz gestellt**, darunter 20 Proz. der Jagd und Fischerei schädliche Tiere.

Viel stärker greift die veränderte Natur in das Leben der Lurche und Reptilien ein, ihnen werden durch Flußregulierungen und Entwässerung von Sümpfen die letzten Möglichkeiten zur Entwicklung entzogen, so daß auch diese manchem recht wenig zusagenden Geschöpfe geschützt werden mußten. **Molche, Feuersalamander, Unken** und fast alle **Froscharten** genießen den gesetzlichen Schutz, ebenso die **Sumpfschildkröte**, die **Nattern** sowie die **Eidechsen.**

Die bedrohte Welt der bunten Insekten.

Mit dem Bestehen der Pflanzenwelt aber am engsten zusammen hängt das Leben der **Insekten**, deren unzählige Formen jedes Menschen Herz erfreut. Ist erst einmal der Baum, in dem der Käfer seine Entwicklung durchmacht, abgeholzt, dann ist auch die Existenz des Käfers vernichtet. Das gleiche gilt von unzähligen Schmetterlingsarten. Der **Hirschkäfer** verschwindet mit der letzten rotfaulen Eiche, die aus forsttechnischen Gründen herausgeholzt wird. Mit der Pappel verschwinden die **Pappelböcke**, mit der Uniformierung des Waldes aus forstfinanziellen Gründen die letzten eigenartigen Käferformen unserer Heimat. Der große **Lederlaufkäfer** Carabus Ullrichi Linné ist fraglos ein Opfer des künstlichen Düngers geworden, dem so viele andere weniger bekannten Lebewesen ihren Untergang, sogar ihre Ausrottung verdanken. Rücksichtslos rottete so die industrialisierte Land- und Forstwirtschaft das letzte uns liebe und interessante Lebewesen aus.

Nicht weniger als **34 Schmetterlingsarten werden durch Sammelverbot** in gewissen Gegenden Deutschlands angeblich vor der Ausrottung geschützt; ihr Fang zu Sammlungszwecken ist verboten und mit recht bedeutenden Geld- und Freiheitsstrafen belegt. 17 Arten schützt davon allein der **Polizeibezirk Berlin** im Imago, d. h. im fertig entwickelten Tiere. Fraglich ist es aber, ob auch das Einsammeln der Eier und der Raupen verboten ist. Diese Verbote sind jedoch zwecklos, solange nicht die Futterpflanzen der Insekten geschützt werden. Dann erst können wirkungsvoll die Falter geschützt werden. Wo die letzte **Pappel** aus einem Bestande herausgeschlagen wird, ist **Schillerfalter** und vieles andere damit ausgerottet. Ebenso ist es aber je nach der Futterpflanze, die der Bodenbesitzer auszurotten berechtigt ist, mit allen anderen geschützten Schmeterlingsarten.

Gewiß haben sich in letzter Zeit gewissenlose Menschen auf die **Verwertung von Schmetterlingsflügeln zu industriellen Zwecken** geworfen. Tausende von Schmetterlingen fielen gewissenlosen Fängern zum Opfer. Verbot des Handels mit derartigen Gegenständen und rücksichtslose Bestrafung derartiger Gemeinschädlinge ist angebracht. Aber der naturwissenschaftliche Sammler soll nicht die Freude an der Natur verlieren durch Freibeuter, die der Natur übermäßigen Zoll gegen Entgelt entnehmen. Wie jedoch schützen wir die Natur am besten und wie werden wir dem Sammler, dem Wissenschaftler und dem Liebhaber aus dem Volke — der hier gleichberechtigt mitzugehen hat, denn er hat unendlich viel fruchtbare Kleinarbeit geleistet — gerecht?

Das törichte einseitige Verbot vom Fange einzelner Individuen muß fallen. **Naturschutzgebiete in großem Umfange müssen geschaffen** werden. Der private Grundbesitzer muß, wo es nicht anders geht, gezwungen werden, Pflanzenarten, die zur Entwicklung einer Art nötig sind, zu erhalten.

•

Was die Amerikaner mit vielem Gelde in ihren Naturschutzparks, die Engländer und Franzosen in ihren Ländern und Kolonien mit großer Rücksichtslosigkeit schufen, das muß unser Volk aus Idealismus und praktischer Erkenntnis erhalten. Mit Polizeistrafen rettet man niemals eine untergegangene Pflanze oder Tierrasse. Dem Sammler und Liebhaber aber muß immer im Rahmen des Erlaubten die Möglichkeit geboten sein, für seine Privatsammlung einen geringen Tribut aus der heimischen Lebewelt zu entnehmen.

Bodo v. Bodemeyer.

Der Raubüberfall auf die Kriegerwitwe.

Dem Großen Schöffengericht wurde aus der Untersuchungshaft der 24jährige Bäcker Kurt Strehlau zur Aburteilung wegen Raubes vorgeführt. Trotz seiner Jugend ist Strehlau schon achtmal vorbestraft, und darunter zweimal mit Zuchthaus. Erst Ende September war er aus dem Zuchthaus herausgekommen, und schon nach knapp vier Wochen verübte er ein verwegenes Räuberstückchen, indem er eine 50jährige Kriegerwitwe überfiel. Die alte Frau hatte gerade ihre Unterstützung eingezogen und Einkäufe gemacht. Die gefüllte Markttasche, die sie über den Arm hängen hatte, lockte den jungen Burschen an. Er folgte seinem Opfer bis in das Haus in der Wolliner Straße. Auf der Treppe sprach er die Frau an und fragte sie nach dem Namen eines angeblich im Hause Wohnenden. Nach der verneinenden Antwort versetzte der Bursche der Frau mit der Faust einen Schlag vor die Brust und riß ihr die Handtasche vom Handgelenk, so daß das Opfer einige Verletzungen davontrug. Die arme Frau, die ihr ganzes Geld in der Markttasche hatte, setzte sich zur Wehr und schrie laut um Hilfe, so daß der davoneilende Räuber eingeholt und festgenommen werden konnte. Der Staatsanwalt beantragte unter Versagung mildernder Umstände 1½ Jahre Zuchthaus, während der Verteidiger den Standpunkt vertrat, daß das Zuchthaus bei der Jugend des Angeklagten nicht der richtige Ort sei. Das Gericht möge mit einer möglichst hohen Gefängnisstrafe lieber den Versuch machen, ob auf den Angeklagten nicht doch noch erzieherisch einzuwirken sei. Landgerichtsdirektor Steinhaus schloß sich dieser Auffassung an und verurteilte den Angeklagten zu 3 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.

Vertagung des Spritweber-Prozesses.

Die Berufungsverhandlung in dem großen Spritschiebungs- und Beamtenbestechungsprozeß gegen Kriminalkommissar Deters, die Brüder Hermann und Heinrich Weber und eine große Anzahl weiterer Angeklagter, die bereits einmal verlegt worden war und am heutigen Mittwoch vor der Großen Strafkammer des Landgerichts I beginnen sollte, ist in letzter Stunde wegen Erkrankung des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Fielitz, von neuem vertagt worden. Voraussichtlich wird der Prozeß nunmehr am 17. Januar beginnen.

Versuchter Ausbruch aus dem Potsdamer Gefängnis.

Kürzlich versuchten vier Gefangene, die in einer Gemeinschaftszelle im Gerichtsgefängnis in der Lindenstraße in Potsdam lagen, einen Ausbruch. Die Gefangenen hatten sich aus einem Brotmesser eine Säge fabriziert und damit versucht, die Fensterstäbe zu durchsägen. Auch die eisernen Füße der Bettstellen sollten als Werkzeug bei der Flucht mithelfen. Ein Gefangener, der in Einzelhaft neben der Gemeinschaftszelle lag, hatte die Geräusche, die die Sägearbeit verursacht hatte, gehört und die geplante Flucht „verpfiffen". Als Anstifter wurde ein Transportgefangener festgestellt. Zurzeit ist das Potsdamer Gerichtsgefängnis mit ziemlich schweren Jungen belegt, darunter allein drei Mörder.

Sprechchor für Proletarische Feierstunden. Die Uebungsstunde findet in dieser Woche am Freitag, dem 13. Januar, abends ½8 Uhr, im Gesangssaal der Sophienschule, Weinmeisterstr. 16/17, statt.

Ein Fünfzehnjähriger als Räuber.

Raubüberfall eines Berliner Gymnasiasten in Stralsund.

Stralsund, 10. Januar.

Gestern abend wurde die Kontoristin Elisabeth Kalk an einer unbeleuchteten Stelle auf der Straße überfallen. Der Täter versetzte ihr mit einem Schlagring einen heftigen Schlag über den Kopf und wollte ihr die Handtasche entreißen. Als ein Mann der Kontoristin zur Hilfe eilte, flüchtete er. Später meldete er sich auf der Polizeiwache obdachlos. Hier wurde er als der Täter erkannt und als der 15jährige Gymnasiast Eberhard Glaser aus Berlin festgestellt. Er hat die Tat eingestanden.

Glaser hatte in Berlin seinem Stiefvater 380 M. entwendet, war erst nach dem Harz gefahren, dann nach Kiel und Hamburg und schließlich nach Stralsund und von dort nach Bergen auf Rügen. Als in dem Hotel, wo er in Bergen wohnte, zur Aufklärung eines Diebstahls Polizei erschien, flüchtete Glaser unter Zurücklassung seiner Sachen und traf gestern wieder in Stralsund ein. Er wollte sich, wie er angab, durch den Raubüberfall wieder Geldmittel für eine zweite Harzreise verschaffen.

Posträuber Larm in Saalfeld festgenommen.

Der Melker Larm, der zusammen mit einem Mann namens Hein die Postämter in Ohligs und Klosterlausnitz ausgeraubt und in Jena einen Kriminalbeamten erschossen hatte, wurde Dienstag nachmittag aus dem D-Zug auf der Reise von München nach Berlin, wo er vermutlich Unterschlupf suchen wollte, verhaftet. Larm war in Nürnberg erkannt worden, woraufhin die Polizei in Saalfeld mit seiner Verhaftung beauftragt wurde.

Selbstmord eines Generaldirektors.

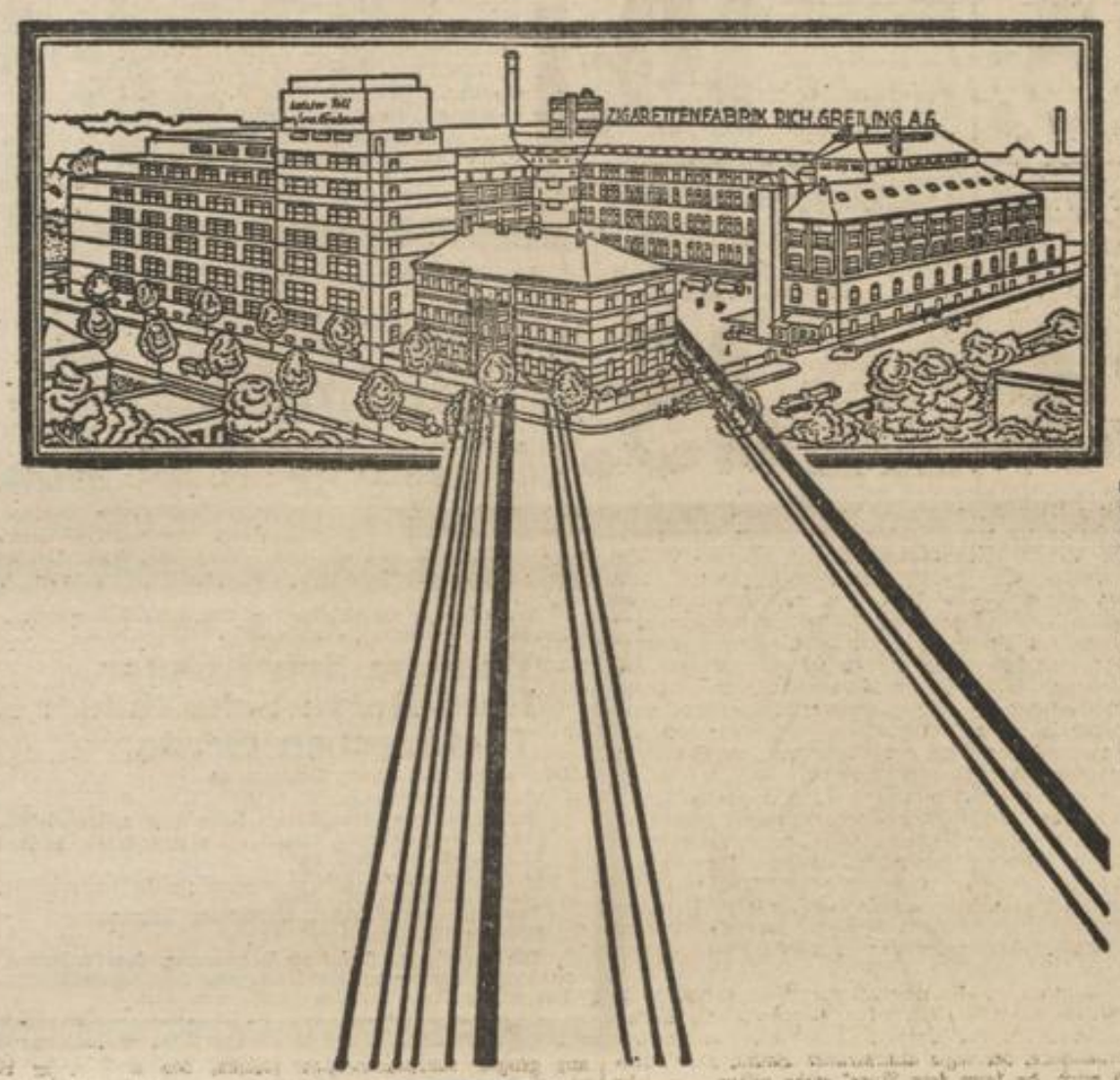
Der frühere Generaldirektor der „Selbsthilfe, Schlesische Krankenunterstützungs- und Sterbekasse", Dr. Krüger, der diese Kasse durch unsachliche Geschäftsführung fast dem Ruin zuführte, hat bei Zuckmantel (Tschechoslowakei) Selbstmord durch Erschießen verübt. Nach einer anderen Version soll ein tödlicher Unfall vorliegen. Im vorigen Jahre mußte Krüger von seinem Posten zurücktreten. Auch in seiner Eigenschaft als Direktor der Provinzial-Haftpflichtversicherung schwebt gegen Krüger ein Disziplinarverfahren und ein Strafverfahren bei der Staatsanwaltschaft.

23 Bergopfer in Amerika.

Wie aus West-Frankfort im Staate Illinois gemeldet wird, hat die Schlagwetterkatastrophe auf der Grube von Peabody 23 Opfer gefordert. 22 Leichen, die meist bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt waren, konnten geborgen werden, die 23. Leiche wurde noch nicht gefunden.

Ausstellung „Zilles Werdegang". Das Märkische Museum veranstaltet vom Dienstag, dem 10. Januar, bis Sonntag, dem 12. Februar, in den Räumen des Märkischen Museums, neben dem Fontane-Zimmer, aus Anlaß des 70. Geburtstages von Heinrich Zille eine Ausstellung „Zilles Werdegang".

Xanthi und Samsun

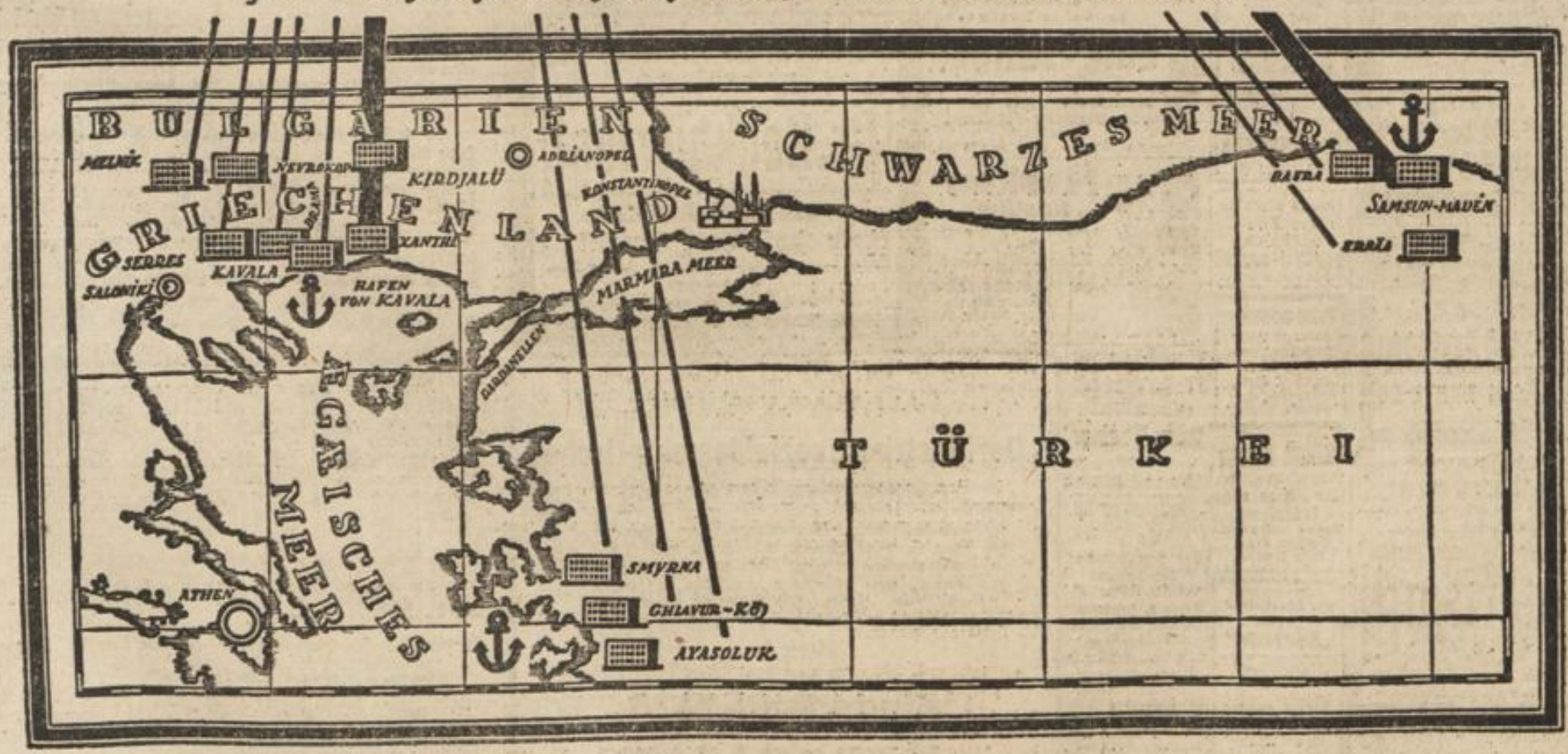


sind weltberühmt durch ihre ausgezeichneten Tabake. Aus beiden Sorten bauen sich in Großankäufen die hochwertigen Greiling-Zigaretten auf. — Samsun und Xanthi sind es, die vor allen Dingen die Mischungen würzen und die den Greiling-Zigaretten ihre Milde und ihr köstliches Aroma verleihen —. Diese beiden Sorten sind es auch, die in besonderem Maße zur Beliebtheit und zu der starken Konsumsteigerung beigetragen haben, denn es werden jetzt täglich über **13 000 000** Greiling-Zigaretten geraucht. — Mit der Herstellung und der Verteilung dieser imposanten Menge sind über **3000** Arbeiter und Fabrik-Angestellte beschäftigt. In über **35 000** guten Tabakwaren-Spezialhandlungen sind Greiling-Zigaretten stets zu haben. — In etwa ebensoviel anderen Verkaufsstellen werden sie dauernd vorrätig gehalten. — **40** eigene Fabriklager in allen Teilen Deutschlands sorgen für eine schnelle Verteilung, damit der Raucher die Ware stets frisch erhält.

Das sind Beweise für die ausgezeichnete Qualität der Greiling-Zigaretten und dafür, daß man ihre milde Geschmacksrichtung schätzt. Aus Gründen der Rationalität werden nur **3 Marken** hergestellt, deren meistgerauchte die

Greiling-Auslese zu 5 ₰

ist. — Diese Zigarette befriedigt die Ansprüche des verwöhntesten Rauchers. —



Berliner Fabriklager: Berlin SW 68, Kochstraße 67. Telephon: Merkur 4783.

Sie sollen die Sensation, die mein diesjähriger Inventur-Ausverkauf gebracht hat, nicht so schnell vergessen. Sie sollen sich noch lange freudig daran erinnern und allen Ihren Bekannten sagen:

„So ein Inventur-Ausverkauf war noch nicht da!"

Darum diese Schlußangebote!

Leopold Gadiel

Beginn 2.1.1928 **Königstr. 22-26 1. Stock**

Spezialhaus f. große Weiten

Ein großer Posten

Astrachan-Mäntel

unverwüstlich im Tragen, ganz auf elegantem Futter, vorzügl. gearbeitet **jetzt nur 15.-**

Ein Riesenposten hocheleganter weiß u. farbig **Kostüme**

aus allerbesten reinwollenen Stoffen, sämtlich auf reiner Seide, Duchesse, Merveilleux oder Crêpe de Chine gefüttert, zum Teil im Lager etwas angestaubt, trotz des früheren Preises bis RM 125.– **jetzt herabgesetzt auf nur 19.-**

Ein unübersehbar großer Posten modernster

Pyjamas für Damen und Herren

aus den vorzüglichsten Wäschestoffen, wie Trikoline, Zephir etc. etc., in blendend schönen Farben und Mustern, wundervoll gearbeitet, mit andersfarbigen Aufschlägen, Russenriegeln etc., Fabrikat einer ersten Firma, **jetzt herabgesetzt auf .... RM 10.- bis 15.-**

Vor Wetter, Regen, Sturm u. Wind schützt Sie der hochmoderne und hochelegante

Trench-Coat-Mantel

Ein riesig. Posten in sehr guten Qualitäten i. d. typisch. Verarbeitung und ganz gefüttert, jetzt herabgesetzt **auf nur 23.-**

Ein Riesenposten hocheleganter

Frühjahrsmäntel

aus den modernsten, englischen Charakter tragenden Stoffen, in vorzügl. Verarbeit. u. ganz auf reiner Seide gefüttert, **jetzt nur 25.-**

1 Riesenpost. hocheleganter

Seiden- und Wollkleider

in allen erdenklichen Stoffen, Formen u. Farben. Nur fesche Neuheiten in bekannt guter Verarbeit. u. Qual., **jetzt nur 15.-**

Ein Riesenposten reinwollener

Unterziehstrümpfe

in hervorragender Qualität. Hautfarben **jetzt nur** pro Paar **1.-**

Unserem Genossen

August Lux

und seiner lieben Gemahlin die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit

Die 54. Abteilung

Theater, Lichtspiele usw.

Mittwoch, 11.1.28 Staats-Oper Am Pl. d. Republ. 7½ Uhr **Don Geovanni**

Mittwoch, 11.1.28 Städtische Oper Bismarckstr. Ab.-Tara. IV. Abt. 8 **Elektra**

Staatl. Schauspielh. Am Gendarmenmarkt 8 Uhr: **Der Barbier von Sevilla**

Staatl. Schillerth. Charlottenburg 8 Uhr **Die Geschwister** Der zerbrochene Krug

Volksbühne

Theater am Bülowplatz 8 Uhr **Mann ist Mann**

Th. am Schiffbauerdamm 8 Uhr **Schieber des Ruhms**

8½ Komische Oper 8½

Neuartiges Revue-Stück **Alles Nackt!**

(Nach d. gleichn. Paris. Revue „Tout nu".) 200 Mitwirkende Original-Pariser Kostüme Parkett 3,50 Mk. Theaterkasse ununterbr. geöffn.

8 Uhr SCALA

Nollendorf 7300.

Das neue internationale **Star-Programm** u. a. zum ersten Mal in Berlin: Der urkomische **Ben Blue** sowie weitere internat. Künstler

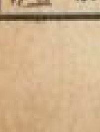
CASINO-THEATER 8 Uhr **Klein-Kleckersdorf!** Dienstag, 17. Januar zum 1. Male: **Die spanische Fliege.** Gutsch. 1–4 Pers. Faut. 1.10, Sess. 1.60 M.

Winter Garten

Das Rätsel von Konnersreuth! Piletto! Und die gr. Neuheiten.

Renaissance-Theater Steinplatz 901. — Täglich 8½ Uhr: **Coeur Bube.**

Reichshallen-Theater 8 Uhr, Sonntg. nachm. 3 Uhr. **Stettiner Sänger** „Noltes Wochenende" nachm. halbe Preise.



Dönhoff-Brett'l: Kabarett, Varieté Konzert. Tanz.

Deutsches Theater Norden 10334—37 8 U. Ende 11 U. **„Peer Gynt"**

Kammerspiele Norden 10334—37 8 Uhr Ende 10 Uhr: **Bronx-Expreß**

Die Komödie Bismarck 2414/7516 8½ U. Ende 10½ U **Die Ehe von Welt**

Berliner Theater Direktion Kahnert. Charlottenstr. 90–91. Dönh. 170 8¼ Uhr **Max Adalbert** als **Der Herr von . . .**

Piscatorbühne Theat. a. Nollendorfplatz Kurfürst 2091/93 **Letzte Woche!** Anf. 8, Ende nach 11 **Rasputin, die Romanows, der Krieg und das Volk, das gegen sie aufstand** von Alexey Tolstoi und Schtschegolew insc. Erwin Piscator

Renaissance-Bühne Th. Königgrätzer St. Bergm. 2118. 8½ Uhr **Schloss Wetterstein** von Wedekind Regie Viktor Barnowsky

Komödienhaus Norden 6304. 8.15—10.40 Uhr **Hokuspokus** von Curt Götz

Neues Theater am Zoo Tägl. 8½ Uhr **Heute Nacht - eventuell** Musik v. W. Bromme

Theater des Westens Täglich 8½ Uhr: **Münchhausens letzte Liebe** Oper. v. E. Steffan Ader, Wirl, Schulz, Kürty.

Kleines Theater Täglich 8¼ Uhr: **Eine Kleine ohne Bedeutung** Erika Glässner, Eugen Burg, Max Landa.

Lützow-Bühne Ha. Künstler-Th. 8 Uhr **„Evelyne"**

Lessing-Theater 8 Uhr **Schinderhannes** Freitag, 7 Uhr: Zum 1. Male: **„Rose Bernd"**

Th. im Admiralspalast Tägl. 8¼ Uhr **HALLER-REVUE „Wann und wo!"** HEUTE **150.** Aufführung!

Großes Schauspielhaus Norden 2901/55 Anfang 8 Uhr Ende 11 Uhr. Die neue **Charell** Inszenierung **Pompadour** mit **Massary**

Heidemann Bendow Jankuhn Werkmeister Westermeier Picha Ruth Walker Billie Collins Snowball Winkelsiegs Sunshine Girls

Ausstattung: Prof. Ernst Stern Dir. Ernst Hauke

Jeden Sonntag 3 Uhr: Nachmittagsvorstellung zu halb. Preisen

Residenz-Theater Tägl. 8¼ Uhr: Der Sensationserfolg! **Schön sehn wir aus** 30 lustige Bilder mit Henry Bender Sonntag 3½ Uhr: die ganze Vorstellg zu halben Preisen

Lustspielhaus 8¼ Uhr Guido Thielscher **„Unter Geschäftsaufsicht"**

Walhalla-Th. 8¼ Weinbergsweg 19/20 **Eine Liebesnacht** Operettenschwank in 3 Akten v. Halton Musik von Osterloh Lori Pyrmont in der Hauptrolle Vorz. Park. statt 4,— auch Sonntag nur 80 Pf. Sonntag, nchm. 4 Uhr **Tischlein deck dich** Parkett v. 30 Pf. an.

Metropol-Th. Täglich 8¼ Uhr: **„Die schöne Helena"** Oper. v. Offenbach Max Pallenberg, Violetta de Strozzi, August Oestrig, Garsen, Tamm, Matzner.

Inserieren bringt ERFOLG!

Theater am Kottbusser Tor Kottbusser Straße 6. Täglich 8 Uhr

Elite-Sänger im großen Januarprogramm! Jeden Sonntag nachm. 3 Uhr: **Große Familien-Vorstellung** (ungekürzt). Volkspr. 0,40, 0,75, 1,—, 1,25, 1,50, 1,75 Mk.

Masken-Kostüme elegant und preiswert nur im **Film-Kostümhaus Willi Ernst** BERLIN SO. Köpenicker Straße 83b Vorzeiger 10% Ermäßig.

Thalia-Theater 8 U.: **Das Kamel geht durch das Nadelöhr**

Rose-Theater 8¼ Uhr **Orpheus i. d. Unterwelt**

Planetarium am Zoo Vorträge, Joachimsthaler Straße Noll 1378 **Der Sternhimmel der Heimat** Vorführ. 16½ u. 19½ **Reise z. Aequator** Vorführ. 18 u. 21 Uhr Eintritt 0,50 M. Kinder unt. 15 Jahren 0,25 M.

Frische erstklassige allerfeinste Natur-**Butter 1.80** **II. Sorte 1.60** **Wegner**, Berlin SO. Mariannenstraße 34, im Butterkeller.

Alexanderplatz

Er stundenlang die Zeitung liest, Sie dieses meist mit Recht verdrießt! Das beste Mittel von der Welt: Lies auch, und zwar die „Frauenwelt"!

Abonniere auch Du!

„Die Frauenwelt" kostet trotz erhöhten Umfanges nur 30 Pf. Bestelle noch heute beim Zeitungsboten oder in deiner Volksbuchhandlung.

NEUE WELT

Arnold Scholz Hasenheide 108-14

Mittwoch, den 11. Januar 1928

ELITETAG

Gr. Bockbierfest

in den bayrischen Alpen

7 Kapellen / Neue Dekorationen / 30 bayrische Madeln

Einlaß 6 Uhr Anfang 7 Uhr

Donnerstag **Großes Schweineschlachten**

Es sind neu erschienen:

Der illustrierte sozialdemokratische Abreißkalender für 1928

Jede Seite bringt Illustrationen. Der Kalender kann in jeder Hinsicht als Quelle und Hilfsmittel dienen. Er bringt Zitate aus sozialistischen Werken, eine Fülle von Sentenzen in Poesie und Prosa. Nahezu 100 Verbände geben hier authentischen Bericht. Der Kalender kostet

Mark 2.–

Kinderland 1928

Ein proletarisches Jahrbuch für die Buben und Mädels des arbeitenden Volkes. An dem Kalender haben auch dieses Mal die Kinder selbst tüchtig mitgearbeitet. Das „Kinderland" kostet

Mark 1.50

Beide Neuerscheinungen sind zu haben in allen Abgabestellen des „Vorwärts" und Parteibuchhandlungen oder direkt von der „Vorwärts"-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Am 5. Januar verschieden auf tragische Weise unsere lieben Anverwandten, der Gastwirt

Wilhelm Scheithauer
Frau Berta Scheithauer
Töchterchen Gerda

Dies zeigen in tiefstem Schmerz an

Töchterchen Hildegard.
Wilh. Scheithauer u. Frau, Eltern, Schwieger- u. Großeltern.
Leopold Kraak und Frau, Eltern, Schwieger- u. Großeltern.
Karl Scheithauer und Frau.
Adolf Scheithauer u. Frau, Bäckermstr., Zehdenicker Str. 8.
Gustav Scheithauer und Frau.
Trudchen, Erna, Hildegard, Lieselott als Nichten.
Willi als Neffe.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 12. Januar, nachm. 2 Uhr, von der Halle des Sophienkirchhofes, Bergstraße, Ecke Invalidenstraße, aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Metallarbeiter im Einzelhandel!

Donnerstag, den 12. Januar, abends 6½ Uhr, im Verbandshaus, Linienstraße 83/85

☛ Versammlung ☚

aller in den Betrieben des Einzelhandels beschäftigten Metallarbeiter (Schlosser, Dreher, Klempner, Rohrleger, Elektro- und Fahrstuhlmonteure sowie Autoschlosser und andere Berufskollegen).

Tagesordnung: 1. Sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Einzelhandel zeitgemäß? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller im Einzelhandel beschäftigten Kollegen ist dringend erforderlich. Die Kollegen der Warenhäuser Engel, Hahn, Held, Gerson, Herzog, Israel, Tietz, Wertheim und anderer Firmen sind besonders eingeladen.

Die Ortsverwaltung.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Einäscherung meines lieben Mannes, des Formers

Hermann Schmidt

sage ich allen Kolleginnen, Kollegen und Leibträgenden, insbesondere dem Redner des Freidenkervereins für Feuerbestattung, ferner dem Kollegen Robert Bahn für seine trostreichen Worte, und dem Genossen Rodenson meinen herzlichsten Dank.

Frau Witwe Martha Schmidt geb. Nixdorf

Bettfedern Adolf Pohl
Dresdener Straße 15
(Fabrikgebäude)

Gewinnauszug

4. Klasse 30. Preußisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.

Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

1. Ziehungstag 10. Januar 1928

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

4 Gewinne zu 3000 M. 21028 216419
10 Gewinne zu 1000 M. 85583 225370 239133 320022 328854
16 Gewinne zu 800 M. 21274 31894 144230 159134 186732 318301 334689 355844
32 Gewinne zu 500 M. 6322 11936 13578 29377 33781 68031 101448 120485 126109 130276 190758 197520 211359 257426 269843 270875
92 Gewinne zu 400 M. 11630 37318 39645 53299 64761 67196 66385 75946 77202 88554 99062 94178 100265 125507 135702 142686 145919 146718 154606 155391 156674 165278 173752 180236 182570 185404 192771 193833 205183 213327 214239 235536 250450 257846 270149 281932 282296 283429 297110 300124 307101 307730 327205 344779 358610 367533
224 Gewinne zu 300 M. 3627 4445 7721 19917 20182 26196 26544 28972 36275 41181 42408 45649 46537 58702 60612 61237 64591 70135 72181 74409 76661 89530 90383 91695 93258 94277 103630 106140 107046 108173 110722 112758 122667 123233 135301 135447 136073 138810 138976 142634 155506 157371 158957 163805 165231 166618 171390 173731 178716 179493 182299 188350 188516 193605 194485 195202 197263 197342 199947 202189 206251 210572 210709 212757 215527 216635 218431 219185 220455 222580 228693 237657 238270 240962 244085 245394 246847 251968 260983 264957 265379 265685 268137 271748 283234 286806 290089 292506 293927 295320 303749 305684 306029 311017 311697 314582 320979 322743 323617 324822 329670 331395 331966 337256 337610 344538 352976 361177 362961 368612 372276 374997

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

4 Gewinne zu 2000 M. 107147 267634
4 Gewinne zu 1000 M. 116419 169806
30 Gewinne zu 500 M. 4436 44724 66568 88472 134282 158150 178499 196814 253404 254767 276368 285053 295089 301996 350382
120 Gewinne zu 400 M. 2277 2760 3038 6173 9039 22039 27329 28798 36989 45918 47431 60539 61448 61836 65510 67341 68030 70462 79046 82965 86182 97764 99226 101648 111393 127181 135046 137508 140573 145799 152359 159516 160523 163569 165318 190658 195069 196591 208806 211491 216874 223814 223844 226970 227514 229555 246921 252798 259456 267635 291094 301430 304206 304265 305080 318264 338235 362675 372714 374160
250 Gewinne zu 300 M. 3517 5774 13512 14767 19408 19636 25408 25554 27338 28163 35107 35900 37222 37262 37409 38000 41095 41722 42427 44256 49407 49557 49837 50113 57404 58978 64857 66423 67721 68071 77252 77602 80626 82574 82872 84704 87523 88608 88957 98153 102418 102951 105612 106316 106399 119184 121174 121823 125896 136241 136768 138958 138084 142573 144059 157458 157474 169996 171106 173313 174209 174284 177103 177504 178058 180773 182867 189494 183964 191531 192995 193336 198427 201010 206223 218137 224512 225957 226865 235302 236346 241796 255513 258130 260393 262252 266825 271135 272483 283091 284273 288851 294558 294744 295147 301614 303347 310605 310986 316137 316514 318280 320657 322001 326326 333496 336113 338630 340990 344226 345691 348883 349751 351230 351276 353194 360476 360797 360673 364186 364796 366362 367660 368339 371896

Der Weg der Zigarettenindustrie.

Der Wille der Reichsregierung. – Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat.

Im Reichswirtschaftsrat steht dieser Tage nicht die grundsätzliche Frage zur Diskussion, ob man die Gesundung der als Steuerquelle äußerst wichtigen Zigarettenindustrie durch einen Uebergang zum Staatsmonopol erzielen kann. Es sollen im Rahmen der bisherigen Steuerordnung nur gewisse Auswüchse und Mißstände beseitigt werden. Der von der Regierung vorgelegte Plan ist ein doppelter: einmal sollen die übermäßig langen Steuerstundungsfristen verkürzt, d. h. das bisherige System abgeschafft werden, bei dem die Industrie dauernd und zum eigenen Schaden versteckte Subventionskredite des Reichs erhielt; zweitens soll der Finanzminister mit gesetzlichen Vollmachten ausgestattet werden, die ihm die Möglichkeit geben würden, eigene Wirtschaftspolitik, unabhängig von dem Parlament, zu führen.

Bei der Verkürzung der Stundungsfristen

wird man der Regierung im großen und ganzen zustimmen können und nur noch verlangen müssen, daß sie diesen Weg konsequenter beschreitet; denn die übermäßigen Steuerstundungsfristen, die durch die Luthersche Steuerreform 1925 eingeführt wurden, bedeuten in der Tat einen wirtschaftlichen und steuerlichen Schaden. Die Steuern für Banderolenzeichen werden im Durchschnitt erst nach 3½ Monaten (nämlich höchstens 110, mindestens 93 Tage), die Steuern für Rohtabak nach sechs Monaten fällig. An sich entsprechen Stundungsfristen dem System der Verbrauchssteuern, da ohne Fristen der zahlende Produzent das Geld noch vor dem Verkauf der Waren auslegen müßte. Aber die Fristen betragen zum Beispiel bei Leuchtmitteln nur 10—26 Tage, beim Zucker 28—61 Tage, bei Zündwaren 38—71 Tage, beim Bier 53—86 Tage. Sinnlos, der Zigarettenindustrie längere Stundungsfristen zu gewähren, denn ihr Produktions- und Vertriebsprozeß ist sogar kürzer als bei einigen der obengenannten anderen Verbrauchsgegenstände: von dem Augenblick der Banderolenverwendung bis zum Eingang des Bargeldes beim Produzenten sind höchstens zwei Monate anzunehmen, während außerdem die Zeitspanne zwischen der Verbringung von Rohmaterial in den Betrieb bis zur Fertigstellung und Verpackung der Zigaretten höchstens noch ein Monat beträgt.

Bei diesen schon an sich reichlich bemessenen Zeiten würde man eine zweimonatige Stundungsfrist für Banderolensteuer und einen dreimonatigen Zahlungsaufschub für Materialsteuer für ganz ausreichend halten müssen. Jede Stundung, die darüber hinaus geht, bedeutet einen zinslosen Staatskredit. Der Umfang dieser immer schwebenden Staatssubvention dürfte heute etwa 210 Millionen Mark oder fast das Dreifache des in der Zigarettenindustrie investierten Kapitals ausmachen. Ein Teil des Kredites muß aber über die gesetzliche Stundungsfrist hinaus noch weiter prolongiert werden, weitere Beträge werden heute bereits als verlorene Steuerrückstände betrachtet.

Entgegen der Meinung der Lutherregierung

haben die langen Staatskredite die Industrie nicht begünstigt und ihr das Tragen der 1925 erhöhten Steuern nicht erleichtert. Der Staatskredit hat vielmehr durch Entfachung eines wilden Konkurrenzkampfes zwischen den einzelnen Firmen die Unkosten der Industrie gesteigert und dadurch weder dem Konsumenten, noch dem Staat, noch der Industrie als Ganzes Dienste geleistet. Die Zigarette ist teurer geworden, ohne daß dabei etwa die Qualität durch Besserung des Rohmaterials höher geworden wäre; und der Mehrpreis erklärt sich nur zur Hälfte aus der stärkeren Besteuerung, das heißt, namentlich Unkosten für Propaganda, teure Verpackung, Zuwendungen an die Kleinhändler usw. Das zeigt folgende Zusammenstellung:

Steuern, Material- und Lohnkosten 1925 und 1926.

Kalenderjahr	1925		1926		1926 geg. 1925	
Produktion in Millionen Stück	31 412		28 338		+ oder —	
	in Mill. Mk.	in Mk. pro Mille	in Mill. Mk.	in Mk. pro Mille	in Mill. Mk.	in Mk. pro Mille
Verkaufswert	1200,3	38,20	1277,3	45,07	+ 77,0	+ 6,87
Steuer- und Zollbelastung						
Banderole	444,5	14,15	336,1	11,86	—108,4	— 2,29
Materialsteuer	15,9	0,51	146,4	5,16	+130,5	+ 4,65
Nachsteuer	22,8	0,72	66,8	2,36	+ 44,0	+ 1,64
Zoll	15,5	0,49	19,2	0,68	+ 3,7	+ 0,19
Gesamte Steuerbelastung	498,7	15,87	568,5	20,06	+ 69,8	+ 4,19
(desgl. in Proz. des Verkaufswertes)	—	(41,5%)	—	(44,5%)		
bleibt für Industrie und Handel	701,6	22,33	708,8	25,01	+ 7,2	+ 2,68
Material- und Lohnkosten						
Material	101,7	3,24	87,1	3,07	— 14,6	—0,17
Lohn	44,1	1,41	41,2	1,46	— 2,9	+ 0,05
Material- und Lohnkosten zusammen	145,8	4,65	128,3	4,53	— 17,5	—0,12
bleibt für sonstige Produktions- sowie Transport- u. Vertriebskosten (abzügl. der Lohn- und Materialkosten)	555,8	17,68	580,4	20,48	+ 24,6	+ 2,80

Im Jahre 1927 ist der Preis der Zigarette noch weiter gestiegen. Es kostete eine Mille im dritten Kalenderquartal 1927 im Durchschnitt 46,30 M. Davon entfielen aber auf die Steuern höchstens etwa 19,90 M., so daß für Industrie und Handel ein Rest von 26,40 M. verblieb, oder um weitere 6 Mark mehr als 1926.

Industrie und Handel haben aber daran auch keine volle Freude gehabt. Die größten Firmen haben zwar ihre Gewinne auf Kosten der kleinen gesichert; die kleinen Firmen mußten aber, um im Konkurrenzkampf nachzukommen und die durch das System des Staatskredits aufgeblähten Umsatzmengen loszuwerden, durch hohe Propaganda- und Reklameunkosten ihren Gewinn aufzehren lassen.

Die Reichsregierung hat nicht den Mut,

hieraus die letzte Konsequenz zu ziehen. Die Stundungsfrist der Banderolensteuer soll nach ihrem Vorschlag von 3½ Monate auf 2 Monate allmählich gekürzt werden. Aber der Zahlungsaufschub für die Rohmaterialsteuer bleibt unberührt. Vielleicht liegt der Grund dazu darin, daß die Großindustrie aus dem bisherigen System des Zahlungsaufschubs gewisse Vorteile ziehen konnte: denn der Zahlungsaufschub für die Rohmaterialsteuer wird (im Gegensatz zur Banderolensteuer) nur gegen Sicherheiten, also nur den finanziell Stärkeren, gewährt. Die Großindustrie ist also bereit, die Staatssubvention im Punkte Banderolensteuer preiszugeben, will aber auf die Sondervorteile, die ihr der Zahlungsaufschub bei der Rohmaterialsteuer gewährt, nicht verzichten. Vom Standpunkt der Volkswirtschaft und der Finanzpolitik wird man aber diesen Sonderwünschen der Großindustrie nicht Rechnung tragen dürfen; man muß daher verlangen, daß die Verkürzung der Stundungsfristen sich auch auf die Rohmaterialsteuer erstreckt.

Recht erhebliche einmalige Einnahmen

bedeutet die Verkürzung der Steuerstundungen finanzpolitisch für das Reich. Bei einer jährlichen Produktion von 32 Milliarden Stück kommt man theoretisch zu einer Steuerschuld der Industrie, die nach der bisherigen Regelung 207 Millionen betrug, bei der Verkürzung der Steuerfristen sich aber wie folgt senken muß:

	gegenwärtige Lage	nach dem Gesetzentwurf	bei einer Verkürzung der Fristen auch für Rohtabak
Banderolensteuer	130 Mill. Mk.	72 Mill. Mk.	72 Mill. Mk.
Rohtabaksteuer	77 „ „	77 „ „	38 „ „
Zusammen:	207 Mill. Mk.	149 Mill. Mk.	110 Mill. Mk.

Durch die Einbeziehung der Rohmaterialsteuer in die Stundungsverkürzung senkt sich der schwebende Kredit des Reichs gegenüber der gegenwärtigen Lage um fast 100 Millionen, nach der Vorlage der Regierung aber nur um 60 Millionen. Da es sich nur um allmähliche Verkürzungen handelt, die auf einen Zeitraum von zwei Jahren verteilt werden, so muß man mit einer Steigerung der Reichseinnahmen in dem kommenden und in dem übernächsten Finanzjahr um je 30 Millionen Mark (nach dem Vorschlag der Regierung) bzw. um je 50 Millionen Mark (nach dem hier angeführten Vorschlag) rechnen. Daß diese einmalige Einnahme keine Bagatelle ist, ersieht man zum Beispiel daraus, daß das Reich den Liquidationsgeschädigten, soweit es sich um kleinere Schäden handelt, einen Betrag von rund 150 Millionen Mark bar zu zahlen bereit ist, und daß auf eine weitere Ausdehnung der für die Barzahlung in Betracht kommenden Kreise aus Mangel an einmalig verfügbaren Mitteln verzichtet werden mußte. Unter diesen Gesichtspunkten erscheinen einmalige Mehreinnahmen in der oben gekennzeichneten Größenordnung als nicht unerheblich.

Neue Vollmachten dem Reichsfinanzminister?

Gegen den zweiten Teil der Regierungsvorlage wird die Oeffentlichkeit energisch ankämpfen müssen: die Vorlage soll dem Reichsfinanzminister die Vollmacht geben, „die Abgabe von Tabaksteuerzeichen für Zigaretten einzelnen Betrieben gegenüber von Bedingungen abhängig zu machen". Das wäre ein formell wie materiell unhaltbarer Zustand. Eine solche Ausschaltung des Parlaments und aller Organe der staatlichen Wirtschaftspolitik in der Schicksalsbestimmung eines Industriezweiges und eine solche Steigerung der Vollmachten eines Ministers, der ja an sich überhaupt nicht für wirtschaftspolitische, sondern nur für steuerliche Fragen zuständig ist, ist unzulässig.

Es ist in der Vorlage nicht gesagt, daß die „Bedingungen" des Finanzministers etwa an die Einhaltung der Stundungsfristen gebunden werden sollen. Der Finanzminister kann vielmehr jeder Firma, auch einer ihre Steuern barzahlenden, den Verkauf der Banderolen verweigern, wenn sie die „Bedingungen" nicht erfüllt. Nicht aus der Vorlage selbst, wohl aber aus der Begründung erfährt man, welche „Bedingungen" gemeint sind. Es handelt sich um nichts anderes als um den unglückseligen Erlaß vom 18. Mai 1927, der von dem Finanzminister unter sichtbarem Druck der großen Konzerne herausgegeben wurde, um das Geschäftsgebaren der gesamten Industrie der Kontrolle des Ministeriums, in Wirklichkeit aber der Kontrolle eines unter Führung der Konzerne stehenden privatwirtschaftlichen Verbandes zu unterwerfen. Obgleich der Versuch, unter der Führung dieses Verbandes ein Kartell zu schaffen, das durch Ausschließlichkeitsverträge mit den Händlern den gesamten Umsatz der Zigarettenindustrie kontrollieren könnte, ins Wasser gefallen ist, will man den Gedanken der Ueberwachung der Betriebe wiederaufleben lassen, indem man dem früheren Erlaß eine gesetzliche Grundlage gibt. Die Begründung des Gesetzentwurfes will ebenso, wie der Mai-Erlaß, die Handelsspanne und die Reklamekosten durch amtliche Vorschriften begrenzen: wenigstens soll das für die zweijährige Uebergangszeit gelten, bis die Stundungsfristen ganz abgebaut sind. Der konkrete Inhalt der Vorschriften würde offensichtlich unter Einfluß der beratenden Verbände zustandekommen. Und auch die Ueberwachung des Handels würde die Mitwirkung der Verbände voraussetzen. Das Ergebnis würde sein, daß in diesen zwei Jahren das privatwirtschaftliche Kartell eine vollständige Kontrolle über die Industrie gewinnen würde.

Klare Entscheidungen.

Wenn die Regierung befürchtet, daß in den zwei Uebergangsjahren die unseligen Staatskredite (die immer geringer werden würden) ihre zerstörende Wirkung weiter fortsetzen, nachdem das Finanzministerium 2½ Jahre dem Vorgang tatenlos zugesehen hat, so soll sie lieber die Uebergangszeit verkürzen. Wenn die Regierung glaubt, daß die Industrie im Rahmen der freien Wirtschaft und der freien Auslese der Betriebe nicht gesunden kann, so mag sie die letzte Konsequenz ziehen und das Staatsmonopol proklamieren. Alle Versuche aber, dem Uebel durch Steigerung der Vollmachten des bisher wahrlich nicht sehr geschickt und erfolgreich gewesenen Finanzministeriums abzuhelfen und den Segen dieser Vollmachten dazu noch auf die beratenden privatwirtschaftlichen Verbände auszudehnen, müssen bekämpft werden.

Nordatlantische Konkurrenzkämpfe.

Ueberall Wettrüsten der Großreedereien.

Wir haben kürzlich die Vermutung ausgesprochen, daß das zwischen den nordatlantischen Großreedereien bestehende Schiffahrtskartell auseinanderfallen und der offene Kampf zwischen den 17 ihm angehörenden Gesellschaften ausbrechen werde. Auf der Pariser Schiffahrtskonferenz wurde dieser offene Kampf durch schärfere Staffelung und gleichzeitige Erhöhung der Preise auf dem Rücken der Passagiere noch notdürftig vermieden. Der Frieden wird nicht lange Bestand haben, denn das Wettrüsten der großen Schiffahrtsgesellschaften wird immer toller.

Die französische Hauptlinie baut jetzt einen Dampfer von 42 000 Tonnen, die englische White Star Line je einen Dampfer von 50 000 und 25 000 Tonnen und die Cunnard Line projektiert einen 60 000-Tonnen-Dampfer. Gleichzeitig wird aus den Vereinigten Staaten gemeldet, daß eine neue „Blue Ribbon Line" mehrere 35 000-Tonnen-Dampfer mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von rund 33 Knoten in Fahrt setzen und dazu vom amerikanischen Staat eine 90-Millionen-Dollar-Schiffahrts-Hypothek in Anspruch nehmen will, um die Schnellfahrten innerhalb von vier Tagen den Ozean zu überqueren. Flugzeuge sollen auf dem Schiff bereitgehalten sein, damit die Reisenden ihre Festlandziele ohne Zeitverlust erreichen können.

Wohin dieses Wettrüsten führt — sicher wurde es vom Norddeutschen Lloyd und von der Hamburg-Amerika-Linie in hohem Maße mitveranlaßt — liegt auf der Hand. Das in Paris notdürftig geflickte Kartell wird kurz über lang zerbrechen müssen, weil die Schiffe zu zahlreich und gegenüber dem Passagierverkehr zu leistungsfähig werden, um rentabel zu bleiben.

Die Saar wehrt sich.

Bergarbeiter fordern elektrowirtschaftliche Selbständigkeit.

Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk Essen hat seine Stromverkaufsinteressen verschiedentlich ins Saargebiet vorzutragen versucht. Das Saarvolk wird in seiner Existenz gefährdet, große politische Zukunftsinteressen werden aufs Spiel gesetzt, wenn die Saar die künftige höhere Verwertungsmöglichkeit für ihre Kohle verliert. Das ist zum Gegenstand einer großen Volksbewegung gegen das Vorgehen des RWE. an der Saar geworden.

Jetzt haben in Illingen in einer von den saarländischen Bergarbeitergewerkschaften einberufenen Versammlung auch die Bergarbeiter-Gemeinderatsmitglieder aus dem Zweckverband Weyer-Zentrale scharf gegen deren Anschluß an das RWE. protestiert. Irreführende Voraussetzungen hätten zu dem Anschließungsbeschluß des Gemeinderats und der Zweckverbandsversammlung geführt, der elektrowirtschaftliche Zusammenschluß im Saargebiet sei eine Notwendigkeit.

Die Resolution gibt den Tatsachen und Notwendigkeiten richtigen Ausdruck. Bedauerlich, daß die auch außenpolitisch recht bedenkliche Expansionspolitik des RWE., eines deutschen öffentlich kontrollierten Unternehmens, durch wirtschaftlich nicht zu rechtfertigende Kampfangebote solche Verwirrung und Gefahren für die Saar heraufbeschworen hat. Die Oeffentlichkeit darf und muß erwarten, daß das RWE. die aus dieser Frage sich ergebenden Konsequenzen bereitwillig und selbst im öffentlichen Interesse ziehen wird.

Das Gasnetz des RWE. noch nicht verkauft!

Wie das „Berliner Tageblatt" durch Informationen seines Düsseldorfer Korrespondenten bei den zuständigen Stellen erfahren hat, haben die in der vorigen Woche stattgefundenen Verhandlungen des erweiterten RWE.-Präsidiums zur Uebergabe der Ferngasleitungen des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes an die Aktien-Gesellschaft für Kohleverwertung noch zu keinem Ergebnis geführt. Die Verhandlungen scheinen also vernünftigerweise vertagt worden zu sein, und die erweiterte Kommission soll nach „B. T." die Gesamtfragen noch einmal überprüfen und zu den von der Aktien-Gesellschaft für Kohleverwertung angebotenen Verträgen Stellung nehmen. Allerdings werden nähere Mitteilungen über den Stand der Dinge verweigert.

Wir haben die grundlegende Bedeutung des hier in Frage kommenden Entschlusses des RWE. weder überschätzt noch übertrieben. Es ist erfreulich, daß auch im Aufsichtsrat des RWE. die Erkenntnis wächst, daß die Preisgabe der eigenen, in der Ferngasfrage schon erreichten Position mit der Verantwortung nicht zu vereinbaren ist, die das RWE. als überwiegend öffentlich kontrolliertes Werk gegenüber einer willkürlichen Schwächung der öffentlichen Interessen trägt.

Wie hoch sind die Schulden der Städte?

Die Beratungsstelle arbeitet immer noch nicht. Aber es wird jetzt gemeldet, daß die gesamte kurzfristige Kommunalverschuldung der deutschen Städte im Inland und Ausland nach den bisherigen Ergebnissen, die unseres Wissens ziemlich vollständig sind, rund 800 Millionen Mark beträgt. Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat bekanntlich seinen Vorstoß auf einer Schätzung von 1½ Milliarden aufgebaut. Diese Schätzung war also recht leichtfertig. Nach unserer Kenntnis der Dinge werden aber die 800 Millionen nicht einmal voll erreicht werden. Und nur wenige Großstädte sind vorhanden, deren Schulden die Grenze der Bedenklichkeit streifen.

Das Reichsbankdirektorium gibt bekannt: Auf Grund des § 15 des Gesetzes über die Liquidierung des Umlaufs an Rentenbankscheinen vom 30. August 1924 (RGBl. II, S. 252) wird hiermit bekanntgemacht, daß bis zum 31. Dezember 1927 ein Betrag von 1 340 311 876 Rentenmark in Rentenbankscheinen eingezogen worden ist, so daß ein Betrag von 739 866 707 Rentenmark im Umlauf verblieb. Von dieser Summe befand sich ein Teilbetrag von 23 635 721 Rentenmark in den Kassen der Reichsbank.

Schlesische Mühlen gegen Einfuhrscheine. Die Vereinigten schlesischen Mühlenverbände, Sitz Breslau, haben in einer Denkschrift zur Auswirkung der Getreide-Einfuhrscheine ausgeführt, daß sich das Einfuhrscheinsystem im Verein mit schlechten Ernten, ungünstiger Frachtlage und Bevorzugung Ostpreußens mit Ausnahmetarifen, überaus ungünstig für die schlesische Mühlenindustrie ausgewirkt hat. Die schlesischen Getreidepreise sind in einer Weise hoch getrieben worden, daß die schlesischen Mühlen nicht mehr mit denjenigen im Reich in Wettbewerb treten können. Bleibt das schlesische Getreide im Inlande und wird in schlesischen Mühlen verarbeitet, sei reichlich Beschäftigung für viele Arbeitnehmer vorhanden. Auch würden etwa 10 Millionen Zentner Kleie im Werte von 70 bis 80 Millionen Mark der schlesischen Viehwirtschaft erhalten bleiben, während diese jetzt zum allergrößten Teil aus dem Auslande eingeführt werden müssen. Gefordert wird sofortige Aufhebung des Einfuhrscheinsystems für Getreide bis frühestens 1. Oktober 1928, damit das aus der Ernte von 1927 in Schlesien noch vorhandene Getreide nicht restlos ins Ausland geht, bis die Ernte 1928 geborgen ist, und bis ihre Ergebnisse sich übersehen lassen.

Der Bremer Seeschiffahrtsverkehr wächst. Im Jahre 1927 kamen in Bremen 5986 Schiffe mit 8 084 465 Nettotonnen, im Jahre 1926 6129 Schiffe mit nur 7 203 936 Nettotonnen, im Jahre 1913 6323 Schiffe mit nur 5 241 267 Nettotonnen an. Das bedeutet eine Zunahme von 12 bzw. 54 Proz. an Nettoregistertonnen. Die Zunahme ist in erster Linie auf den starken Wechselverkehr zwischen Bremen und Hamburg infolge der vielen Anfahrten derselben Schiffe von beiden Häfen zurückzuführen, trotzdem hielt die Steigerung mit derjenigen von Rotterdam und Antwerpen nicht Schritt, die 66 und 67 Proz. gegenüber 1913 betrug.

Sowjetrußland stellt 1928 das zehnte Mal auf der Leipziger Messe aus.

Das Reichsarbeitsministerium.

Seine Organisation und sein Etat.

Das Reichsarbeitsministerium ist dasjenige Reichsministerium, dessen Geschäftsbereich die wesentlichsten Lebensbedürfnisse der werktätigen Bevölkerung Deutschlands berührt und dessen Geschäftsführung von höchster Bedeutung für diese Volkskreise, insbesondere für die Arbeiterklasse ist. An Zahl der beschäftigten Beamten wird es nur vom Reichsfinanzministerium und dem Wehrministerium, an Höhe seiner Ausgaben nur vom Wehrministerium übertroffen. Wie der Reichshaushalt als ganzes die erschöpfendste Darstellung des gesamten öffentlichen Geschehens in Deutschland bietet, so bilden die Zahlen des Etats des Arbeitsministeriums gleichsam das Barometer, das die Lage der deutschen Arbeiterklasse und damit auch den Stand der deutschen Wirtschaft anzeigt.

Das Reichsarbeitsministerium umfaßt außer dem Ministerium selbst noch die folgenden vier unterstellten Behörden: Reichsversicherungsamt, Reichsarbeitsverwaltung, Restverwaltung, Versorgungsdienststellen und Reichsversorgungsgericht. Die bisherige Reichsarbeitsverwaltung ist bereits fast gänzlich aufgelöst. Ihre Aufgaben sind größtenteils übergegangen an die neue Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Im Etat sind nur einige wenige bei der Restverwaltung verbleibende Stellen veranschlagt. Der Geschäftsbereich des Ministeriums ist gegliedert in eine Anzahl von Abteilungen, die umfassen: Sozialversicherung; Arbeitsvertragsrecht, Arbeitsgerichtsbarkeit, Schlichtung und Lohnpolitik; Arbeitsschutz, Internationales Arbeitsrecht, Arbeitsgesetzbuch; Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung; Wohnungs- und Siedlungswesen; sonstige soziale Maßnahmen (Kleinrentnerfürsorge und dergleichen).

Infolge des Inkrafttretens des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 und der damit verbundenen Errichtung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist der bisherige Ansatz für die unterstützende Erwerbslosenfürsorge, der in 1927 450 Millionen betrug, weggefallen. An die Stelle der Reichsbeiträge zur unterstützenden Erwerbslosenfürsorge ist der Anteil des Reichs an der Krisenfürsorge getreten. Dieser Reichsanteil an der Krisenfürsorge, von deren Gesamtaufwand das Reich vier Fünftel zu tragen hat, ist auf 100 Millionen geschätzt. Infolge des gleichen Gesetzes vom 16. Juli 1927 und wegen des Vorhandenseins „von erheblichen Resten aus den Vorjahren" sind auch für die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge nur 25 Millionen eingesetzt worden gegen 130 Millionen im Jahre 1927. Aus diesem Betrag können zur Förderung von Maßnahmen, die geeignet sind, die Arbeitslosigkeit zu verringern, der Arbeitslosenversicherung Mittel in Form von Darlehen oder Zuschüssen bewilligt werden.

Der ordentliche Haushalt schließt in fortdauernden und einmaligen Ausgaben ab mit 593,1 Millionen gegen 882,2 Millionen in 1927, 735,8 Millionen in 1926, 491,9 Millionen in 1925, 222,6 Millionen in 1924; der außerordentliche Haushalt mit 90 Millionen gegen 195 Millionen in 1927, 179,7 Millionen in 1926, 17,0 Millionen in 1925, 14,5 Millionen in 1924. Diesen Ausgaben stehen nicht unbeträchtliche Einnahmen gegenüber, die herrühren von Zinsen und Darlehen, von Einnahmen aus Gewinnbeteiligungen des Reichs an Maßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge und zur Belebung der Wohnbautätigkeit, von Rückzahlungen aus der Verwendung der Mittel der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge usw. Diese Einnahmen ergeben im ordentlichen Haushalt 31,2 Millionen gegen 49,3 Millionen in 1927; im außerordentlichen Haushalt 27,3 Millionen gegen 0,4 Millionen in 1927. Der Gesamtzuschuß beim ordentlichen und außerordentlichen Haushalt beträgt daher in 1928 624,8 Millionen gegen 1027,5 Millionen in 1927.

Diese großen Minderausgaben im Etat des Reichsarbeitsministeriums und die Veranschlagung hoher Steuereingänge haben es der Bürgerblockregierung ermöglicht, den neuen Reichshaushalt ohne Fehlbetrag abzuschließen.

Der Etat des Arbeitsministeriums ist einer der klarsten und einfachsten im ganzen Reichshaushalt. Seine „Erläuterungen" geben eine wirkliche Erläuterung und Klarlegung der Etatsansätze. Von den sogenannten „Ermächtigungen" ist kein übermäßiger Gebrauch gemacht, ja die Verwaltung hat in mehreren Fällen auf in den Vorjahren gewährte Ermächtigungen freiwillig verzichtet. Die „gegenseitige Deckungsfähigkeit" von Etatsansätzen wird überhaupt nicht erbeten. Die Ermächtigung, daß Einnahmen ohne weiteres den Mitteln zufließen, wird bei den fortdauernden Ausgaben fünfmal, die „Uebertragbarkeit" von Mitteln auf die folgenden Jahre bei den fortdauernden Ausgaben viermal verlangt. Gerade aber weil der Etat im Vergleich zu anderen einfach und klar ist, zeigt er am besten, wie sehr die „Ermächtigungen" das Etatbild zu trüben geeignet sind. Nach langem Drängen hat das Reichsfinanzministerium sich dazu verstanden, dem Reichshaushalt eine Liste der Ausgabereste beizugeben, die bei den einzelnen als übertragbar bewilligten Ausgabenansätzen am Schluß des Rechnungsjahres 1926 noch vorhanden waren und nach 1927 übernommen wurden. Nach dieser Liste hatte das Arbeitsministerium bei sieben Titeln der fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Haushalts noch 1,7 Millionen hinter sich, von denen der Reichstag 1927 bei Bewilligung der betreffenden Titel nichts wußte. Bei den einmaligen Ausgaben standen über die in 1927 verlangten und bewilligten Beträge hinaus noch 6,2 Millionen, beim außerordentlichen Haushalt gar 219,3 Millionen Reste zur Verfügung! Von diesen „Resten" müssen noch hohe Beträge in 1927 nicht verbraucht sein, denn, wie oben angegeben, verlangt das Ministerium „wegen erheblicher Reste aus den Vorjahren" bei einem Titel des neuen Etats allein 105 Millionen weniger als in 1927.

So zeigt auch dieser Etat aufs neue, daß der Reichstag alle Veranlassung hat, Abweichungen von den klaren Etatsgrundsätzen nur da zu bewilligen, wo solche Abweichungen zur Durchführung des gewollten Zweckes wirklich unbedingt erforderlich sind, was nur selten der Fall sein wird.

Die Arbeit des Reichswirtschaftsrats.

Eine Uebersicht über seine Gutachtertätigkeit.

Eine Uebersicht über den Stand der Arbeiten des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates vom 1. Januar 1928 gibt ein interessantes Bild von der Arbeitsleistung dieser Körperschaft. In der Uebersicht wird u. a. ausgeführt:

Der Zolltarifausschuß des Reichswirtschaftsrats behandelte in den Monaten November und Dezember in einer Reihe von Sitzungen die für die Zollsenkungsaktion der Reichsregierung in Betracht kommenden Nummern des Zolltarifes. Dabei wurde eine große Zahl von Sachverständigen aus den in Betracht kommenden Gebieten des Wirtschaftslebens vernommen und über die der Reichsregierung zu machenden Zollsenkungsvorschläge Beschluß gefaßt. Die Arbeiten des Zolltarifausschusses werden voraussichtlich im Januar abgeschlossen werden.

Der Entwurf der Handwerksnovelle war einem Arbeitsausschuß zur Vorberatung überwiesen worden. Dieser hat in sechs Sitzungen seine Aufgabe erledigt und wird im Laufe des Monats Januar dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß einen Bericht über das Ergebnis seiner Beratungen vorlegen.

Zur gemeinsamen Begutachtung des Wirtschaftspolitischen und des Finanzpolitischen Ausschusses liegt zurzeit der vom Reichsfinanzministerium eingegangene Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Tabaksteuergesetzes vor. Er wurde in der Sitzung der beiden Hauptausschüsse am 14. Dezember 1927 einem Arbeitsausschuß zur Vorberatung überwiesen. Dieser wird die Vorlage am 12., 13. und 14. Januar 1928 behandeln und dabei Sachverständige aus allen in Frage kommenden Wirtschaftsgebieten vernehmen. Es ist beabsichtigt, die Beratungen so zu beschleunigen, daß noch im Laufe des Monats Januar das Gutachten über den Gesetzentwurf den Hauptausschüssen vorgelegt werden kann.

Der Sozialpolitische Ausschuß hat zum Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes schon ein Gutachten am 26. November 1927 vorweg abgegeben. Für die Weiterberatung des Gesetzentwurfes hat der Arbeitsausschuß 18 Sitzungen vom 16. Januar bis zum 25. Februar 1928 einschließlich anberaumt.

Der zur Frage der Festsetzung von Lehrlingshöchstzahlen im Handelsgewerbe gebildete Arbeitsausschuß hat die Beratungen wieder aufgenommen, da der bisherige Verlauf der Verhandlungen im Arbeitsausschuß für das Berufsausbildungsgesetz ergeben hat, daß der Handel in dieses Gesetz nicht einbezogen werden soll. Der Arbeitsausschuß hat beschlossen, in den nächsten Sitzungen zunächst noch Sachverständige zu dem gesamten Fragenkomplex zu hören.

Dem Finanzpolitischen Ausschuß war Anfang November 1927 der Entwurf eines Kraftfahrzeugsteuergesetzes zugegangen, dessen Begutachtung nach einer Vorberatung durch den Arbeitsausschuß für die Kraftfahrzeugsteuer am 30. November 1927 erledigt wurde. Da der Arbeitsausschuß in der Regierungsvorlage jedoch keine endgültige Lösung des Problems der Kraftfahrzeugsteuer erblicken konnte, soll dies im Januar weiter behandelt werden.

Vereinheitlichung der Verwaltung. Die Verhandlungen zwischen der thüringischen Regierung und dem Reichsfinanzministerium über die Uebertragung der thüringischen Landessteuerverwaltung auf das Reich sind inzwischen so weit gefördert worden, daß das Reich voraussichtlich die Verwaltung der Thüringer Grundsteuer, Gewerbesteuer und Aufwertungssteuer mit dem 1. April dieses Jahres übernimmt.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt und Kinderschutz.

Zusammenkunft der sozialistischen Wohlfahrtsschüler(innen), Kreisleiter(innen), Sozialbeamten(innen) der Arbeiterwohlfahrt am Donnerstag, 12. Januar, pünktlich 20 Uhr, im Spandauer Zimmer des Ratskellers, Königstraße (U-Bahnhof Klosterstraße). Vortrag des Genossen Dr. Schlosser, Direktor des Fürsorgeerziehungsheimes Wakenitzhof bei Lübeck, über: „Probleme sozialistischer Anstaltserziehung." Diskussion. Verschiedenes.

1. Kreis Mitte. Kommunalbeamten-Werbeausschuß: Donnerstag, 12. Januar, 20 Uhr, wichtige Sitzung im Ratskeller Berlin, Königstraße, Bierabteilung, Nische 11. Alle Bezirke müssen vertreten sein.

Heute, Mittwoch, 11. Januar:

8. Abt. 19½ Uhr Zahlabende. Geiler, Steinmetzstr. 29. Vortrag: „Rüstet zum Kampf." Referent Stadtrat Albert Horlitz. Rickert, Steinmetzstr. 36. Vortrag: „Das Arbeitslosenversicherungsgesetz." Referent Rudolf Karsten. Lokal Meyer, Lützowstr. 7. Referent Michael Hirschberg. Lokal Elsholzstraße 3. Referent Heinz Elwi. Frey, Magdeburger Platz. Vortrag: „Das Wahljahr 1928." Referent Dr. Alfred Korach.
9. Abt. 19½ Uhr Mitgliederversammlung Arnshof, Perleberger Str. 29. Vortrag: „Wirtschaftsfragen." Referent Friedrich Schlegel.
31. Abt. 19½ Uhr Zahlabende. Goldschmidt, Stolpische Str. 36. Vortrag: „Die weltliche Schule." Referent Kurt Fuße. Meißner, Schivelbeiner Straße 34. Vortrag: „Mieterbewegung." Referent Paul Lange. Haberer, Bornholmer Str. 9. Vortrag: „Zahnpflege und Körperkultur." Referent Dr. Kummelsburg.
45. Abt. 19½ Uhr Zahlabende. Im Lokal Minnig, Lausitzer Str. 45. Vortrag: „Staat, Kirche und Arbeiterschaft." Referent Ernst Oberüber.
56. Abt. Charlottenburg. 2. Gruppe: 19½ Uhr Zahlabend bei Joslowiack, Holtzendorffstr. 20. Neuwahl der Gruppenleitung.
82. Abt. Steglitz. 19½ Uhr Zahlabende in den bekannten Lokalen.
83. Abt. Lichterfelde. Alle Mitglieder von Ost treffen sich 20 Uhr zum Zahlabend im Lokal Paul Krafft, Heinersdorfer Str. 17. Die Mitglieder von Süd bei Brettschneider, Berliner Str. 125.
84. Abt. Lankwitz. Pünktlich 20 Uhr bei Lehmann, Kaiser-Wilhelm-Str. 30/31, Jahreshauptversammlung. Berichte. Neuwahl des Vorstandes. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
85. Abt. Tempelhof. 3. und 4. Bezirk: 20 Uhr Zahlabend im Lokal Primus, Werder- Ecke Friedrich-Karl-Straße. Vortrag: „Humor im Klassenkampf." Referent Hanns Kamm.
96. Abt. Neukölln. 19½ Uhr Zahlabende. 107., 108. Bezirk: Krüger, Kaiser-Friedrich-Str. 48. 113., 114. Bezirk: Gutmann, Mariendorfer Weg 1. Tagesordnung: Neuwahlen der Bezirksleitung. 109. bis 112. Bezirk: Eckert, Delbrückstr. 35. Vortrag: „Arbeitslosenversicherung." Referent Genosse Fränkel. Neuwahl der Bezirksleitung.
99. Abt. Britz-Buckow. 3., 5., 6. Bezirk: 19½ Uhr Zahlabend im Lokal Otto Werner, Chausseestr. 66. Vortrag: „Das Wahljahr 1928." Referent Richard Meyer. Alle Mitglieder müssen zur Stelle sein.

117. Abt. Lichtenberg. 19½ Uhr Mitgliederversammlung Schule Wilhelmstr. 30. Vortrag: „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik." Referent Felix Fechenbach.
122. Abt. Biesdorf. 19½ Uhr bei Dorath, Marzahner Str. 31. Mitgliederversammlung. Neuwahl des Vorstandes.
123. Abt. Kaulsdorf. 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Elsheich, Alt-Kaulsdorf 58. Neuwahl der Abteilungsleitung. Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig.
131. Abt. Niederschönhausen. 20 Uhr im Lokal Wilhelmshof, Kaiser-Wilhelm-Straße 64, Generalversammlung. Neuwahlen. Kontrolle durch die Mitgliedsbücher.
132. Abt. Blankenburg. 20 Uhr bei Klug, Dorfstr. 2, Mitgliederversammlung. Neuwahl der Abteilungsleitung. Achtung! Das Vergnügungskomitee tagt bereits um 19½ Uhr pünktlich im gleichen Lokal.

Morgen, Donnerstag, 12. Januar:

22. Abt. 19½ Uhr wichtige Mitgliederversammlung in der Schulaula Wilsnacker Str. 47/48. Bericht des Vorstandes. Wahl der Abteilungsleitung.

*

33. Abt. Vereinigung für Schul- und Erziehungsfragen Stralauer Tor. Achtung! Donnerstag, 12. Januar, 20 Uhr, in der Schulaula Ehrenbergstraße 24 Vortrag: „In welche höhere Schule schicke ich mein Kind?" Referent Oberstudiendirektor Dr. Schönebeck. Wir erwarten vollzähliges Erscheinen.

Frauenveranstaltungen.

5. Kreis Friedrichshain. Donnerstag, 12. Januar, 19½ Uhr, Beginn des Kursus „Einführung in die Wirtschaftspolitik" in Schmidts Gesellschaftshaus, Fruchtstr. 36a. Referentin Genossin Mathilde Wurm. Alle Genossinnen und Genossen sind dazu eingeladen.
92. Abt. Neukölln. Freitag, 13. Januar, Besichtigung der sozialhygienischen Gesundheitsausstellung am Urban. Treffpunkt 9½ Uhr Kaiser-Friedrich- Ecke Wildenbruchstraße.

Bernau. Donnerstag, 12. Januar, 20 Uhr, im Restaurant Bellevue Frauenversammlung.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt und Kinderschutz.

14. Kreis Neukölln. Der Kursus der Arbeiterwohlfahrt über: „Hauptgebiete der Wohlfahrtspflege und Sozialversicherung" beginnt am Dienstag, 31. Januar, im Zimmer 138 des Neuköllner Rathauses. Es wird gebeten, in allen Zahlabenden auf den Kursus hinzuweisen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Die Helferschule beginnt wieder am Donnerstag, 12. Januar, 20 Uhr, in den bekannten Räumen Tieckstr. 18.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

Abt. 123a Kaulsdorf-Süd. Unser langjähriger Genosse, der Gastwirt des „Jägerheims", Gottlieb Kraf, ist am Sonntag abend verstorben. Ehre seinem Andenken. Beerdigung am Donnerstag, 12. Januar, 14½ Uhr, auf dem Gemeindefriedhof in Kaulsdorf. Wir bitten um rege Beteiligung.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Freie Sozialistische Hochschule. „Indien und der englische Imperialismus." Sonnabend, 14. Januar, 19½ Uhr, im großen Saal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 3. Karten zu ermäßigtem Preise sind im Sekretariat erhältlich.

Berichtsbogen und Monatsprogramme müssen umgehend abgeliefert werden. Abrechnungen und Ausgabe der „Jugend voran!" heute, Mittwoch, zwischen 17 und 19 Uhr.

Heute, Mittwoch, 11. Januar, 19½ Uhr:

Wedding: Heim See- Ecke Turiner Straße. „Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht." — Humannplatz: Heim Eberswalder Str. 10. „Alkohol und Nikotin." — Rosenthaler Vorstadt: Schule Gipsstr. 23a. Mitgliederversammlung. — Friedrichshain: Heim Dieffenbachstr. 6. „Berliner Humor." — Kottbuser Tor: Keine Funktionärsitzung. Besucht dafür den Zahlabend der 44. Parteiabteilung. — Südwest: Heim Yorckstr. 11. Mitgliederversammlung. — Spandau: Heim Lindenufer 1. „Zweck und Ziele der SAJ." — Wannsee: Schule Charlottenstraße. „Arbeiterdichtung." — Kaulsdorf: Schule Adolfstr. 28. „Hypnose." — Lichtenberg-Mitte: Heim Scharnweberstr. 29. „Tagesaktuelle Fragen." — Neu-Lichtenberg: Heim Prinz-Albert-Straße. Zehn-Minuten-Referate. — Reichenberger Viertel: Heim Reichenberger Str. 66. Heine-Abend.

Werbebezirk Schöneberg: Heim Hauptstr. 15. Fortsetzung des Bildungskursus: „Einführung in den Sozialismus."

*

Werbebezirk Prenzlauer Berg: Wir besuchen am kommenden Sonntag in Friedrichsfelde die Gräber von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Die Abteilungen beteiligen sich geschlossen. Treffpunkt 9½ Uhr vor dem Bezirksamt Danziger Straße, Ecke Prenzlauer Allee.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold"

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Prenzlauer Berg: Sportler Mi., d. 11., 20 Uhr, Turnhalle Greifenhagener Str. 58. Einteilung der Mannschaften zu den Wettspielen. — Donnerstag, 12. Januar. Tiergarten: Kameradschaft Hansa 20 Uhr Kameradschaftsversammlung bei Berger, Levetzowstr. 21. Vortrag Kam. v. Puttkamer: „Faschismus." Wichtige Tagesordnung. Prenzlauer Berg: Versammlungen um 20 Uhr: Kameradschaft Balkan bei Vogel, Jablonskistr. 9. Kameradschaft Königstor bei Rösner, Immanuelkirchstr. 26. Kameradschaft Senefelderplatz bei Büttner, Schwedter Str. 23. Kameradschaft Falke bei Zeuge, Milastr. 3. Steglitz (Kameradschaften Lichterfelde-Lankwitz, Steglitz): 19½ Uhr Wiederbeginn der Turn- und Uebungsabende in der Turnhalle Ringstraße. Tempelhof: 20 Uhr Funktionärsitzung bei Hoch, Mariendorf, Chaussee- Ecke Prühßstraße. Neukölln-Britz (Jungbanner): Beginn der Turnabende von 20 bis 22 Uhr Walter-Rathenau-Schule, Boddinstraße. — Freitag, 13. Januar. Neukölln-Britz: 3. Kameradschaft 20 Uhr Turnhalle Mariendorfer Weg 69/70. Köpenick und Untergruppen: 20 Uhr Generalversammlung im Stadttheater. Vortrag. Tätigkeitsbericht. Neuwahlen. Saalkontrolle. Lichtenberg nebst Kameradschaften: Sämtliche Kameraden besuchen ihre Kameradschaftssitzungen. Kameradschaft Gustav Tempel 20 Uhr Sitzung bei Hönow, Frankfurter Allee 263. Vortrag des Kameraden Schlicht. Kaulsdorf-Süd: Versammlung bei Hübner, Bahnhofstraße. Oranienburg: 20 Uhr Schützenhaus Generalversammlung. Wassersportabt.: Mitgliederversammlung fällt aus. — Tiergarten: Kameradschaften Stephan und Hansa: Kamerad Künstler vom Gauvorstand spricht am Mi., d. 11., 20 Uhr, in der Moabiter Bierhalle, Kirchstr. 12, über die politische Lage. Kameraden, die der 10. Abt. der SPD. angehören, treten 19½ Uhr dortselbst an. — Wedding: Die Turnabende beginnen am Do., d. 12., Holzunger Straße.

Berliner Handwerkerverein, Sophienstr. 18. Mittwoch, 11. Januar, 20 Uhr, Vortrags- und Liederabend aus Anlaß des 20. Todestages des Dichters: „Ein Abend bei Wilhelm Busch."

Verein selbständiger Handwerker jüdischen Glaubens E. V., Berlin. Mittwoch, 11. Januar, 20 Uhr, Gemeindehaus Rosenstr. 2/4, Mitgliederversammlung. Vortrag Schlossermeister Peisachowitz über: „Schönheit und Geschmack im Kunstgewerbe."

Deutsche Landsmannschaft der Provinz Posen, Groß-Berlin. Monatssitzung und Vortrag Donnerstag, 12. Januar, 20 Uhr, Kindlbrauerei Neukölln, Hermannstr. 214/219. Landsleute und Gäste eingeladen.

Arbeiter-Abstinentenbund. Bezirk Norden: Zusammenkunft Donnerstag, 12. Januar, 20 Uhr. Vortrag: „Die Macht der Trinksitten." Schule Wiesenstr. Ecke Pankstraße, Zimmer 44.

Verband der Lungen- und Tuberkulosekranken Deutschlands e. V. (Sitz Berlin). Geschäftsstelle: N 20, Schönstedtstr. 1, vorn 1 Tr., Zimmer 121. Donnerstag, 12. Januar, 20 Uhr, Hauptvorstandssitzung in der Geschäftsstelle. Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist unbedingt erforderlich.

Arbeitsgemeinschaft entschiedener Republikaner. Donnerstag, 12. Januar, 20 Uhr, Konditorei Adler, Kommandantenstr. 84, öffentlicher Aussprachesabend. Republikaner aller Parteien willkommen.

Vereinigung für Schul- und Erziehungsfragen, Berlin-Treptow. Freitag, 13. Januar, 20 Uhr, Versammlung Gemeindeschule Wildenbruchstr. 53 II, Zimmer 80. „Erfahrungen des Vereins zum Schutz der Kinder gegen Ausnützung und Mißhandlung."

Ortsverein Berlin im Verband Volksgesundheit. Jugendgruppe Osten: Freitag, 13. Januar, 19½ Uhr, Koßkestr. 61. Diskussionsabend über: „Lebensreform und Sozialismus." — Jugendgruppe Süden: Freitag, 13. Januar, 19½ Uhr, Neukölln, Schierkestr. 46, Jugendmitgliederversammlung. Tagesordnung: Neuwahl der Funktionäre.

Hochschulball 1928. Die Technische Hochschule Charlottenburg veranstaltet Sonntag, 19. Februar, im Zoo einen Hochschulball. Reinertrag zum Besten des Baues eines Studentenhauses in Charlottenburg. Karten (2,50 M. für Studierende und 5 M. für Gäste) sind durch das Wirtschaftsamt der Technischen Hochschule (Charlottenburg, Kurfürstenallee, Bau 13, Zimmer 4, Steinplatz 9000) zu beziehen.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.). Weiterhin mild, teils wolkig, teils heiter bei frischen westlichen Winden, vereinzelt etwas Regen. — Für Deutschland: Im Süden vorwiegend trocken, im Norden Deutschlands geringe Niederschläge, überall mild und vielfach aufheiternd.

Funkwinkel.

Veristische Opern eignen sich nicht besonders für Uebertragungen, denn hier spielt die Handlung eine zu große Rolle. Hier wird die Musik oft durch sie bedingt. Anders liegen die Dinge, wenn die Melodie alle Dunkelheiten der Handlung vergessen läßt. Und so enttäuscht die Sendung von Wolf Ferraris „Schmuck der Madonna" kaum. Man fragt sich bei der Uebertragung erstaunt, warum diese Oper, die noch vor ein paar Jahren Repertoirestück auf der deutschen Bühne war, heute in den Hintergrund gedrängt worden ist. Wolf Ferrari verfügt über einen beglückenden Reichtum an Melodien, die allerdings nicht so blutvoll sind wie die Puccinis oder Mascagnis. Und außerdem behandelt der Komponist Orchester und Stimme mit großer Feinheit, baut dekorative Ensembles und Finales, die Meyrowitz und Bronsgeest mit größter Genauigkeit herausarbeiten. In akustischer Beziehung ist beispielsweise die Uebertragung des Finales im ersten Akt vollendet. Orchester und Chor bilden die Folie, von der sich die Stimmen der Solisten klar umrissen abheben. Selten ist Bronsgeest eine so gut abgestufte Ensembleszene gelungen. Dazu betont Meyrowitz den Rhythmus, strafft das Orchester und gibt doch allen sinnlichen Reiz dieser Melodien. Transky singt den Gennaro sehr weich, bindet vorbildlich die Töne, hat aber diesmal stellenweise eine verengte Röhre. Guttmanns Rafaele stilisiert sich weniger auf den Verführer als auf den Gewaltmenschen, der zu oft Forte singt. Immerhin imponiert diese schöne Baritonstimme, die hier im Rundfunk schmiegsamer klingt als auf der Bühne. Emmy Bettendorff ist von starkem dramatischen Ausdruck. — Nachmittags hält Roellinghoff einen Vortrag über Phrasendrescher, in dem er sich nicht auffallend originell, aber doch ganz witzig über die Leute lustig macht, die bei allen möglichen Gelegenheiten billige Phrasen prägen müssen. Roellinghoff ist betont harmlos, streichelt nur sanft die Schwächen seiner Mitmenschen, aber er unterhält wenigstens. — Dr. Adolf Heilborn sprach sodann über Heinrich Zille, das populäre siebzigjährige Geburtstagskind, und wurde dem prächtigen Menschen und trefflichen Künstler durchaus gerecht.

F. S.

STAATL. FACHINGEN
Natürliches Mineralwasser

Altbewährt bei
Störungen der Verdauungs- und Harnorgane und bei Stoffwechselkrankheiten

Fachinger Versandstelle, Berlin SW 11, Schöneberger Str. 18a. T. Lützow 8260/61.

Die Hinrichtung.

Von Hans Hyan.

Am achtundzwanzigsten hatte Friedrich Bewer erfahren, daß sein Gnadengesuch abschlägig beschieden worden sei — er wartete nun auf die Hinrichtung . . .

Das heißt, warten ist da eigentlich ein schlechtes Wort: Friedrich Bewer, dieser große, breitschultrige, stiernackige Mensch, in Westpreußen geboren — wo sein Vater Holzfäller gewesen war und die Mutter dazu verdient hatte, als Soldatenschneppe — stockkatholisch und mit einer Intelligenz, die im umgekehrten Verhältnis zu seinen enormen Körperkräften stand — dieser Friedrich Bewer saß in der weißgrauen getünchten Zelle auf dem dreibeinigen Schemel und starrte vor sich hin. Dann und wann schüttelte er seinen zweiundzwanzigjährigen, schwarzborstigen Kopf und stieß brummende Töne aus. Und wenn er sich dann erhob und näher ans Fenster ging, das, übermannshoch und mit schweren Traillen vergittert, nur den Blick in den bewölkten Februarhimmel freigab, dann glich er so recht einem der starken masurischen Bullen, der einen Menschen auf die Hörner genommen und zu Tode gestoßen hat und den nun bald der Schlächter holen soll.

So wartete Friedrich Bewer . . .

Die Gedanken kamen und gingen in seinem Kopfe, der wulstige Lippen, kleine schwarzbrennende Augen und mächtige Kiefer hatte — wie Leute, die nach einem Erdbeben die Heimat wieder aufsuchen und sich nicht mehr zurechtfinden . . .

Seine großen schwarzbehaarten Fäuste, die so oft die Floßstange in den lehmigen Grund der Weichsel gestoßen hatten, die hart und unempfindlich geworden waren vom Schippen und Karren bei der Kanalarbeit, die hatte man gefesselt. Ohne Not eigentlich, denn seit seiner Inhaftnahme, bei der er natürlich Widerstand leistete, war er fromm wie ein Lamm. Und die Kette, welche die breiten eisernen Handschellen verband, klirrte bei jeder Bewegung und weckte Friedrich Bewer oft aus dem Schlafe.

Die Bibel lag offen auf dem weißgescheuerten Holztisch. Manchmal sah der zum Tode Verurteilte auch hinein. Der Pfarrer, der in den letzten Tagen mehrmals zu ihm gekommen war, hatte ihm gesagt: in diesem Buch sei einer, der ihm helfen könnte . . . Und das nahm Friedrich Bewer wörtlich, ganz wörtlich! . . . Aber sein Geist paßte die Buchstaben nur mühsam aneinander und, wenn auch Worte daraus wurden, so blieb doch das Satzgefüge dunkel für ihn, und er bohrte und grub vergeblich in diese rätselhafte Tiefe . . .

Man glaubt ja nicht, wie leicht so ein Kopf, der auf einem pferdestarken Körper sitzt, müde wird bei der geringsten Anstrengung des Geistes . . . Und nachlassen durfte er nicht . . . Es ist niemand da, der ihm befiehlt, aber er kann nicht anders, als immer wieder arbeiten an dieser fürchterlichen Frage: warum muß ich sterben??

Es ist nicht wahr, Friedrich Bewer fürchtet sich nicht vor dem Sterben selber. Er hat sich damals, als sie den eben Achtzehnjährigen wegen schweren Diebstahls für anderthalb Jahre ins Zuchthaus stockten, ruhig in den Bock spannen lassen. Und wie sie ihm dann die fünfundzwanzig auf das nackte Gesäß aufgezählt hatten, da ist er ganz stille, ohne Geschrei und ohne zu klagen, wieder raufgegangen in seine Zelle. Wegen Gehorsamverweigerung war's. Und er fand, als der Sohn von Sklaven, der selbst ein Sklave war, die Sache durchaus in Ordnung . . . Also das Beil, an das konnte er denken, ohne daß es ihn schüttelte . . . Aber nachher . . . nachher . . . nachher war Friedrich Bewer nicht mehr da, wo die anderen waren! . . . Er konnte keinen Schnaps mehr trinken, kein Mädel mehr haben und nicht mehr reden, nicht rauchen, nichts mehr, nichts, bloß tot sein . . .

Wenn er soweit in seinem Denken gekommen war, dann drehte er sich regelmäßig nach dem Aufseher um, der in seiner Ecke saß und gleichgültig auf den großen Menschen blickte, dessen letzte Stunden er bewachte . . . Und der Aufseher ahnte gar nicht, wie nahe Friedrich Bewer daran war, seine Fäuste ineinanderzukrallen und das Eisen seiner Fesseln auf den Kopf des träg dasitzenden niederzuschmettern . . . Es war auch kein Mitleid, was den Masuren daran hinderte — so feine Gefühle gedeihen in den Schichten seiner Herkunft nur spärlich! — nein, vor ihm war die eisenbeschlagene Zellentür und dahinter wieder Türen und Mauern und Aufseher und Soldaten . . . man kam da ja doch nicht durch!

Und dann rannte diese gehetzte Idee des Lebenwollens in ihm zurück wie ein Hund, der seinen Herrn verloren hat, und kam bis an die kleine Tür, die die Frau aufmachte . . . die Frau, die er erschlagen hatte . . .

„Was wünschen Sie?"

„Ach, ich — bitte . . ."

„Sie haben wohl Hunger? Na, warten Sie, ich hol' Ihn' was zum essen!" Sie dreht sich um. Und da steht hinten ihr Rockschlitz auf, so daß das Weiß des Unterrocks sichtbar ist.

Das erregt ihn.

Und dann hört er sie in der Küche mit Geld klimpern.

„Ich geh' rein!" denkt er. Und tut's. Und macht die Korridortür hinter sich zu. Und da kommt sie schon wieder aus der Küche auf den Korridor und er sieht: sie kriegt Angst . . . Vielleicht hätte sie nur mit starker Stimmen zu sagen brauchen: „Was fällt Ihnen denn ein?! . . . Machen Sie, daß Sie rauskommen!" . . . Aber nein, sie kriegt Angst, und da blitzt's in ihm auf: „Schlag' sie tot!"

Sie schreit!!!

Seine Kralle ist an ihrem Hals . . . Er zerrt sie in die Küche! Da hängt das Hackebeil . . . Und krach! krach! krach! mit der stumpfen Seite, wie man 'n Schwein totschlägt.

Nachher wird ihm Angst. Er nimmt rasch ihr Portemonnaie, in dem nur ein paar Silbergroschen sind, weiter traut er sich gar nicht zu suchen . . . bloß weg, damit er die weitaufgerissenen blauen Augen, zwischen denen Hirn und Blut sickert, nicht mehr sieht.

Die Verurteilung, die Revision, deren Zurückweisung, Gnadengesuch, Ablehnung, alles alles scheint eins, scheint das Werk von Stunden, von Minuten zu sein.

Friedrich Bewert hat die Empfindung, als hätt' ihn jemand am Halse und reißt ihn, trotz all seines Sträubens mit überlegener Kraft fort. Manchmal darf er sich noch umsehen. Da taucht der hölzerne Kirchturm in seinem Heimatdorfe an der Weichsel auf. Es ist Sommer, die Sonne scheint wunderschön . . . Und blau ist der Himmel . . . Die Frösche quaken am hellen Tage auf den Wiesen. Da hinten beim Dorf sind die Leute, die Marja auch . . . Heu machen . . .

Der Aufseher blickt wie strafend empor: Friedrich Bewer hat fort aufgeseufzt.

Zwei Tage später kommt der Gefängnisdirektor und sagt: „Morgen früh . . ." Er sagt ja noch mehr, aber der Gefangene versteht bloß: „Morgen früh . . ."

Und er weint.

Aber abends die Bratkartoffeln — Bratkartoffeln!! — und das Beefsteak, der Rotwein und die Zigarren, ah, das ist fein! . . . Da lächelt der Bewer. Und die Nacht schläft er, schläft fest und traumlos, wie einer, der das beste Gewissen von der Welt hat.

Um halb sechs muß man ihn wecken. Er verstellt sich nicht, er schläft wirklich. Wie er die Augen aufschlägt, lacht er noch ein bißchen. Aber plötzlich erblickt er seinen Feind wieder, der jetzt hoch aufgerichtet, mit eisernem Angesicht vor ihm steht und nach ihm greift . . . Zittern erhebt sich der Masur.

Der Kaplan kommt, Friedrich Bewer hört gar nicht, was er sagt — er sieht nur den Feind, seinen Ueberwinder.

Im Gefängnishof wirft er sich gegen den Aufseher. Die Knechte des Henkers eilen hinzu — ein Kampf, sein letzter. Denn der Feind ist stärker.

Ha! . . . Da kommt etwas Blitzendes durch die Luft! . . . Das Gebrüll hört auf. Plötzlich. Und der Nachrichter, rasch herzutretend: „Herr Staatsanwalt, die Exekution ist vollzogen!"

Das Zelt, das ein Palast sein wird.

Von Erich Gottgetreu.

Tel-Aviv, im Winter.

Am Strand von Tel-Aviv, der amerikanischen Stadt des Orients, der eigenartigsten Palästinas, steht ein kleines Haus aus Holz. Blumen blühen vor den Fenstern draußen, bunte Bilder drinnen an den Wänden — hier wohnt ein Theater. Hier ist keins, hier wohnt bloß eins. Kommt man tagsüber hin, ist niemand zu finden, denn die fünfzig Mitglieder der Bühne sind fünfzig Arbeiter. Von acht Uhr abends wird geprobt, bis morgens um zwei, um drei, um — dann kommt der „Direktor" und sagt: „Kinder, ihr müßt jetzt schlafen gehn!"

Was wollen sie?

Sie wollen ein großes hebräisches Theater in Palästina schaffen, eins, das also heimatverwurzelter ist als die Habima, die die Europäer schon kennen. Juden würden ja auch wirklich keinen Staat aufbauen, wenn sie das Theater vergäßen. Das hier heißt „Haohel": das Zelt.

Die sämtlich noch sehr jungen Menschen arbeiten also — wenn man solchen Kult der Kunst noch „Arbeit" nennen darf — in der kleinen Baracke am großen Meer. Das rauscht ins feierliche Getrieb hinein, wie bei uns Autogehup und Trambahngeklingel gellt. Die Künstler sind in dieser Naturnähe ungehetzt und alltagfern. Gearbeitet wird unter des Russen Halévy Leitung an den Proben für eins der Spielplanstücke ein halbes Jahr, ein Jahr, sogar anderthalb Jahre lang. So kommt es, daß das durch das ganze Land reisende und, wie man weiß, auch mitreißende Repertoire noch nicht mehr umfaßt als die „Hoffnung auf Segen" von Heijermans, das völlig umgestaltet wurde, und eine Reihe einzelner Szenen von Perez. Jetzt haben sie Stefan Zweigs „Jeremias" im Plan, dann eine Dramatisierung Jack Londons unter den Händen, und fast fertig steht „Jacob und Rahel". Zum Dichter hat das neue Bibelstück den eigentlichen Autor, Kraschenikoff, dann die Heilige Schrift selbst, Halévy und andere. Vor allem aber die Wirklichkeit, wenigstens als Bühnenbildner und Stimmungsschlepper.

Sie fingen sie mit geradezu reporterhafter Raffiniertheit: Fünfzehn setzten sich auf ein holperndes Auto aus Urväter Zeiten, fuhren drei Tage lang auf besonnten Straßen und Wegen kamen endlich nach Beer Schewa, einer Stadt tief im Süden und in der Wüste gelegen: von hier aus soll Jacob ausgezogen sein. In Beer Schewa wohnen die Beduinen noch dem Weltwandel fern, wissen nicht, ahnen nicht, daß sie Schauspieler vor sich haben, sehen nur Gäste, laden sie ein, locken den Märchenerzähler, der Märchen für vierzig Tage und Nächte haben will, zum Reden. Eigenhändig brät endlich der Scheik den Hammel ihnen und rippt, wie sie strahlend noch heute berichten, dabei das Fleisch so geschickt längs der Knochen, daß das Fehlen von Messer und Gabel den Appetit nicht verdirbt. Nach dem Essen kommen, als ob alles klingendes Traumspiel wäre, Tänze zur Flöte, leiser Gesang mit viel Musikalität. Jetzt führen die Beduinen noch eine primitive Theaterszene auf, in der viel geprügelt wird. Den Kindern der Wüste bereitet das tiefe Freude. Nach Uebernachtung im Zelt erhalten sie am nächsten Morgen feierlich Geleite, fahren zurück nach Tel-Aviv, dem palästinensischen Amerika — so frisch ist die Stadt —, proben weiter und wirken ins Werk, was sie erlebten.

Es werden noch viele Jahre vergehen, bis man das „Ohel", dies Zelt, das einmal ein Palast sein wird, in Europa zu sehen bekommt. Vorläufig treibt es auch noch nicht eitler Geltungsdrang und Gier nach internationalem Ruhm, trägt es aber immerhin schon die Liebe und das Lob aller Juden Palästinas. Die sehen hier schließlich ihre eigene Sache und erleben sie mit. So kommt es, daß mit der Arbeit des „Ohel" die eigentliche neuhebräische Dramatik, die es bisher kaum gab, geboren wird; das jiddische Theater und auch das hebräische Rußland ist doch in Stoff und Stil durchaus milieubedingt gewesen. Nun ist doch immerhin der Anfang einer Erfüllung da und von vieler Menschen Standpunkt aus eine gewaltige Sache, für die heldenhaft viel gearbeitet, gehungert und geliebert wurde — Hunderttausend sollten einen Dichter finden im alten, neuen Land.

Man darf sicher sein, daß er kommt.

Ein Sowjetjugendlicher.

Von A. Petrisischeff.

1917 war er fünf Jahre alt. Der Papa diente. Wo? . . . Wohl im Polizeidepartement. Wohl als Abteilungschef . . .

Nichts als Splitter alter Benennungen und Worte hatte sein Gedächtnis aufbewahrt. Doch ihr Sinn, der damals dem Kinde wenig verständlich gewesen, hatte sich nun gänzlich verflüchtigt.

Da war die liebe, gute Mama gewesen. Eine warme Wohnung war da gewesen und ein sauberes Bettchen. Und stets hatte es was zu essen gegeben.

Dann ist alles in Nebel gehüllt. Mama war nicht mehr. Er mit Papa in demselben Petersburg. Doch es war sehr kalt. Und man hatte sehr wenig zu essen.

Dann — im Jahre 1919 oder 1920 wurde Papa verhaftet . . .

Man kam nachts, wissen Sie, und brachte ihn fort." . . .

Das Kind blieb allein. Ein guter Nachbar — „Papas Bekannter" — nahm ihn auf. Dann kam jemand aus der Petersburger Tscheka in den Hof mit der Weisung:

„Sagt dem Knaben, daß sein Vater erschossen worden ist."

Wäre es ein Arbeiter- oder Bauernjunge gewesen — man hätte ihn einem Asyl übergeben.

„Kinder sind Blumen der Erde."

Doch der erschossene Papa war von Stand ein Edelmann. Und so wurde es dem Kinde freigestellt, selbst zu verkommen.

*

Wie die Wogen ein Stückchen Holz, so warf der Strom des Lebens die Waise umher. Trug ihn von Petersburg nach Taganrog, von dort nach Samarkand, doch dann, gen Westen wendend, spie er ihn bei Mogilew ans Land.

Zu Fuß ging er aus der Stadt in die Dörfer. Unverhofft hatte er es gut mit der Zeit getroffen: man war im Begriff, Hirten zu dingen. Die Bauern sahen sich den Jungen an und kamen zu dem Schluß: „Statt sich zwecklos umherzutreiben, mag er Hirtenbube werden."

Verstand er es auch noch nicht, so spürte er doch den gewaltigen Wechsel: bis dahin war er der gehetzte und rechtlose Sohn eines Adligen gewesen. Nun war er eingegangen in den äußerst privilegierten Stand der Armen des Dorfes. Eine heimatlose Waise — ein Hirtenbub' — was kann es Aermeres geben?

Fand sich auch ein braver Mann: ein ehemaliger Gutsbesitzer. Er lebte wie ein Bauer. Und war vielleicht nicht braver als die anderen. Doch er vermochte dem Knaben zu geben, was die anderen nicht konnten: er lehrte ihn lesen und schreiben. Auch besaß er Ueberreste einer Bibliothek. Und er versah den Knaben mit Büchern.

Im Sommer hütete der Junge das Vieh. Im Winter besuchte er die Schule. Die ersten Plätze der Dorfschule gehörten der Armut. Doch nur in der Dorfschule. Um weiter aufzurücken, genügt der Armenstand nicht, dazu bedarf es des Ausweises der Zugehörigkeit zum Komsomol (Kommunistischer Jugendverein).

Einen solchen zu erlangen ist nicht so leicht: der kleine Hirte zählte erst 12 Jahre. Das ist das Alter der „Pioniere" — in den Komsomol wird man so klein nicht aufgenommen. Doch die Leute im Dorfe sind gutmütigen Sinnes: „Sollte man es sich leid werden lassen, zwei Jahre draufzugeben?" Die Bescheinigung der Komsomolvolljährigkeit" wird dem Knaben ausgestellt, aber der „adligen Abstammung" ward nicht Erwähnung getan.

„Gott mit dir, — lerne nur."

*

Im Besitze des Komsomolausweises und eines Attestes der Komsomolzelle, fährt der Knabe nach Moskau. In aller Klarheit steht nun das Ziel vor ihm: er will lernen.

Nicht mehr läßt er sich willenlos von den Wogen des Lebens tragen. Wenn auch nur mit schwachen Kinderhänden, er rudert doch, er schwimmt, er arbeitet sich heraus aus dem Strudel . . .

Moskau. Die Komsomolatteste sind vorzüglich geeignet, zu einer Arbeit zu verhelfen. Er wird Laufbursche in einer wichtigen Institution. Wird in die „Junge Garde" aufgenommen. Mit Dokumenten wird er zu Rikoff, zu Kalinin geschickt — zu den höchsten Beamten des Volkskommissariats. Er erhält — eine seltene Auszeichnung! — einen Passierschein in den Kreml . . .

Doch um das Lernen ist es schlechter bestellt. Die Kommunistische Jugend ist zahlreich, doch der Plätze sind zu wenig. Ohne vorausgehende strengste Durchsicht der Dokumente wird man nicht aufgenommen. Diese Kontrolle führt zur Entdeckung: „Das Alter ist gefälscht. Die adlige Abstammung ist verschwiegen . . ."

Der Knabe lief von Instanz zu Instanz, bat . . . Wandte sich an Lunatscharsky selbst. Doch von Lunatscharsky selbst erhielt er zur Antwort: „Unsere Schulen existieren nicht für adlige Ausgeburten."

Was beginnen? Einmal entdeckt, würde nichts verborgen bleiben. Man würde an die „Junge Garde" berichten, an die Kommunistische Jugend, an die Institution, bei der er Anstellung gefunden hat . . .

Er verließ Moskau und reiste nach Charkow. Eine neue Periode ziellosen Umherstreifens. Während der letzten zehn Monate seines Aufenthaltes in Rußland hatte er mit dem Gefängnis Bekanntschaft gemacht, hatte er im Krankenhaus gelegen. War auf der Straße niedergebrochen vor Hunger. Hatte in Noworossijsk ein erträgliches Leben geführt, indem er Zeitungschroniken verkaufte. War in Batigorsk gewesen. Gelangte nach Suchum. Von Suchum nach Baku. Hielt sich dann hartnäckig in den Hafenstädten mit dem Gedanken: „Wenn es gelänge, auf ein Auslandsschiff durchzuschlüpfen . . ."

Er wartete auf einen Zufall. Bis dieser sich einstellte. Er sprang in den Schiffsraum. Lag darin zweimal 24 Stunden.

„Ich konnte nicht länger, wissen Sie. Ich hatte furchtbaren Hunger . . ."

Als er dem Schiffsraum entstieg, näherte sich das Schiff Tropezunt: Rußland lag hinter ihm . . .

Gegen Mitte Oktober kam er in Marseille an. Arbeitete anderthalb Monate in der Nähe von Lion. Am 16. Oktober kam er nach Paris.

*

Er hat das Aussehen eines Hungerleiders. Es fällt schwer, ihn für älter als 18 Jahre zu halten. Doch mit aller Entschiedenheit berichtigt er solchen Irrtum: „Ich werde bald sechzehn."

„Sie waren also fürsorgelos?"

Ein ganz klein wenig beleidigt und doch stolz entgegnet er: „Nein, ich habe stets gearbeitet."

„Haben Ihre Vorgesetzten Sie beleidigt?"

Erstaunt fragt er: „Was verstehen Sie unter Vorgesetzten?"

„Nun, dort in Rußland gibt es ja die GPU., Volkskommissariate, Lunatscharsky . . ."

„A—ah, die kommunistische Bureaukratie" — übersetzt er in seiner eigenen Sprache —, „ja, die Komburcaukratie, wissen Sie . . ."

„Hat, als Sie Hirtenbub' waren, der Hirte Sie nicht geschlagen?"

„Ich erlaube niemand, mich zu schlagen."

„Nun, und die GPU.?"

„Die in der GPU. sind Tschekisten. Das ist etwas anderes . . . Tschekisten sind keine Menschen. Sie sind eine furchtbare und sehr schlimme Naturerscheinung."

„Was beabsichtigen Sie in Paris zu beginnen?"

„Ich will lernen. Ich weiß nicht mal in der Bruchrechnung Bescheid . . . Hab' die Schule kaum zu Gesicht bekommen."

Er hat die Schule kaum zu Gesicht bekommen. Weiß natürlich nicht in der Bruchrechnung Bescheid. Und doch führt er eine regelrechte Literatursprache. Und schreibt auch in solcher.

In der „Dni" erzählt er selbst — unter dem Namen Nikolai Ospin — einen Fall aus seinem Leben.*) Diese Erzählung gibt eine Vorstellung von dem, was er gelernt hat. Auch wie er gelernt hat.

Dort in Rußland gibt es viele solche Jugendliche. Sie lernen unbemerkt, unterwegs, darbend und umherirrend.

*

Es ist gefährlich, aus einem Tropfen Wasser einen Schluß zu ziehen auf das Wesen des Elements. Doch auch ein Tropfen, sei er selbst, dank der Laune des Schicksals, aus Rußland nach Paris versprengt — hat etwas widerzuspiegeln.

*) Wir veröffentlichen den Artikel in der nächsten Nummer. (Die Redaktion.)

IN FAST ALLEN ABTEILUNGEN: — GROSSER INVENTUR-AUSVERKAUF: — BEGINN 2. JANUAR

PREISE TEILWEISE HERABGESETZT BIS ZUR HÄLFTE

Kleiderstoffe

Foulé-Tuch reine Wolle, viele Farben .... früher Meter bis 2,45, jetzt **1.45**

Reinwollene Karos ca. 100 cm breit, aparte Stellung, früh. Mtr. bis 3,90, jetzt **1.85**

Eolienne Wolle mit Seide, ca. 100 cm breit, mod. Farben ... früher Meter bis 5,90, jetzt **3.60**

Wollrips ca. 130 cm breit, elegante Qualität, grosses Farbensortiment, früher Mtr. bis 6,90, jetzt **4.90**

Wäsche

Hemdhosen mit Stickerei .... jetzt Stück **1.85**

Schlüpfer gestreifte Kunstseide, grosses Farbensortiment ... jetzt Stück **2.45**

Nachthemden verschiedene Ausführungen jetzt Stück **2.45**

Baumwollene Kleiderstoffe

Zephir für Blusen und Sporthemden .... Meter jetzt **95 Pf.**

Jacquard Kunstseide mit Baumwolle .... Meter jetzt **85 Pf.**

Kleidervelours gute Qualität, solide Muster ...... Meter jetzt **95 Pf.**

Foulardine ca. 100 cm breit, moderne Muster .... Meter jetzt **1.45**

Damen-Konfektion

Velours de laine-Mäntel reich mit Pelzimitat. garn. jetzt **9.75**

Jumper-Kleider aus kashaartigen Wollstoffen, Bluse mit Metallfäden durchwirkt u. metallfarb. Gürtel, jetzt **13.75**

Morgenröcke aus guten Flanschstoffen, mit langem gesteppten Atlasschal und Aermelaufschlägen jetzt **8.75**

Blusen

Kunstseid. Crêpe-Jumper fesch verarb. mit Krawatte, früher bis 8,90, jetzt **6.90**

Vollvoile-Jumper Handarbeit..., früher bis 16,50, jetzt **8.90**

Kinder-Konfektion

Kinder-Kleid aus gutem Wollstoff, für ca. 2–12 Jahre .... jetzt **7.90**

Mädchen-Mäntel aus Winter- u. Uebergangsstoffen, für 2–14 Jahre, jetzt **7.75**

Seide u. Samt

Bastseide reine Seide, naturfarbig, abgekocht, ca. 80 cm br., Meter jetzt **1.65**

Helvetia-Seide ca. 85 cm br., in vielen neuen Farben, schwere Qualität, Meter jetzt **2.70**

Manteljacquard schwarz, schwer Qual., Mtr jetzt **5.90 3.85**

Crêpe de Chine reine Seide, ca. 96 cm br., gut. Kleiderware, Mtr. jetzt **4.80**

Schuhwaren

Damen-Schuhe unsort. Größen, in verschiedensten Ausführ.

	Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
Paar jetzt	7.90	9.90	12.50	14.90

Halbschuhe f. Herren, schw., Paar jetzt **7.90** — **Herren-Stiefel** schwarz, Paar **8.90**

Herren-Artikel

Perkal-Oberhemd gefütterte Brust, mit Kragen .... jetzt Stück **3.90**

Nachthemd farbig gepaspelt .... jetzt Stück **4.50**

Schlafanzug mit eleganter Verschnürung .... jetzt Stück **8.90**

Trikotagen

Damen-Hemdhose Baumwolle, Windelform .... jetzt **95 Pf.**

Damen-Schlüpfer Kunstseide, mit warmem Futter .... jetzt **2.45**

Herren-Garnitur Jacke und Beinkleid, in vielen Farben .... jetzt **3.25**

Nur Leipziger Str., Alexanderplatz, Frankfurter Allee, Wilmersdorfer Str.

Herren-Konfektion

Ulster, Paletots und Anzüge gute Qualitäten, moderne Muster ..... jetzt Stück **39.00**

Sportanzüge 4teilig, mit Breeches od. Knickerbock. u. lg. Hose, mod. Must., gute Paßf., jetzt **56.00**

Herren-Anzüge eleg. Karo- u. Streifenmuster, guter Sitz, mod. Formen, jetzt **56.00**

Strümpfe

Große Posten **Strümpfe** für Damen oder **Herren-Socken** Kunstseide, Mako u. Baumwolle, gute Qualität, Paar jetzt **95 Pf.**

Große Posten **Damen-Strümpfe** Seidenflor oder künstl. Seide, Paar jetzt **1.25**

Weißwaren

Ein Posten **kunstseidene Ripswesten** viele Farben, Stück jetzt **1.45 1.90**

Ein Posten **Spachtel-Rundspitzen** gute Ausführungen, viele Muster........ Meter jetzt **95 Pf.**

Besonders preiswert! **Glas * Porzellan * Wirtschaftsartikel** Besonders preiswert!

HERMANN TIETZ

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 12 Pf. Fettgedrucktes Wort 25 Pf. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). — Stellengesuche das 1. Wort (fettgedruckt) 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.

Anzeigen, welche für die nächste Nummer bestimmt sind, müssen bis nachmittags 4½ Uhr in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Annahme Wochentags von morgens 8½ Uhr bis nachm. 5 Uhr ununterbrochen geöffnet.

Verkäufe

Beachtenswert! Deutsches Teppichhaus Emil Lefèvre seit 1882 nur Oranienstraße 158. Keinerlei Beziehungen zur ähnlich klingenden Firma. Man achte auf Vornamen Emil.

Uhren, Silber, Gold, billigste Quelle. Lehmann, Neue Schönhauserstraße 11, Leihhaus.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene Jackettanzüge, teils auf Seide, 18,—, Smokinganzüge, Bauchanzüge, Taillenmäntel, Paletots, staunend billig. Gelegenheitskäufe in neuer Herrengarderobe. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203—204, Ecke Rosenthalerstraße. Keine Lombardware.

Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7. Gelegenheitskäufe wenig getragener, auch neuer Herrengarderoben. Pelzwaren. Keine Lombardware.

Von Kavalieren wenig getragene sowie neue Jackettanzüge, Ulster, Paletots, alle Größen, Sportpelze, Gehpelze, Damenpelze verkauft spottbillig Leihhaus Friedrichstraße 2. Keine Lombardware.

Bettfedern, Daunen direkt aus der Fabrik an Private, graue Rupffedern Pfund von 30 Pfennig an bis zu den feinsten Daunen für Plumeau und Daunendecken, Inlett, [illegible] Weißfedern, Wäsche. Neu! Bettfedernreinigung. Bettfedernfabrik „Schwan", Brunnenstraße 152, Fabrikgebäude.

Wenig getragene Kavaliergarderobe von Diplomaten, Aerzten, Anwälten. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sport-, Gehpelze. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weitester Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe. Rosenthaler Platz.

Bettenverkauf! Neue! 9,75! 15,— 19,50! Prachtbetten 27,50! Bauernbetten 32,—! Daunige 37,50! Kinderbetten 8,75! Bettwäsche! Inletts! spottbillig und gut! Keine Lombardwaren. Leihhaus, Brunnenstraße 47.

Nähmaschinen

Nähmaschinen, alle Systeme, Versenkmaschinen, neueste Modelle, billig. Reparaturen prompt. Kostorz, Kottbuserdamm 6.

Möbel

Fünfundfünfzig Herrenzimmer, Ledersofas, Ledersessel, Klubtische, herabgesetzte Preise. Zahlungserleichterung. [illegible], Kastanienallee 56.

Ausnahme-Angebote! zu tatsächlich günstigen Preisen nur Möbel-Magazin, Invalidenstraße 131, Haltestelle Stettiner Bahnhof. Stammhaus [illegible]straße 13.

Polierte Schlafzimmer in Birke, Eiche, Nußbaum, Mahagoni 650,—, eichene Schlafzimmer, 250 breit, zerlegbar, ganz erstklassige Verarbeitung, 645,—. Möbel-Magazin, Invalidenstraße 131, Haltestelle Stettiner Bahnhof.

Schlafzimmer, 160 breit, dreitürig, schwere Ausführung, mit echtem Marmor und Spiegel 365,—. Speisezimmer, Herrenzimmer, komplett, echt Eiche, 515,—. Anrichteküchen, siebenteilig, mit Linoleum, lasiert und lackiert, 95,—. Möbel-Magazin, Invalidenstraße 131, Haltestelle Stettiner Bahnhof.

Gelegenheit. Büfett 75,—. Umbauten 55,—. Nußbaum-Schreibtische mit Aufsatz 85,—. Kleiderschrank 18,—. Vertiko 15,—. Küchen 24,—. Bettstellen 15,—. Waschtoiletten mit Marmor 14,—. Möbel-Magazin, Invalidenstraße 131, Haltestelle Stettiner Bahnhof.

Ankleideschränke, Nußbaum fourniert, 150 breit, auf Pianobank, dreitürig, extra Wäsche-Abteilung und Spiegel, 128,—. Englische Bettstellen, komplett, 55,—. Waschkommoden mit Marmor und Spiegel 78,—. Nachttische mit Apotheken 27,—. Mokettsofa 65,—. Chaiselongue 18,—. Standuhren 68,—. Diplomaten 32,—. [illegible] 78,—. Riesenauswahl in Einzelmöbel, komplette Einrichtungen. Renaissancemöbel. Zahlungserleichterung. Möbel-Magazin, Invalidenstraße 131, Haltestelle Stettiner Bahnhof.

Nur Rehfeld, Badstraße 34, verkauft elegante Schlafzimmer mit großem Ankleideschrank, echtem Marmor, la Patentmatratzen, 395,—, 475,—, 590,— usw. Speisezimmer, schwere Ausführung, echt Eiche, reiche Schnitzerei, großer Ausziehtisch, Lederstühle, 395,—, 475,—, 590,— usw. Herrenzimmer, dreiteilige Bibliothek, Diplomat, runder Tisch, Lederstühle, Ledersessel, 295,—, 375,—, 490,— usw.

Nur Rehfeld, Badstraße 34, verkauft Ankleideschränke, dreiteilig, mit Wäscheabteil, 110,—, 135,—, 160,— usw. Waschtoiletten mit Spiegel 98,—, 120,— usw. Nachttische 22,—, 26,—, 28,—. Apotheken 12,—. Englische Bettstellen 35,—, 48,—, 60,—.

Nur Rehfeld, Badstraße 34, verkauft Plüschsofas 98,—, 120,—, 135,—. Ausziehtische 35,—, 39,—, 48,—. Rohrstühle 5,95, 6,75 usw. Chaiselongues 29,—, 39,—, 42,—.

Nur Rehfeld, Badstraße 34, verkauft bildschöne Anrichte-Küchen, beste Lackierung, 98,—, 125,—, 169,— usw. Metallbettstellen, extra stark, mit Messingverzierung 26,—, 27,—. Flurgarderoben, Bücherschränke. Besonders zu empfehlen: Echt eichene Diplomaten, zirka 150 Zentimeter breit, mit englischen Zügen und Schnitzerei 79,—, 98,—.

Nur Rehfeld, Badstraße 34, verkauft auch auf Teilzahlung mit mäßigem Aufschlag. Lieferung mit eigenen Autos auch nach außerhalb. Bis 100 Kilometer frei Haus. Garantie für jede Lieferung.

Chaiselongues, Metallbetten, Auflegematratzen, Patentmatratzen. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Spezialgeschäft.

Plüschsofas 38,—, Chaiselongue 24,—, Bettstellen, Matratzen 22,—, Kommoden 20,—, Kleiderspinden, Wäschespinden 28,—, Spiegelspind mit Spiegel 48,—, Kücheneinrichtung 45,—. Gellin, Gartenstraße 26.

Musikinstrumente

[illegible] Keine Ladenpreise, ab Lager fabrikneue Pianos, Eiche, 480,—, schwarz 550,— bis 650,—. Langjährige Garantie, Zahlungserleichterung. Nur Schönleinstraße 6. Piano-Versandhaus Voigt, vorn 2 Treppen, am Kottbusser Damm.

Linkpianos, überaus preiswert. Pianofabrik Link, Brunnenstraße 35.

Bahrpianos, Streichinstrumente, Teilzahlung, teilweise Mietanrechnung. Pianofabrik, Hauptstraße 1, Ecke Grunewaldstraße.

Zahlung nach Wunsch, Pianos neu und gebraucht, mit herrlicher Tonfülle, ohne Anzahlung, kleine Raten, sehr preiswert. Langjährige Garantie. Pianohaus, Königgrätzerstraße 81.

Bandonions, Lange, Uhlig, weltberühmt. Fabriklager, Fabrikpreise, Teilzahlungen, kleine Anzahlung. Musik-Weigel, Adalbertstraße 81.

Fahrräder

Fahrräder, erstklassige Markenräder, Teilzahlung. Fahrradhaus Centrum, Linienstraße neunzehn.

Kaufgesuche

Pistolen, Armeeformate, höchstzahlend. Preußner, Kaiser-Friedrich-Straße 244 (Hermannplatz).

Zahngebisse, Silbersachen, Zinn, Blei, Quecksilber, Goldschmelze, Christionat, Köpenickerstr. 29 (nahe Adalbertstraße).

Briefmarken, Münzen kauft Großmann, Johannisstraße 4.

Unterricht

Kurzschrift, Maschinenschreiben, Buchführung, Rechnen, Korrespondenz, Deutsch, Schönschreiben. Bücherrevisor Kulich, Seydelstraße 1 (Spittelmarkt).

Tanzschule Friedrich-Donath, Michaelkirchstraße 30. Januar beginnen Sonntags- und Wochentagskurse für Anfänger, Vorgeschrittene und Ehepaare.

Verschiedenes

Saalbau Alpendorf, Invalidenstr. 68, Stettiner Bahnhof. Jeden Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: Großer Ball. Treffpunkt der Strohwitwer. Erstklassige Stimmungskapelle.

[illegible], Martin-Luther-Straße 60. Mittwochs, Donnerstags, Sonnabends und Sonntags Elitebälle der reiferen Jugend.

Vermietungen

Wohnungen

Tausch. Zwei-Zimmer-Wohnung gegen Ein-Zimmer-Wohnung. Krüger, Sonnenburgerstraße 6. Gleimstraße.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Maurergesellen stellt ein Fritz Wolff, Köpenick.

Westennäherin verlangt Feist, Paul-Singer-Str. 2.

Große **Aufzugs-Fabrik** sucht zu sofortigem Antritt **Aufzugs-Monteure**. Bewerbungen erbeten unter L. G. 55 an „Ala" Haasenstein & Vogler, Leipzig.